

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., fest laut Quasi. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Preisliste des Monatsabonnements 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Reichs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Erstlings- und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Februar 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Stadtgemeinde oder Aktiengesellschaft?

II.

Die Schaffung günstiger Tarife wird eine Hauptfrage der neuen Verwaltung sein müssen. Die unheilvolle Zersplitterung der Groß-Berliner Gemeinden bringt es mit sich, daß auch auf dem Gebiete der elektrischen Tarifpolitik ein Krieg aller gegen alle entbrannt ist. Wie die westlichen Vorortgemeinden als Wohnsitzgemeinden Berlin von Jahr zu Jahr mehr steuerkräftige Bürger abnehmen, so suchen insbesondere die östlichen Vororte, die mit ihren kommunalen Werken zum Teil glänzend reüssieren, durch günstige Tarife die Industrie aus Berlin heraus und in ihr Weichbild zu ziehen. Es ist klar, daß, wenn Berlin allein über die Elektrizitätswerte verfügt, es nicht nur schneller allen Tarifbedürfnissen entgegenkommen kann, sondern auch finanziell besser imstande ist, die Tarife günstig zu gestalten, als wenn es durch Vertrag an einen anderen Kontrahenten gekettet ist und diesem einen Teil der Gewinne abzugeben hat. Bei tatkräftigem Vorgehen Berlins auf diesem Gebiete, auf dem es zunächst noch gegenüber allen anderen Vororten ein so ungeheures Übergewicht hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vororte dazu gezwungen werden, mit Berlin eine Tarifgemeinschaft einzugehen. Bekanntlich sind die Riesenbetriebe der städtischen Gaswerke in der Lage, das Gas zu einem Preise abzugeben, mit dem kleinere Anstalten nicht konkurrieren können. Die städtischen Gaswerke bis zu 40 Kilometer etwa 30 Ortschaften mit Gas und das städtische Abfallgebiet würde noch weit größer sein, wenn man nicht, wiederum wegen der Zersplitterung Groß-Berlins, eine weitere Ausdehnung durch zum großen Teil schifanöse Verwaltungsmassregeln bezüglich der Verlegung der Rohrleitungen stetig zu verhindern suchen würde. In gleicher Weise, wie die Berliner Gaswerke den kleineren ähnlichen Anstalten überlegen sind, wird das auch mit einem kommunalen Berliner Elektrizitätswerke der Fall sein.

Gerade aus dem Umstand, daß Berlin wenigstens einen Teil seines Weichbildes selbst mit Gas versorgt, spricht ferner für die Verstadtlung der Elektrizitätswerke. So tapfer im allgemeinen die Gaswerke im Wettstreit mit der Elektrizität sich bisher gehalten haben, so ist doch anzunehmen, daß schließlich die Elektrizität Siegerin bleiben wird. Während im letzten Jahrzehnt sich die Gasabgabe um zirka 75 Proz. vermehrt hat, nahm die Elektrizitätsabgabe um 160 Proz. zu. Jeder kluge Kaufmann wird nun eine Konkurrenz, die er nicht mehr ausschließen kann, lieber doch sich selber machen, als sich durch Dritte machen lassen. Auch werden nur dann, wenn Gas- und Elektrizitätserzeugung in einer Hand ruhen, bei der Wahl zwischen Gas und Elektrizität lediglich sachliche Momente, d. h. beste und zweckmäßigste Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses, und nicht Rücksichten auf die Konkurrenz ausschlaggebend sein.

Die Uebernahme in eigene Regie gibt ferner die einzige Möglichkeit, einen Schnitt durch die Verzinsung mit der A. E. G. zu machen. Nicht nur kommt hier das Recht der A. E. G. in Betracht, zu Lasten der V. E. W. die Hälfte aller neuen Aktien zum Pari-Sturje zu erhalten — ein Recht, das der A. E. G. Millionen und Abermillionen eingebracht hat —, nicht nur haben die V. E. W. vertragsmäßig einen großen Teil der Verwaltungskosten der A. E. G. zu tragen, — weit wichtiger ist noch die Verpflichtung der V. E. W., alle Maschinen usw. von der A. E. G. zu beziehen. Wieviele Millionen auf diese Weise aus Gewinnen, die durch die V. E. W. erzielt wurden, an die A. E. G. abgeflossen sind, wird niemals mit einiger Sicherheit festzustellen sein. Wird dieser Schnitt gemacht, so braucht man nicht, wie dies von den Gegnern der Uebernahme angeblich geschieht, die A. E. G. und ihre Konkurrenz zu fürchten. Im Gegenteil, die Stadtgemeinde im Besitz der Elektrizitätswerke ist für die A. E. G. ein so guter und kaufkräftiger Kunde, daß die Herren der A. E. G., tüchtige Kaufleute wie sie sind, sicherlich alles tun werden, um sich das Wohlwollen eines solchen Kunden zu erwerben und zu erhalten.

Nun wird von den Gegnern der Verstadtlung versucht, weiteren Streifen mit der Behauptung grüselig zu machen, die A. E. G. würde im Braunkohlenggebiet bei Bitterfeld ein Fernkraftwerk errichten und dort den Strom weit billiger herstellen, als Berlin das in den teuer erworbenen V. E. W. Zentralen tun könnte. Bei der Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes ist es unmöglich, auf diese Behauptung im einzelnen einzugehen, wie überhaupt das der großen Zahl strittiger Fragen hier nur die wesentlichsten herausgehoben werden konnten. Bemerkenswert ist hier nur, daß nach übereinstimmender Auffassung hervorragender Techniker die A. E. G. bezüglich der Errichtung einer Fernkraftzentrale zwar durchaus von Berlin abhängig ist, keineswegs aber Berlin von der A. E. G. Mit der Versorgung von Berlin steht und fällt jedes Werk im Braunkohlenggebiet. Das wird klar, wenn man bedenkt, daß die V. E. W. heute schon 3/4 bis 1/2 der Gesamtabgabe in Groß-Berlin liefern und nur der große Berliner Konsum ist es, der niedrige Herstellungskosten ermöglicht.

Klinge Taktiker, wie die Herren der A. E. G. und ihre Freunde in den städtischen Körperschaften sind, bauen sie beizeiten vor. Nach dem Grundsatz, daß die Hälfte besser ist als gar nichts, machen sie bereits in der Öffentlichkeit Stimmung dafür, daß, wenn eine Erneuerung des Vertrages gar nicht durchzuführen ist, an Stelle der Verstadtlung eine gemischt-wirtschaftliche Unternehmung nach den Vorschlägen des Ministerialdirektors Freund treten müsse, wobei man dann gnädigst der Stadt eine geringe Stimmenmehrheit in der Generalversammlung einräumen wolle. Wie oben erwähnt, werden zurzeit bereits viele Hunderte von kommunalen Elektrizitätswerten durch städtische Beamte geleitet. Es liegt also auch nicht ein erfindlicher Grund vor, die Berliner elektrischen Werke durch private Unternehmer leiten zu lassen, wie es Sinn und Zweck der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung ist. Die Gefahr dagegen ist riesengroß, daß auch bei der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung mit Stimmenmehrheit für die Kommune letztere keinen Einfluß gewinnt und vollkommen im Schlepptau des Unternehmertums verbleibt. Die eigentliche Leitung nach der wirtschaftlichen und technischen Seite liegt naturgemäß beim Vorstand des Unternehmens und die Vorstandsmitglieder, die alle Fäden in ihrer Hand vereinigen, müßten doch dumme Kerle sein, wenn es ihnen nicht bald gelänge, die ganze Politik des Unternehmens durch die Summe der Einzelentscheidungen, die nur bei ihnen liegen, in geradezu entscheidender Weise zu beeinflussen. Auf eine derartig schwankende Brücke zu treten, liegt jedenfalls für die Sozialdemokratie nicht der geringste Anlaß vor.

Was die sonst noch in der Öffentlichkeit vorgebrachten Einwendungen gegen die Verstadtlung betrifft, so genügt es, die wesentlichsten hier anzuführen. Jede Erwidrerung erübrigt sich. Verhinderung der freien Betätigungsmöglichkeit führender Privatunternehmer! Vermehrung des Heeres der städtischen Beamten und Angestellten! Es liegt ja leider in unserem Zeitgeist die betäubende Tendenz, daß alles zur Staat- und Stadt-Schrippe sich drängt, alles erstrebt eine pensionsberechtigte Versorgung! Wir nähern uns Schritt für Schritt dem großen Beamtenstaat und damit dem erstrebten Zukunftsstaat der Sozialdemokratie, in dem der einzelne seine freie Eigenart, seine persönliche Freiheit der Allgemeinheit zu Liebe zu Grabe tragen muß. Was entsteht da in der Zukunft für ein traurig Geschlecht, wenn alle Vorzüge individuellen Lebens verschwunden sind. Darum muß gegen die Kommunalisierung großer Betriebe energischer Widerspruch erhoben werden.

Solcher Art sind die Deklamationen für die Entscheidung der einfachen Frage, ob die Berliner elektrischen Werke wie in vielen hundert anderen Städte fortan durch die Stadt zugunsten der Allgemeinheit oder durch eine mächtige Aktiengesellschaft zugunsten ihrer Aktionäre betrieben werden sollen! Kann es eine bessere Begründung für unser Verhalten geben? Im Interesse unserer engeren Stadtgemeinde wird die sozialdemokratische Fraktion in dieser wichtigsten Angelegenheit, die die städtischen Behörden seit langem zu entscheiden hatten, mit aller verfügbaren Kraft unsere Anschauung zum Durchbruch zu bringen suchen. Sie weiß sich dabei eins mit den Anschauungen der übergroßen Mehrzahl der Berliner Bürger, weit über den Kreis unserer politischen Anhänger hinaus. Gelingt es wiederum nicht, den privatkapitalistischen Interessen einen Damm entgegenzustellen, so haben wir als Politiker und Agitatoren unseren Gegnern zu danken. Einen besseren Agitationsstoff für die Zukunft können wir uns nicht wünschen. Die Ernte, die aus solcher Saat unserer Gegner sproßt, werden wir in die Scheuer bringen!

Das „liberale“ Vereinsgesetz.

Das schlechte Gewissen hat gestern im Reichstage dem Redner der Nationalliberalen Dr. Jund und dem Dr. Müller-Reinigen von der Fortschrittlichen Volkspartei einen schlechten Streich gespielt: Es verleitete sie, bei Beginn der Sitzung ein Loblied auf das Reichsvereinsgesetz anzustimmen und mit Stolz daran zu erinnern, daß auch sie in der Zeit der berühmten Paarung des Korpens mit dem Kaninchen zu den Vätern dieses Gesetzes gehörten. Freilich sind die vielen unerhörten Verstöße gegen die Vereinsfreiheit diesen Herren mehr oder weniger unangenehm. Aber nach dem Beispiel, das ihnen am Tage vorher der Regierungsvorredner gegeben hat, wollten sie die unangenehmen Tatsachen mit dem Troste abtun, daß die Zahl der Verstöße immer geringer werde. Uebrigens, so rief Herr Dr. Müller aus, ist an den Verstößen einzig und allein der Mißbrauch des schönen Gesetzes durch einen Teil der Behörden schuld. Daher dürfe an dem Gesetze nicht gerüttelt werden. Die Anträge auf Änderung des Gesetzes erklärte der Herr mit der Wichtigkeit, die — die er sich beilegte, für zwecklos, für eine leere Demonstration.

Dieser blinde Eifer ist den „liberalen“ Herren sehr schlecht bekommen. Alle folgenden Redner: Genosse Dr. Landsberg, der Eisak-Volkbringer Delfor, der Däne Hanssen, Gröber vom Zentrum, die Polen v. Trampczynski und Pliński Radziwill, ja selbst der Weise v. Meding: sie alle beriefen sich auf eine schier endlose Reihe von Verstößen gegen eine wirkliche Versammlungsfreiheit.

Außerdem hielt unser Redner den Herren Dr. Jund und Müller mit Recht vor, daß die Liberalen wahrlich gar keinen Grund haben, so stolz auf ihr Reichsvereinsgesetz zu sein. Die Herren wußten bereits im Jahre 1906, mit was für Behörden wir in

Preußen, Sachsen usw. zu rechnen haben. Die Sozialdemokraten hatten sie überdies damals ausdrücklich darauf hingewiesen und sie dringend vor der Annahme des Sprachenparagraphen und der Bestimmungen gegen die Jugend gewarnt. Trotzdem haben die Liberalen diese Bestimmungen in das Gesetz gebracht und dadurch Zustände ermöglicht, die alles andere, nur nicht liberal sind.

Abg. Gröber wies mit überlegenem Spott die Wichtigkeit des Abg. Müller zurück. Er führte ihm zuerst in längerer Rede, dann in kurzen persönlichen Bemerkungen zu Gemüte, wie unfähig sich die Liberalen gezeigt haben, ein wirklich liberales Vereinsgesetz zu schaffen.

Das Schlimmste jedoch erlebten die Liberalen von dem Regierungsvorredner, Ministerialdirektor Dr. Lewald. Der Herr benutzte die Gelegenheit, um eine ganz engherzige Auslegung des Vereinsgesetzes zu rechtfertigen, die, wie Herr Dr. Müller versichert hatte, im Widerspruch steht mit der Absicht der Liberalen bei ihrer Zustimmung zu dem Gesetz. So mußte der unglückliche Vater sehen, wie sein liebstes Kind unter der Pflege der Verwaltungsbürokraten und Gerichte entartet ist. Darob jammerte er ganz gewaltig und dabei entschlüpfte ihm sogar das Eingeständnis, daß unter diesen Umständen eine Änderung des Gesetzes notwendig sei. Das tat er in demselben Atemzuge, in dem er die Parteien, die Änderungsanträge gestellt haben, noch einmal abfanzelte, weil solche Anträge nicht angebracht seien, worüber die Mehrheit des Reichstags mit der gebührenden Heiterkeit quittierte.

Nach Beendigung der Aussprache über das Vereinsgesetz wurde dem Staatssekretär des Innern das Gehalt bewilligt und dann die Sitzung geschlossen. Die Abstimmung über die Anträge zum Vereinsgesetz sowie über einige Resolutionen findet morgen statt. Dann wird die zweite Lesung des Haushaltsplans für das Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Wider die Klassenjustiz!

Wieder einmal wurde am Donnerstag bei der Beratung des Justizetats die Rednertribüne zum Tribunal für unsere Klassenjustiz. Sollte schon der fortschrittliche Redner Dr. Kanjow, selbst ehemaliger Richter und Staatsanwalt, Klage wegen der furchtbaren hohen Strafen gegen streifende Arbeiter erhoben und gleich dem Abgeordneten Ribbert an dem parteiischen Vorgehen des Vorsitzenden im Falle Anittel scharfe Kritik üben müssen, so wurde die große Rede des Abgeordneten Liebknecht zu einer Generalabrechnung mit all den Elementen und Bestrebungen, die unsere Justiz zur dienstwilligen Helferin unserer Klassenjustiz erniedrigen. Mit beifühendem Sarkasmus, aber auch mit hohem sittlichen Ernst, der das ganze Haus mehr als anderthalb Stunden lang in seinen Bann zwang, behandelte der sozialdemokratische Redner die furchtbare Tatsache, daß sich unsere Rechtsprechung je länger je weniger den politischen Einflüssen und dem sozialen Klassenempfinden zu entziehen vermag. In dramatisch wirkender Steigerung reichte er Fall an Fall, Symptom an Symptom, um zu dem Endergebnis zu kommen, daß die Klassenjustiz kein leerer Wahn ist und daß es neben der großen Zahl höchstschmerzlicher, ehrlich ringender preussischer Richter auch eine nicht geringe Zahl von Richtern gibt, denen politische und soziale Voreingenommenheit jedes gerechte Urteil trübt.

Einleitend verwies Genosse Liebknecht darauf, daß die Kriminalstatistik die erschreckende Tatsache lehrt, daß die Kriminalität nicht zu-, sondern abgenommen hat. Die Statistik lehrt auch, daß die Kriminalität unter den Katholiken höher ist als unter den Protestanten, am geringsten aber bei den Angehörigen sonstiger Religionsgemeinschaften und den Konfessionslosen. Er folgerte daraus keineswegs, daß die katholische Religion eine Ursache der stärkeren Kriminalität sei, wohl aber, daß das Religionsbekenntnis für die Widerstandsfähigkeit gegen das Verbrechen völlig un-erheblich sei. Nur die soziale Stellung der nichtbesitzenden Klasse könne das Verbrechen mindern, die Sozialreform allein die Kriminalität wirksam bekämpfen. — Wenn man über die Weltfremdheit der Richter klage, möge man sich nicht einbilden, durch Befähigungen von Fabriken oder praktische Tätigkeit in Industrie und Landwirtschaft die Richter zu Universalgenies auszubilden. Das wichtigste für den Richter sei Rückgratfestigkeit und soziales Verständnis, Respekt vor der Komplexiertheit des Lebens, und die Einsicht, daß die Rechtsprechung der Sachverständigen nicht entzogen könne. Das gelte namentlich auch für das Gebiet der Kunst, wo eine abgeschmackte Sittlichkeitschamäleonie oft ein erschreckendes Bananentum verrate. — Höchst bedauerlich sei, daß sich auch der nationalliberale Redner gegen die Ausdehnung des Wiederaufnahmeverfahrens gewendet habe. An einem Einzelfalle, der Verurteilung der Witwe Hamm wegen Gattenmordes, legte der Redner die hohe Wahrscheinlichkeit dar, daß hier auf Grund der Ermittlungen eines höchst verdächtigen Polizeibeamten — eines Mannes, der jetzt an einem Ehemanneraustausch-Institut beteiligt sein soll — ein verhängnisvoller Justizmord begangen worden sei, der nach dem inzwischen beigebrachten Revisionsmaterial der schlechtesten Nachprüfung bedürfe.

Und was habe es mit dem soviel mißbrauchten Worte von der Unabhängigkeit der Richter auf sich? Sollen nicht die Referendariatsbegehren des Richters und das Ordens- und Titelmessing neben vielen anderen ein schwerer Gefahr für seine legendäre Unabhängigkeit? Und wenn, wie im Falle des Generals v. Pelet-Marbomme, dem

Dienste für die Militärpartei die Beförderung auf dem Fuße folgen, liegt darin nicht das Schwere Korruptionsmoment? Sollen da nicht moralisch Schwächere verlockt werden, zur Gnadenzone aufzublicken, die da oben dem „Wohlfühlen“ leuchtet? Ja, man scheue nicht einmal davor zurück, die Unabhängigkeit der Anwälte anzutasten. Was bei den abhängigen Berufsständen werden, sei jedem Kundigen sonnenklar. Können man die Anwälte wegen politischer Dinge nicht mahregeln, so schikanieren man sie. Habe man doch ihm selbst und mehreren anderen sozialdemokratischen Rechtsanwältinnen einen Substituten verweigert und damit die politisch mißliebigen Verteidiger materiell schwer geschädigt! Und sei es doch sogar vorgekommen, daß Richter Klienten sozialdemokratischer Rechtsanwälte direkt vor ihrem Verteidiger gewarnt hätten. Als ein solcher Rechtsanwalt ein derartiges Vorgehen mit Recht „hinterhältig und von Mangel an Mut zeugend“ genannt habe, sei er dafür zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. So sehen Richter im Namen des Königs den Stempel unter Alte krassester Willkür und Bergewaltigung.

Brillant ironisierte Liebknecht dann die staatsbehaltenden Herren, die der Sozialdemokratie das Recht zu einer Kritik an der Justiz abtrug. Gaben sich doch die „Posi“ herausgenommen, die Zeugen in Gabern und zwar besonders auch die als Zeugen vernommenen Staatsanwälte und Richter des Meinesdes zu verdächtigen. Ja, habe nicht das Blatt des Führers der freikonservativen Partei von dem Unterstaatssekretär Petri behauptet, daß während seiner Amtstätigkeit die Rechtsprechung manchmal beeinflusst worden sei und daß die Verwandten Petris zu Kämtern und Würden gekommen seien? So schmutzige Unterstellungen gegenüber den Justizbehörden habe sich ein Sozialdemokrat niemals zuschulden kommen lassen. Und habe denn etwa Herr v. Jagow nicht in das jährliche Verfahren durch die rücksichtslosste Kritik eingegriffen? Da würden es sich auch die Sozialdemokraten nicht nehmen lassen, an der Justiz die gebührende Kritik zu üben, zumal wenn ein so typisches Beispiel der rücksichtslossten Verleumdung vorliege, wie der Prozeß Knittel. Beiläufig: Was glaube man wohl, welche Strafe gegen einen Sozialdemokraten verhängt worden wäre, der sich an Stelle des Amtsrichters Knittel betunden haben würde!

Zur Kölner Polizeiprozesse sei der Redakteur Sollmann trotz eines niederschmetternden Wahrheitsbeweises und obwohl er sich die höchsten Verdienste um die Aufdeckung eines Korruptionssumpfes erworben habe, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Wie nehme sich dagegen die Bestrafung des Direktors Eccius wegen Anstiftung zu dem unerhörten Spionagesystem der Kruppischen Wappenschmiederei in Berlin an. Und wo blieben gar die Anklagen gegen die übrigen hohen Kruppbeamten, die der Weisheit zur Bestrafung dringend verdächtig seien oder gar das offene Bekenntnis ihrer Mitschuld abgelegt hätten! Nicht minder unehrenhaft sei das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in dem Siemens-Schuckert-Prozesse gewesen. Habe man doch im Interesse der großen Firma die Hauptbelastungsakten für die Kasse der durch diese Firma verübten Bestechung sorgfältig in Privatschränke eingeschlossen und sogar dem Verteidiger vorenthalten. Statt neben dem Expreßler nun auch die Bestecher zu bestrafen, habe die Staatsanwaltschaft sogar einen der der Mitschuld verdächtigen Vertreter der Firma bei den Durchsuchungen mit hinzugezogen.

Den Schlussstein der lüdenlosen Beweisführung für das Verschandensein der Klassenjustiz bildete eine wuchtige Kennzeichnung der Streikjustiz. Trotzdem Hunderte von Jahren Gefängnis gegen Streikposten wegen minimalster Vergehen verhängt worden seien, sei der Minister des Innern am Werke, mit Hilfe der politischen Justiz das Streikpostenwesen zu verbieten. Und auf der anderen Seite zeige die ungeheure milde Behandlung der Stabschefen Streikbrecherordnungen, die Freisprechung des Mörderers Brandenburg, wie berechtigt das Mißtrauen der arbeitenden Bevölkerung zu dieser „objektiven“ Justiz sei. Deren Klassencharakter unlängst selbst von einem katholischen Arbeiter in einem christlichen Gewerkschaftsblatte unumwunden zugestanden worden sei. Wolle die Rechtsprechung ernstlich ihres Amtes walten, so möge sie nicht einen Schuß vor Streikbrecher schießen, sondern einen Schuß von Streikbrechern.

Und was hatte der Justizminister Befehl gegen alle diese fürchtbaren Tatsachen vorzubringen? Soweit er sich nicht in Unterstellungen desiel und Liebknecht Behauptungen in den Mund legte, die dieser niemals gemacht hatte, behalt er sich mit ein paar armeligen Redensarten. Sein Haupttrumpf war der emphatische Ausruf, was denn beim Krupp-Prozesse heraufgekommen sei? Im Verhältnis zu dem, was Liebknecht behauptet habe, sehr wenig, nichts! Und das wagt der Justizminister zu sagen trotz Liebknechts eingehender Darlegungen der Krupp-Skandale, trotz seiner Feststellung, daß sowohl die Kriegsgerichte als auch die Noabiter Strafkammer jedem Versuch, ernstlich in die Tiefe des Kruppischen Korruptionssystems hineinzuleuchten, hartnäckig widerstanden haben. Natürlich konnte der Herr Minister sich durch das Nachhallen der kruppoffiziösen Vertuschungsphantasen den stürmischen Beifall der Nationalliberalen holen. Das Vertrauen dieser Herren genießt unsere Rechtsprechung allerdings. Aber das macht sie für das Volk nur um so bedenklicher.

Um das Koalitionsrecht.

Koalitionsrechtsdebatte im sächsischen Landtag.

Am Schluß der bis gegen Mitternacht dauernden Verhandlung über die wegen des Streikpostenwesens und der Handhabung des Koalitionsrechts im sächsischen Landtag eingebrachten Anträge erklärte der Minister des Innern, Graf Vitzthum, in einer gegen den Benossen Sindermann gerichteten Bemerkung: Der Regierung sei weder von einem besonderen, den Schutz der Arbeitswilligen betreffenden Abschnitt im Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch etwas bekannt, noch von einer Absicht der Verbündeten Regierungen, diesen Schutz zum Gegenstand eines besonderen gesetzgeberischen Vorgehens zu machen.

Dem Wortlaut nach hat der Minister recht: Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch enthält, wie wir wiederholt darlegten, keinen „besonderen Abschnitt über den Schutz der Arbeitswilligen“, aber eine Reihe neuer Vorschriften, die die Anwendung des Koalitionsrechts mit enormen Strafen bedrohen.

Wer fordert Arbeiternebelung?

Bei der Hege gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter nimmt das Schamacherium eine Schutzengelrolle. Es sucht den Aufseher zu erwecken, als ob es mit seiner Forderung hauptsächlich Arbeiter

gegen Terrorisimus schützen wolle, und Schutz gegen Terrorisimus, den Arbeiterorganisationen ausüben, notwendig sei. Da sollte man meinen, daß von Arbeitern selbst die Forderung nach solchem Schutz erhoben würde. Sieht man ab von Zwangsorganisationen der Arbeiter, die von den Unternehmern gegründet worden sind, von ihnen überwacht und dirigiert werden, dann gibt es keine Stimme aus Arbeiterkreisen, die das schamacherische Dagegen zu seiner „Schlichterrolle“ legitimiert. Im Gegenteil: alle nicht unter der direkten Botmäßigkeit der Unternehmer stehenden Organisationen protestierten ganz energisch gegen alle auf eine Beschränkung des Koalitionsrechts gerichteten Bestrebungen. Nicht nur die freien Gewerkschaften stehen an der Spitze. Die christlichen Gewerkschaften schlossen sich ihnen an, desgleichen eine große Reihe der sog. nationalen Arbeitervereine; kaufmännische Organisationen nahmen dieselbe Haltung ein, sogar der große deutsche Wertmeisterverband fordert freies Koalitionsrecht, lehnt die Forderung des industriellen und agrarischen Arbeiterheide entschieden ab.

Die Forderung nach dem sogenannten Arbeitswilligen Schutz ging aus dem Zentralkomitee der Industriellen, dessen programmschriftliche Forderung bekanntlich lautet: „Zerstückelung der Gewerkschaften! Der Wund der Industriellen folgte den Spuren der Oberschamacher. Die meisten Handelskammern, Handwerker- und Gewerbetreibenden tröteten ebenfalls hinter den Krampf- und Schloßherren. Die schönste Reihe belong der Krugzug gegen das Koalitionsrecht vom „vollständlichen“ Handabund. Er gab das Zeichen zum Zusammenstoß aller reaktionären Wühlunge im „Kartell der schaffenden Stände.“

Das Treiben dieser Elemente genügte natürlich der deutschen Reichsregierung, um die Willfährigkeit zu bekunden, bei der Eröffnung des Koalitionsrechts die verlangte Hausnechtsrolle zu übernehmen. Da die Reichsregierung nach der Weise der preussischen Regierung tangt, ist diese selbstverständlich auch gegen eine Anbelung der Arbeiter. Das hat sie ja auch hinlänglich deutlich im Abgeordnetenhaus bewiesen. In einem Strange mit der preussischen Regierung zieht die von den Konservativen beherrschte sächsische Regierung. Von den Regierungen der Bundesstaaten hat sich bisher nur die bayerische absehend ausgesprochen.

Von den Parteien sehen die Konservativen und Nationalliberalen grundsätzlich auf dem Boden schamacherischer Attentatspläne. Das Zentrum und die Volkspartei erklären, sie würden das Koalitionsrecht nicht beschränken lassen. Eine unbedingte Garantie gegen die Auswüchse des Koalitionsrechts zustimmen, bieten die Erklärungen jedoch noch nicht. Wie zuverlässig diese Parteien sind, wird ihr Verhalten zeigen.

Jeder Angriff auf das Koalitionsrecht, ganz gleich unter welcher Maske er erfolgt, wird mit absoluter Sicherheit nur die Sozialdemokratie in der Abwehr finden. Sie begnügt sich damit nicht, sondern sie geht auch zum Angriff vor und fordert Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts. Wenn ihr das Zentrum und die Volkspartei dabei nicht folgen, dann beweisen sie dadurch, daß sie nur Scheinfreunde des Koalitionsrechts sind.

Politische Uebersicht.

Fest im Vertrauen seines Herrn.

Der Kanzler der schallosen Rächte scheint einstellten seiner Schlußrolle mehr zu benötigen. Die halbamtliche „Leipziger Zeitung“ glaubt nämlich festhalten zu können, daß dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg die Absicht fernliege, als Statthalter nach dem Elfsaß zu gehen. Das genaue Wort teilt weiter mit, daß der Reichskanzler sich überhaupt nicht mit Kandidatengedanken trage; weder die inneren Verhältnisse noch die auswärtige Politik könnten ihm den Gedanken nahelegen, sich von seinem Amte zurückzuziehen. In Kreisen, die in der Lage sind, Beobachtungen zu machen, werde herabgehoben, daß der Reichskanzler sich des vollen Vertrauens des Kaisers erfreue. Die Propheten, die ihm nur eine bestimmte Frist für seine amtliche Wirksamkeit gesetzt hätten, würden sehen, daß diese Frist vorübergehen werde, ohne daß ihre Vorauslage sich bewahrheitet habe.

Herr v. Bethmann Hollweg hat zwar von allen Seiten Vertrauensvoten erhalten — vom Herrenhaufe, vom Abgeordnetenhaus und vom Reichstag — aber er erfreut sich des Vertrauens des Kaisers und hält es deshalb für unnötig, mit einer Wobeltansportfirma in Verbindung zu treten. Zur Sicherheit wird er künftighin ein Verzicht bemüht sein, sich auch des Vertrauens der Junkerkamarilla zurückzugewinnen. Denn ohne die Gnade der Heidebrand und Konjorten ist er vor einer plötzlichen Katastrophe seines Stiegs sicher. Aber Herr v. Bethmann Hollweg hat ja auch das Zeug dazu, sich bei diesen mächtigsten Herren seines Schicksals wieder in Gunst zu setzen!

Der neueste Prinzenerzieher.

Der Kronprinz hat sich zur Einführung in die Verwaltungsgeschäfte als Mentor den konservativen Landtagsabgeordneten Landrat v. Malchahn erkoren. Die „National-Zeitung“ bemerkt dazu:

„Er er (v. Malchahn) Landrat wurde, ist er sieben Jahre lang Regierungsdirektor in Auzitz gewesen, vorher war er Referendar in Lüneburg. Sollte diese normale Beamtenlaufbahn irgendeine außergewöhnliche Gewähr dafür bieten, daß Herr v. Malchahn hervorragende Kenntnisse in Dingen des „öffentlichen Lebens“ besitzt, in denen er, wie es heißt, den Kronprinzen unterweisen soll? Herr v. Malchahn wird auch sein Abgeordnetenmandat nicht niederlegen, also zu gleicher Zeit ein konservativer Parteimann und nächster Ratgeber des Erben der Krone sein. Wo und wie wird er bei dieser doppelten Eigenschaft die Grenze ziehen? Eine solche Abgrenzung wird sich wohl überhaupt nur schwer treffen lassen und Herr v. Malchahn dürfte auch kaum imstande sein, seine Natur zu verleugnen.“

Die Anshauungen, die der Kronprinz durch seinen Verlehr mit dem Vollblutjunker v. Oldenburg-Januschau in sich aufgenommen, werden durch Herrn v. Malchahn keine Erbhütterung erfahren. In dieser Beziehung ist die Hohenzollernpolitik wenigstens eine stetige. Und das Volk weiß wenigstens, woran es ist.

Agrarier unter sich.

Das Agl. Preussische Landesökonomienkollegium begann gestern in Berlin seine 10. Tagung unter dem Vorsitz des Grafen Schwerin-Löwitz. Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer benutzte seine Begrüßungsrede, um sein schon hunderte Male gehörtes Lob auf unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik nochmals abzuheizen. Einiges Interesse boten die Verhandlungen über die Forderung des Wohnrechts an dem Lande. Die Einzelne Hege sporne unter den Rednern leugneten überhaupt, daß eine Wohnungsnot auf dem Lande besteht, während andere Redner gerade die Notwendigkeit besserer Wohnungen zur Bekämpfung der Landflucht betonten. Aus Furcht davor, diese Debatten könnten als Eingeständnis der Reformbedürftigkeit der ländlichen Arbeiterwohnungen genommen werden, einigte man

sich schließlich dahin, von der Bedürfnisfrage abzusehen und nur — vom Staat die Beschaffung der Mittel zu fordern für die Fälle, wo man Wohnungsbauten für nötig halte. Der Landwirtschaftsminister beehrte sich denn auch zu erklären, daß er von einer Kommission Direktiven über die Frage der Geldbeschaffung entgegennehmen wolle. Sehr charakteristisch war übrigens seine Bemerkung, daß es mit dem preussischen Wohnungsgesetze nicht so schlimm gemeint sei und daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande natürlich mit anderen Augen betrachtet werden würden als die in den Städten!

Die gleiche Kenglichkeit beobachtete die Tagung auch in der Erörterung der Arbeitslosigkeit. Nach einem Referat des Schriftstellers Ostwald-Joseloff über den Verarm der sozialen Innere Kolonisation — dessen Ausführungen und in der Stephis gegenüber diesen Plänen verführten — begründete Nittergutsbesitzer v. Alting einen Antrag, der sich u. a. für die Kinderarbeit unter 17 Jahren erklärte. Daß der Nittergutsbesitzer die bekannnten Vordichtigungen einer Arbeitslosenversicherung wiederholte, ist für eine agrarische Versammlung selbstverständlich. Aber schließlich fürchteten die Jährhörer auch hier die Defensivität. — Ein Redner forderte sogar die Streichung des Wunsches nach vermehrter Kinderarbeit — und man begnügte sich mit der Kenntnisnahme des Referats, ohne über die vorgelegten Anträge abzustimmen.

Mandatsniederlegung.

Der freikonservative Landrat Hg. v. Galem (Wahlkreis Schwes) hat sein Mandat zum Reichstag niedergelegt. Dadurch ist er dem absolut sicheren Hinsudwerten zugekommen und hat auch verhindert, daß der ungeheuerliche Wahlwindel, dem er sein Mandat verleiht, im Reichstag zur Verörterung gelangen konnte. Herr v. Galem hat sein Mandat schon einmal niedergelegt im September 1912. Auch damals hatte die Wahlprüfungskommission das Mandat falliert, weil nicht v. Galem, sondern in Westfälisch der Pole gewählt war. Bei der schließlich vorgenommenen Ersatzwahl siegte v. Galem dadurch, daß man Hunderte polnischer Wähler einfach aus den Wählerlisten strich. Der unternehmungslustige Landrat will nun zum dritten Male kandidieren und wird diesmal hoffentlich nicht wieder in den Reichstag gewählt.

Ein Rückzug der Straßburger Militärbehörde.

Die Militärbehörde hat nach Straßburger Zeitungsmeldungen die Beleidigungssagen gegen diejenigen Zeitungen, die behaupteten, daß Leutnant v. Brunsen die französische Presse durch den bekannten rätselhaften Ausbruch beleidigt habe, zurückgezogen. 22 Soldaten erklärten, daß der Leutnant die beleidigende Äußerung getan habe, vier sagten aus, sie hätten nichts gehört. Unter solchen Umständen hielt die Militärbehörde einen Prozeß wegen Beleidigung für nicht zu rickant, zumal die Zeitungen nicht vor das Pelei-Karlsruhe Kriegsgericht gekommen wären.

Das Wahlergebnis in Offenburg-Bez.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Die am Dienstag im 7. Reichstag-Wahlkreis Offenburg-Ober-Bez. bezogene Nachwahl hat unsere Partei — hier gibt es nichts zu beschönigen — eine bittere Enttäuschung gebracht. Während die Nationalliberalen ihre Stimmengiffern von 8992 auf 9612 plus 650 und 644 zu die Zahl seiner Stimmen von 11 615 auf 12 259 plus 644 zu steigern vermochten, gingen wir von 3705 auf 3082, also um 623 Stimmen zurück. Die bürgerlichen Parteien gewannen 1294 Stimmen, während wir 673 Stimmen einbüßten. Unser Stimmenanteil beträgt 13 Proz. gegen 15½ Proz. im Jahre 1912. Die wenig Ursache wie haben, mit dem Wahlergebnis auch vom Jahre 1912 zufrieden zu sein, lehrt die Tatsache, daß 1898, also vor 14 Jahren, schon 18½ Proz. der abgegebenen Stimmen auf unseren Kandidaten entfielen. Es ist also eine Täuschung, wenn man — wie das vielfach geschieht — annimmt, unsere Stimmengiffer sei im Jahre 1912 infolge der Wirkung der Reichstagsreform unnatürlich hoch gewesen und der Rückgang daher ganz natürlich. Der weitere Einwand, daß die Partei, von der man weiß, daß sie für eine Stichwahl nicht in Frage kommt, bei einer Nachwahl immer schlecht abzuschneiden pflegt, weil die Stimmengiffer nicht die Bedeutung hat, wie bei allgemeinen Wahlen, verdient schon eher Beachtung. Wichtig ist, daß die Nachwahlen gegenüber den allgemeinen Wahlen uns meist ungünstigere Resultate bringen. Aber in solchen Fällen haben die bürgerlichen Parteien auch immer an Stimmen eingebüßt. Aus einem anderen Grunde hätte man nunmehr erwarten dürfen, daß wir unser Prozentanteil an den abgegebenen Stimmen behaupten würden. Weil wir bei der im Oktober d. J. stattgefundenen Landtagswahl eine Schlappe erlitten haben, hätte man meinen sollen, daß unsere Genossen alles aufbieten werden, um die Scharte wieder auszuwischen.

Soweit sich jetzt das Schicksal übersehen läßt, scheint unser Stimmenverlust nicht nur eine Folge der Wahlaktinenz früherer sozialdemokratischer Wähler zu sein, sondern es scheint, daß auch Neubekaufe in das gegnerische Lager zu verzeichnen sind. Sobald die genaue Resultate aus den einzelnen Orten vorliegen, wird sich zeigen, wo der Hebel anzusetzen ist.

Der Kandidatenwechsel hat wahrscheinlich ebenfalls zum Stimmenrückgang, speziell in der Stadt Offenburg, wo wir 167 Stimmen verloren, beigetragen. Doch darf er aber umso weniger veranlaßt werden, als auch das Zentrum seinen Kandidaten gewechselt hatte.

Illusionen der bürgerlichen Sozialreformer.

Auch den ernstest zu nehmenden bürgerlichen Sozialreformer ist die Antändigung des Staatssekretärs Dr. Desbrück, daß in der sozialen Reform nunmehr eine Ruhepause eintreten müsse, einermachen auf die Kerne geschlagen, und einer ihrer Führer, der Professor Franke, wirft in der „Sozialen Praxis“ die Frage auf, ob man denn wirklich die Absicht haben könnte, das Signal „Das Ganze halt!“ zu blasen. Er weist auf die gewaltigen Aufgaben hin, die auf sozialpolitischem Gebiete der Lösung harren, und kommt zu dem Ergebnis:

Gerade weil der Umfang der sozialpolitischen Tätigkeit im Einklang stehen muß mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, ist ein Stillstand in der Sozialreform ganz unmöglich, ja nicht einmal eine längere Pause ist denkbar: die Bedürfnisse des Tages, die quellenden Kräfte des Lebens erheischen gebieterisch ihre Fortsetzung, ihren Ausbau, die Lösung neuer großer Probleme.“

Um sich selbst Mut zu machen, zitiert Professor Franke die berühmte Wortschöpfung Wilhelms I., verschiedene der Sozialreformgünstige Aussprüche Wilhelms II. und eine Anzahl von Ministerworten, und um so weniger will er an den Stillstand glauben, als vor einiger Zeit der Reichskanzler in eigener Person ihm geschrieben hat: „Wie können nicht Part bleiben, ohne gesunde soziale Entwicklung.“

Diese mitteleuropäische Redensart des Philosophen von Codenfinow, die sich würdig dem schönen Diktum von der stillstehenden Entwicklung anschleibt, besagt wirklich nicht allzuviel, und es beweist die Verlogenheit so gut wie die Verschiedenheit der bürgerlichen Sozialreformer, wenn sie ihre Hoffnung auf eine derartig inhaltsarme und vieldeutige Phrase stützen. Aber selbst wenn Bethmann mehr gesagt hätte: was wollte das bedeuten? Dieser

Mann der gottgewollten Abhängigkeit macht schließlich doch nicht die Politik, von deren Wert und Notwendigkeit er innerlich überzeugt ist, sondern die, die ihm von den Mächtigen im Staate vorgeschrieben wird, und auch Professor Franke wird nicht in Abrede stellen wollen, daß das Parteil der schaffenden Stände heute wesentlich einflussreicher ist als die Gesellschaft für Soziale Reform. Das bedeutet, daß der freundliche Jünger einiger Idealisten die Regierung nicht veranlassen kann, eine ziel- und zweckbewusste Sozialpolitik zu treiben. Wenn sie sich nicht mit Haut und Haaren den Scharfmachern verschreibt und gelegentlich wenigstens noch einige Anläufe zu Fortschritten macht, so ist das größte Motiv hierfür noch wie vor die Angst vor der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie.

Gerade auch die von Herrn Franke rühmend hervorgehobenen Versuche, soziale Gesetze im Interesse der Angestellten zu machen, beweisen das. Deutlich steht diesem Glanzwerk der Zweck an der Stirn geschrieben, die Angestellten vor der Gefahr der politischen und gewerkschaftlichen Radikalisierung zu bewahren, und nichts ist bezeichnender, als daß man auf eine einheitliche Angestelltenversicherung verzichtet und die Reformen hauptsächlich auf die Handelsangestellten zuschneidet. In den Kreisen der Kaufmannsgelhilfen gibt es dank der geistigen Verkünderung, die auf das Konto der großen Harmonieverbände zu schreiben ist, noch immer einen relativ starken Prozentsatz von gut „nationalen“, anti-sozialistischen Elementen. Die sollen bei der bürgerlichen Stange gehalten und an dem Betreten des Bodens der Gewerkschaftsbewegung gehindert werden. Deshalb macht man Gesetze zu ihren Gunsten, obwohl sie von allen Angestelltenkategorien sich schon heute verhältnismäßig des besten Rechtes erfreuen. Die Gesetze taugen zwar nichts, aber sie wirken doch auf die Dummen. Für die Techniker, die Bureaubeamten und andere Klassen zeigt man weit weniger Eifer, denn die sind zum guten Teil bereits so radikalisiert, daß sich mit Hilfe von ein paar nichtsagenden Rebellen ihre Seelen, zu deutsch ihre Wählerstimmen, doch nicht mehr retten lassen.

Der Erfolg einer deutschen Strafexpedition.

Die Strafexpedition gegen den Häuptling Gabola von Ngula, in dessen Dorf am 12. Oktober Oberleutnant v. Raven getötet und Bezirksrichter Seger verwundet worden war, ist nach einer soeben aus Kamerun eingegangenen drähtlichen Meldung des Gouvernements nunmehr beendet. Der Häuptling ist, nachdem die Schutztruppe, unterstützt durch eine Abteilung der Polizeitruppe, unter Hauptmann v. Buttamer am 18. Dezember ein Hauptdorf erobert hatte, geflohen. Durch sofortige Aufnahmemaßnahmen ist es gelungen, die Nacht des unbotmäßigen Häuptlings, dessen die französische Regierung nicht hatte Herr werden können, vollständig zu brechen. Die Räuber des Oberleutnants v. Raven sind gefallen. Alle Häuptlinge, die sich im Vertrauen auf die Macht des Häuptlings Gabola und ermutigt durch den Tod des Oberleutnants v. Raven der Aufstandsbewegung angeschlossen hatten, haben um Frieden gebeten.

Zwei Sozialdemokraten sechs Jahre unentgeltlich im Schuldvorstande.

Der Wachsamkeit der preussischen Schulaufsichtsbehörden war es entgangen, daß in der Gemeinde Niederborsfeld bei Bockum seit sechs Jahren zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter dem Schuldvorstande angehört. Endlich ist durch einen Spürhund die Gefahr entdeckt und es sind dann durch den Ehrenamtmann Bröder die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden. Als die Wahlperiode der beiden Genossen König und Nohmann abließ und beide von der Gemeindevertretung, die mit ihrer Tätigkeit durchaus zufrieden war, erneut vorgeschlagen wurden, erklärte der Herr Amtmann, daß die Regierung die Wahl der beiden Vertreter wegen ihrer Eigenschaft als Sozialdemokraten beanstanden werde. Die dargelegten Rechte sind natürlich automatisch zusammen und wählte zwei andere Vertreter. Es ist also wieder alles in Ordnung.

Verbot eines französischen Vortrags in Straßburg.

Vom Straßburger Bezirkspräsidenten wurde ein auf nächsten Freitag angekündeter französischer Vortrag, den der Auslandsdirektor der Pariser Zeitung „Le Temps“ über den „Reichsverband, seine Vergangenheit und Zukunft“ halten wollte, ohne Angabe von Gründen verboten.

„Man muß jetzt aufs Ganze gehen!“

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Kölnische Volkszeitung“ eine bemerkenswerte Zuschrift aus Trier, in der es heißt:

„Jetzt gilt es, nicht nur einige beschwichtigende Worte zu machen, sondern offen Stellung zu nehmen. Es muß zu einer offenen Abschüttelung der langjährigen Unruhefester kommen, darum darf man fortan nicht mehr bloß der Presse es überlassen, gegen die Verwirrungen anzugehen, sondern es gilt, geschlossen gegen die gesamte integrale Wack- und Schlieffgesellschaft vorzugehen, die in der Ausaat des Unfriedens, in der Verdächtigung und Verärgerung so vieler und in der indirekten Schädigung selbst der kirchlichen Autorität enormes geleistet hat. Die Katholiken Deutschlands tragen zu schwer an der Lage, wie sie durch die Schuld dieser Kreise geworden ist, als daß einige Worte des sanften Bedauerns und der Mahnung zur Schuld genügt. Es muß gehandelt werden.“

Wenn sich die Wachemiten mit diesen energischen Worten nur nicht wieder ins eigene Fleisch schneiden und die gleichen Liebenswürdigkeiten der Integralen und der sie stützenden Bischöfe heraufbeschwören!

Die Stichwahl in Offenburg-Nehl.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Offenburg-Nehl ist auf den 12. Februar festgesetzt worden.

Der schicksalvolle Major.

Der Major a. D. Schäfer in Zabern, der seit Jahren immer in Zivil in Zabern herumging, aber in den letzten Tagen wieder die Uniform anzog und außerdem von der Polizei einen Waffenschein haben wollte, um sich gegen die bösen Zaberner zu schützen, hat dem Vorstand des Zaberner Zivillafinos jetzt eine Forderung auf Pistolen ausgehen lassen. Charakteristisch ist, daß dem Zivillafino beinahe nur alldeutsche Herren angehören.

Die zehn Verbannten.

London, 4. Februar. (Fig. Ver.) „Die Gewalttätigkeiten in Südafrika“ erklärte uns ein englischer Genosse auf dem Parteitag der Arbeiterpartei in Glasgow, haben mehr zur Auffklärung der Arbeiterklasse getan als 50 Jahre Agitation.“ Dublin war der Auftakt; mit Südafrika setzt die Melodie ein. Es regnet Protestresolutionen von allen Arbeiterorganisationen. Und mit Protesten läßt man es nicht bewenden. Kurz nach dem Bekanntwerden der letzten Prozedur der südafrikanischen Regierung fand in Nordwest-Durham eine Nachwahl statt. In dem Kreise kandidierte zum erstenmal ein Arbeiterkandidat, der über

5000 Stimmen — fast ein Drittel der abgegebenen — auf sich vereinigte. Alle Parteien mußten zugeben, daß aus dieser gewaltigen Abplitterung von der liberalen Partei die Proteste der Arbeiter sprachen, die den liberalen Statthalter der Union für die Schandtaten mitverantwortlich machten. Bald werden nun die Verbannten in England ankommen, wo ihnen eine herzliche Aufnahme sicher ist. Ob der Kapitän der „Umgen“, auf die die Arbeiterführer bei Nacht und Nebel geschickt worden sind, der Ankunft im Londoner Hafen mit gleicher Gemütsruhe entgegensteht, ist zweifelhaft. Solange er sich in den Gewässern der Union befand, konnte er sich sicher fühlen; doch jetzt können ihn die englischen Gerichte wegen Menschenraub belangen. Die Arbeiterpartei wird sich so bald als möglich mit den Verbannten telegraphisch in Verbindung setzen und das gerichtliche Nachspiel auf englischem Boden wird nicht ausbleiben.

Wenn man der kapitalistischen Presse glauben wollte, so sind die ausgewiesenen Arbeiterführer kätzinarische Gestalten, vergewaltigte Menschen, die vom Bombenwerfen und Mittergehen träumen. Doch wie weit die Lügen, mit denen die Selbstpresse ihre Berichte ausgeschmückt hat, von der Wahrheit entfernt sind, lehrt ein Artikel in dem „Daily Citizen“, in dem W. E. S. die Charaktere und Schicksale der Verbannten schildert. Besonders empörend ist nach diesen Schilderungen das Verbrechen der südafrikanischen Gewaltmenschen in bezug auf die beiden bekanntesten Arbeiterführer: Dr. Poutsma, den Sekretär der Eisenbahner, und Bain, den Sekretär des Transvaaler Gewerkschaftsbundes. Denn diese beiden „unerwünschten Bürger“ hatten sich um das zweite Vaterland, das sie erlitten, besonders verdient gemacht. Dr. Poutsma, ein Mediziner, half den Buren im letzten Feldzuge mit einem fliegenden Hospital, das er auf eigene Kosten ausrüstete. Bain, ein geborener Engländer, stand der Burenrepublik treulich bei, als die englischen Truppen das Land für die Goldgrubenbesitzer eroberten. Er kämpfte in einem Johannesburg Kommando, wurde gefangen genommen und nach Ceylon verbannt. Das ist der Dank! Botha, daß er nun die Leute, die ein Geld und Blut für ihn geopfert, ohne Verhör aus ihrer Heimat verjagt und sie mit einem Schlag zu Bettlern macht. Dr. Poutsma ist Holländer von Geburt, ein tüchtiger Arzt und Journalist und spricht 5 Sprachen. In ihm verliert die südafrikanische Arbeiterbewegung einen ihrer hervorragendsten Köpfe. Bain war der Vater der Bewegung, die Seele der vorwärtsstrebenden Arbeiterbewegung der Union, ein ruhiger und besonnener Redner. Beide haben Frau und Kinder in Transvaal. Unter den ausgewiesenen befindet sich auch der Sekretär der südafrikanischen Arbeiterpartei der Lokomotivführer, Waterkon, der das Amt erst seit 10 Monaten bekleidet und im Juli des letzten Jahres nach der Niederlegung der Arbeiter der Regierung manöviert entgegentrat. Er mußte seine Frau und 4 Kinder in Volksburg hinter sich lassen. Der verbannte Vorsitzende des Transvaaler Gewerkschaftsbundes, Watson, ist ein Schotte von Geburt, ein glänzender Dialektredner, vorzüglicher Organisator und gründgütiger Mensch. Er ist Schreiner von Beruf. Erst vor einigen Monaten ließ er seine Frau aus Schottland kommen und heiratete sie. Jetzt befindet sich die junge Frau mütterleichenallein im fremden Lande. Einer der zehn ist McKerrill, ein Bergarbeiterführer, der seiner Frau und 3 oder 4 Kindern entzissen worden ist. Er lebte schon unter der Republik im Lande.

Man muß sich jetzt darauf gefaßt machen, daß eine „große Verschwörung“ in Südafrika entdeckt wird. Die bisher bekannten Argumente, mit denen die Unionsregierung ihre Willkürherrschaft rechtfertigen wird, sind so lächerlich und unzureichend, daß selbst die reaktionärsten Blätter hier zu Lande ratlos dastehen und von Enthüllungen fabeln, mit denen die Unionsregierung aufwarten werde. Eine derartige Entdeckung der Dinge scheint in dem südafrikanischen Südafrika die natürliche zu sein. Eine entdeckte Verschwörung würde die Regierung über manche Schwierigkeiten hinweghelfen und die einseitigen Buren überzeugen, daß sie in Botha einen echten Staatsmann haben. Die Anklage braucht ja auch nicht bewiesen zu werden; denn die Angeklagten sind nicht mehr da und man hat ihnen das Betreten des südafrikanischen Bodens verboten.

Eine Antwort an Grey.

Aus London wird uns geschrieben: Die Rede Grey hatte den Zweck, die liberale Protestbewegung gegen die Flottenvermehrung zum Schweigen zu bringen. Diesen Zweck wird sie wohl kaum erreichen. Der „Manchester Guardian“, das führende Blatt der nordenglischen Industriellen, begleitet die Rede mit folgenden Randglossen:

„Es ist möglich, daß die Regierung noch nicht das Gewicht der Beschwerde begreift, die hinter den wiederholten Forderungen steht, daß die Regierung Schritte unternehme zur Abschaffung des Seebücherechts in Kriegszeiten? Die Zeit ist gekommen für eine ganz offene Sprache in dieser Frage. Das Hauptargument für die Klüftung ist immer, daß sie nötig seien, um die Seehandelswege offenzubehalten. Unsere Frage ist diese: daß die Admiralität, zu deren Hauptpflichten es gehört, diese Handelswege in Kriegszeiten offenzubehalten, hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich dafür verantwortlich ist, daß überhaupt eine Gefahr ihrer Schließung besteht. Hätte die britische Admiralität nicht Widerstand geleistet, dann wäre heute nach Völkerecht aller Handel mit Ausnahme von Kontenbande frei. Es bestünde keine Gefahr der Unterbindung unserer Nahrungsmittel- oder Rohmaterialienzufuhr, und wahrscheinlich gäbe es auch keine kommerzielle Blockade mehr. Der Krieg wäre ein Kampf zwischen Regierungen und nicht ein Kampf zwischen Völkern, Kombattanten und Nichtkombattanten. Der Konföderalismus der Admiralität, mit dem sie auf der Aufrechterhaltung des Seebücherechts besteht, ist für die Gefahren verantwortlich, die den Handel und die Nichtkombattanten in Kriegszeiten noch bedrohen. Nur die schwerwiegendsten Staatsgründe vermöchten eine solche Politik zu rechtfertigen. Aber die größte Schwierigkeit in dieser Sache hat immer darin gelegen, die Admiralität überhaupt zu einer Weigerung über diesen Gegenstand zu bewegen. Solange dieses Stillschweigen fort dauert, bleibt uns nichts übrig, als die Admiralität als den größten Feind der Sicherheit unseres Handels und der Wohlfahrt der Nichtkombattanten in Kriegszeiten zu betrachten. Wir erheben diese Beschuldigung im vollen Bewußtsein ihrer Schwere.“

Diese Antwort des führenden liberalen Organs auf Sir Edward Grey's Rede läßt sich hören. Die Ueberdrücktheit des englischen Volkes mit der maßlosen Rüstungspolitik ist, wie es scheint, nicht so leicht zum Schweigen zu bringen. Davon hatten wir gerade auch gestern einen Beweis in London. In der „Queens Hall“ wurde eine große Protestversammlung gegen die Rüstungspolitik, an der hervorragende Redner aller Parteien und Klassen sprachen, abgehalten. Die energischste Rede hielt der Vertreter der J. L. P., Genosse W. C. Anderson. Seine Rede erfüllte die große Versammlung mit solcher Begeisterung, daß sie mit Beifallstundgebungen nicht aufhören wollte, bis Anderson noch eine zweite Rede hielt. Mit einer energischen Propaganda kann man den Rüstungsgebern wenigstens in England noch das Handwerk legen.

Der Balkan.

Kämpfe zwischen Griechen und Albanern.

Athen, 5. Februar. Aus Korcha wird aus authentischer Quelle gemeldet: Die zur Vertreibung der Albanesen entsandten Truppen rüdten mit den Heiligen Bataillonen bis vor Kafaj und Ohrida vor, die von albanesischen Banden besetzt waren. Nach heftigem Kampfe gelang es den Griechen, die Albanesen zurückzuschlagen, die hierbei große Verluste erlitten. Die Ortschaft Kassarola im Aktionszentrum der Albanesen wurde von den Griechen bombardiert, worauf die Albanesen sich zu regelloser Flucht wandten. Vier griechische Soldaten wurden vermundet. Die Griechen setzten den Vormarsch fort, wobei sie das Gelände vom Feinde säuberten. Die Heiligen Bataillone von Korcha kämpften tapfer an der Seite der griechischen Truppen. Meldungen aus Kliffura besagen, daß sich beim Dorfe Zeppovo zwischen Albanesen und griechischen Truppen ein Kampf entsponnen habe, dessen Ausgang unbekannt sei.

Portugal.

Arbeiterdemonstration und Ministerkrise.

Lissabon, 4. Februar. Heute Abend hat auf Veranlassung von Machado Santos eine Straßenkundgebung stattgefunden. Eine große Menschenmenge, meist aus Arbeitern bestehend, begab sich unter Borantragung von Fackeln zum Palast des Präsidenten der Republik, um eine allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen und die Wiedereröffnung der Versammlungsorte der Arbeiterorganisationen zu fordern.

Während der Kundgebungen begab sich eine Abordnung der Demonstranten in den Palast, um dem Präsidenten ihre Forderungen vorzutragen. Der Präsident erklärte, daß er der Regierung die Wünsche der Abordnung mitteilen werde, die, wie er annahm, die Wünsche des ganzen portugiesischen Volkes seien. Die Demonstranten vor dem Palast brachen daraufhin in Beifallkundgebungen aus und zerstreuten sich in voller Ordnung, wobei sie abwechselnd die Internationale und nationale Nieder sangen.

Der Präsident der Republik hat Bernardino Machado mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Machado hat den Auftrag angenommen.

Japan.

Die Siemens-Affäre.

Tokio, 4. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Beschuldigungen umfangreicher Bestechungen, die im Anschluß an den Prozeß Richter in Berlin gegen hohe Marineoffiziere und Beamte erhoben worden, haben im Volke große Entrüstung hervorgerufen. Es sind zahlreiche Massenversammlungen abgehalten worden. Aber die Angaben sind alle unbestimmt, und in verantwortlichen Kreisen geht die allgemeine Tendenz dahin, mit einem Urteil zurückzuhalten, ausgenommen seitens eines Teiles der Opposition, welche beständig der Regierung im Landtage auflehnt, indem sie unbewiesene (?) Anklagen gegen die Persönlichkeiten der ersten Minister vorbringt, und ebenso gegen Admirale, andere Offiziere, Vertreter der europäischen Firmen und den Korrespondenten des Reuterschen Bureaus. Die Polizei und der Staatsanwalt werden durch die Erregung des Volkes zu äußerster Tätigkeit angepornt. Der Tokioter Vertreter der Siemens-Schuckert-Werke, Herrmann, ist jetzt ins Gefängnis gebracht worden. Das Ergebnis der Voruntersuchung steht noch aus. Die hiesigen Vertreter hervorragender auswärtiger Firmen haben heute die Aufforderung erhalten, als Zeugen zu erscheinen. Der Marineminister hat erklärt, daß die Untersuchung im Fortschreiten sei und er weder hoch noch niedrig schonen werde, doch habe er volles Vertrauen zu der Integrität der Marine im ganzen. Ueberdies wächst beständig der Glaube, daß die Wahrheit noch nicht enthüllt sei, und daß die von Richter benutzten Briefe gefälscht gewesen sein könnten. Auch scheint es sicher zu sein, daß die Regierung gezwungen werden soll, den Flottenetat und das Budget im allgemeinen herabzusetzen. Die Bewegung im Volke für eine Steuerherabsetzung und besonders für eine Abschaffung der Geschäftssteuer vermehrt noch die Verwirrenheit der Lage.

Die vereinigten Oppositionsparteien haben beschlossen, am nächsten Sonnabend eine Resolution einzubringen, durch welche der Regierung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.

Peru.

Ein gelungener Putz.

New York, 5. Februar. Nach einer Depesche aus Lima ist der Präsident von Peru von den Aufständischen gefangen genommen worden, die unter dem Kommando des Generals Venabides den Palast des Präsidenten angegriffen hatten. Der Ministerpräsident und Kriegsminister Varela ist in dem heftigen Kampfe, der auf die Eroberung des Palastes folgte, getötet worden. Dr. Augusto Durand, der frühere Führer der Revolutionäre, ist Herr des Palastes. Es heißt, daß er eine neue Regierung bilden wird. In der Stadt herrscht große Erregung. Die Banken und Läden sind geschlossen. Präsident Willinghurst ist als Gefangener nach Callao geschafft worden, um von dort außer Landes gebracht zu werden.

Der Kongreß ist gestern Abend zu einer außerordentlichen Session zusammengetreten und hat beschlossen, eine Regierungskommission zu ernennen, welche die Geschäfte bis zu den nächsten Wahlen führen soll. Oberst Venabides ist zum Vorsitzenden dieser Kommission gewählt worden. Die Marine hat das neue Regime anerkannt.

Letzte Nachrichten.

Eine neue Friedenskonferenz.

Washington, 5. Februar. (W. T. U.) Aus dem Weißen Hause wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten Einladungen zur Abhaltung einer dritten Friedenskonferenz im Haag im nächsten Jahre ergehen lassen. Wie verlautet, hat die Regierung auf Wunsch der Königin Wilhelmina diesen Schritt getan.

Der Kampf gegen den Krebs.

München, 5. Februar. Der Landtag genehmigte einstimmig den Betrag von 600 000 M. zur Anschaffung von radioaktiven Stoffen für die Kliniken der drei Landesuniversitäten.

Wien, 5. Februar. Die Erben des Oesterrischen Witzgenies haben der Oesterrischen Kreditgesellschaft 600 000 Kronen überwiesen. Die Grundsteinlegung für das Kreditinstitut in Wien ist daher unmittelbar bevorstehend.

Infernum Kollegium 8145
Hermann Behnke
 zu seinem 50. Geburtstag
 ein dreifach donnerndes Hoch!!!
 Die Schmiebe der A.G. d. Luth.-Fabr.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Brauereiarbeiter

Ferdinand Dröse
 im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
 Dies zeigt tiefbetrubt an
 Wwe. Karoline Dröse.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Bezirk 600.

Am Mittwoch, den 4. Februar, verstarb unser Genosse, der Brauereiarbeiter

Ferdinand Dröse
 (Graunstr. 34).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen - Nordend aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitarbeiter

Johann Rosinski
 Sudbrauerei, Abt. I, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße 62, aus.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß der Kollege, Flaschenfellerarbeiter

Ferdinand Dröse
 Sudbrauerei, Abt. II, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof der Friedensgemeinde in Berlin-Nordend, Plankenfelder Straße 6, statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tapezierer

Rudolf Voß
 nach langem Leiden am 2. Februar verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Invaliden-Friedhof in Buch statt.
 Abfahrt 1 35 Uhr vom Stettiner Vorortbahnhof.
 Die Verbandsleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Gustav Herbst
 am 4. d. Mts. im Alter von 74 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Jakob Hager
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke See-Straße, aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der Glaser

Paul Kappisch.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
 V. a. G. Hamburg. Filiale Berlin I.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse und langjähriger Verwaltungsmittglied

Paul Kappisch
 am Mittwoch, den 4. Februar, plötzlich an Blutsturz gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.
 Geschäftsstelle Groß-Berlin. Bezirk Kallberge.
 Am Dienstag, den 3. Februar, verstarb infolge eines Unfalls unser Mitglied, Kollege

Richard Hanke.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Lashdorf, Vogelssdorfer Straße 1, aus statt.
 Die Geschäftsstellenvorwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.
 Filiale Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Artur Nitschke
 (Bezirk Osten) im Alter von 22 Jahren am 31. Januar verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee, am Jollenberger Weg, aus statt.
 Der Vorstand.

Nach kurzer Krankheit starb am 3. d. Mts. unerwartet mein einziger lieber Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Korrektor

Heute früh 5 1/2 Uhr entließ sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treuer Vater, Schwiegervater, Großvater und Schwager, der Gastwirt

Wilhelm Bruhn
 im 53. Lebensjahre.
 In tiefer Trauer
Friederike Bruhn geb. Weidemann,
 Eudorstraße 7.
 Berlin, den 5. Februar 1914.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Freunden, früheren Berufskollegen und Parteigenossen meines Pflegevaters, des Malers

Heinrich Schippold
 zur Nachricht, daß dieser nach jahrelanger Invalidität und langem Leiden im Alter von 68 Jahren am Mittwoch verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr auf dem Friedhof der Mariäusgemeinde in Wilhelmshagen statt.
 Ihrem Gatten: Ww. Berta Förster.
 In ehrerbietiger Erinnerung: sein Pflegeohn Franz Förster mit Frau, Breslau.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
 Wwe. Klara Hildebrandt, Kopenhagener Str. 64.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Metallbetten,
 Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten billigt an Private. Katalog frei.
 Eisenmöbelfabrik, Suhli, Thür.



Das beste Familiengetränk ist Kathreiners Malzkaffee. Er ist gesund und kräftig, sehr wohlschmeckend und billig. Der Gehalt macht's!

Eubalsol
 (Wz. Kaiserl. Patentamt gesetzl. geschützt)
 (Best.: Kaw. Sant. Cub. Traj. Arach. Ol. emuls., Sal. Zn. carb. Tann. Aqu.)
 das langjährig bewährte Mittel gegen
Gonorrhoe
 (Ausfluss in frischen und ältesten Fällen beider Geschlechter). Die prompte Wirksamkeit erlaubt folgende Garantie: Bei Nichterfolg erfolgt gegen ärztl. Attest anstandslos Rückzahlung des Kaufpreises von 9.- Mk. Verlangen Sie kostenlos aufklärende Broschüre in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck mit zahlreichen Gutachten von Professoren und Aerzten sowie Hunderten Dankschreiben Geheilten, die bisher nirgends Heilung fanden.
 durch Dr. med. H. Seemann, Sommerfeld 15 (Kreis Krossen a. Oder).
 Verkauf durch alle Apotheken. Versand u. stets vorrätig. Berlin: Luisenstädtische Apotheke, Köpenicker Str. 119, Kronen-Apoth., Friedrichstr. 160. Breslau: Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Str. 3. Dresden: Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8. Köln a. Rh.: Apotheke z. goldn. Kopf, Schildergasse.
 Achten Sie im eigenen Interesse auf den Namen „EUBALSOL“. Besonders sei darauf auch aufmerksam gemacht, dass „Eubalsol“ absolut geruchlos und daher überall diskret ohne jede Berufsstörung anwendbar ist.

atentenwalf Prillwitz
 Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.
 Man weide Nachahmungen!
Husten, Halsentzündung, rauhen Hals
 Dr. Reichel's
Hustentropfen
 haben wirksamste Erfolge!
 Nur echt mit Marke „Medico“
 50 Pf. 1.-
 In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

Hautleiden
 entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.
Hautpillen das beste hierfür.
 Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbar heilende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gutes Sichtung, München (Bez. Halle).
 Die potentissima Hautpillen in Berlin erhältlich in allen Apotheken u. allen Vororten in allen Apotheken zu haben.
 In Berlin nach auswärts durch Bismarck-Apotheke, Berlin, Wrangelstraße 47. Postkarte genügt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:
Bersammlung
 aller im
 Holzarbeiterverband organisierten Mitglieder der Innungsfrankenkasse der Tischler Berlins.
 Tagesordnung:
 1. Die Innungsfrankenkasse unter der Reichsversicherungsordnung.
 2. Aufstellung der Kandidatenliste für die Ausschuhwahl.
 Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.

Einsetzer.
 Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen:
Bezirks-Bersammlung.
 Tagesordnung:
 Bericht der Bezirksleiter; Aussprache über die gegenwärtige Lage und Durchführung des neuen Tarifs; Verbands- und Branchenangelegenheiten.
 Jeder Kollege ist verpflichtet zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Schnupfer! achtet auf dieses Etikett

Kownoer
 aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard
 gegründet 1839.
 Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Hilsebein Bier
 Das lob ich mir
 20 Pf., geschäftsvoll, beherrenmäßig

Masken-Garderobe
 Willi Ernst.
 Köpenicker Straße 55 b. I.
 Um Moritzplatz 11 314.
 Gr. Auswahl! Bill. Preise!
 Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 Bros. Preisermäßigung.
 Ohne jede Kaszierung!
 Keine Raffiner, keine Laten Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stopp- u. and. Decken.
HATZNER.
 Gutfeldstraße Nr. 41.

Gewerkschaftliches.

Ein prinzipieller Vorstoß der italienischen Seeleute.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Die jüngsten Kämpfe und Siege der italienischen Seemannschaften haben eine begreifliche Panik in den Kreisen der Schiffahrtskapitalisten hervorgerufen. Wenn nicht Angriff auf Angriff folgte, kann man sicher sein, daß die heutige prekäre Situation die Reederei verlassen würde, sich zu einer mächtigen Widerstandsorganisation zusammenzuschließen. Dazu läßt aber das Vorgehen des Zentralverbandes keine Zeit. In zwei in kurzen Abständen folgenden Bewegungen sind die drei subventionierten Schiffahrtsgesellschaften zur Strecke gebracht und zur Annahme des Tarifvertrages gezwungen worden. Dann folgte der Lloyd Sabaud, der, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen, nachgab; jetzt ist die Reihe an den anderen sechs großen Gesellschaften für den transatlantischen Personenverkehr. Wann und wie hier der Angriff erfolgen wird, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls wird ihnen keine lange Gnadenfrist gewährt werden. Wie das Genueser „Lavoro“ berichtet, handelt es sich aber bei all diesen Kämpfen nur um Vorgesetzte. Die Seemannschaften wollen sich vorläufig, sowohl den Offizieren wie dem niedrigen Personal, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse sichern. Wenn der Tarifvertrag auf der ganzen Linie durchgesetzt ist, wird das Verwaltungsverpersonal der Gesellschaften, das seine Wirksamkeit in den Bureaus entfaltet, eine Agitation beginnen.

Aber über diese Kämpfe hinaus hat der Zentralverband der Seeleute seine Augen auf ein weit höheres Ziel gerichtet: er strebt danach, den Betrieb der Flotte selbst zu übernehmen, indem er das gesamte Personal zu einer Kooperative zusammenschließt, die die Flotte vom Staat pachtet, wie feinerzeit die Eisenbahngesellschaft vom Staat gepachtet hat. Heute ist nun freilich nicht der italienische Staat, sondern das private Kapital Besitzer der Handelsflotte. Die Seeleute wollen also darauf dringen, daß der Staat diese Flotte aufkaufte. Sie erinnern dabei daran, daß bereits zwei Drittel des in der Flotte der subventionierten Gesellschaften investierten Kapitals dem Staat gehört, der diese zwei Drittel bei Gründung dieser Gesellschaften in der Form von Obligationen beigegeben hat. Die Organisation der Seemannschaften stellt neben die einst von den Eisenbahnern vertretene Forderung, die Eisenbahnen den Eisenbahnern die Formel „die Flotte den Seeleuten“. Sie will dem Staat eine Skaution in der Höhe von mehreren Millionen stellen, ihm natürlich ausgiebige Kontrolle über die ganze Verwaltung sichern, will aber den Betrieb der Handelsflotte unter völliger Umgehung des privaten Unternehmertums selbst führen.

Das italienische Gesetz gibt den Arbeits- und Betriebsgenossenschaften bei Wettbewerben den Vorrang vor privaten Unternehmern. Das Bestreben der Seeleute findet also in den Gesetzen und überhaupt in den Gepflogenheiten des Staates kein Hemmnis. Um so größer ist aber der Widerstand, auf den es bei den Unternehmern selbst stoßen wird, welchem Widerstande natürlich der Staat als Ausdruck und Vertreter der Interessen der herrschenden Klassen in jeder Weise Hilfe leisten wird. Es handelt sich um einen Kampf, der Jahre dauern kann.

Berlin und Umgegend.

Maßnahmen zugunsten der Opfer der Krise.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Männerberufung des Holzarbeiterverbandes beleuchtete Glode den Umfang der Krise, die mit besonderer Schwere auf der Holzindustrie lastet. Weiter zeigte der Redner, wie große Summen der Verband zur Unterstützung seiner arbeitslosen Mitglieder ausgegeben hat. Auch in anderen Gewerkschaften haben ungewöhnlich große Aufwendungen für die Arbeitslosen gemacht und damit eine Pflicht erfüllt, die eigentlich dem Staat und den Gemeinden obliegt, da die Opfer der Krise unter Verschuldeter Not leiden. Der Redner wies darauf hin, daß die Unternehmer und Schatzmeister die Zeit der Krise zu einem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht benutzen. Um derzeitigen Vorkreuzen entgegenzutreten, müssen sich die Arbeiter um so fester in ihren Organisationen zusammenschließen.

Um den ausgebeuteten arbeitslosen Mitgliedern zu helfen, hat der Verbandvorstand einen Aufruf erlassen, der die in Arbeit stehenden Kollegen ersucht, freiwillige Sammlungen zur Unterstützung der Ausbeuteten zu veranstalten. In Ausführung dieses Aufrufs hat die Ortsverwaltung beschlossen, 25-Pf.-Marken herauszugeben, welche als Quittung für die freiwilligen Beiträge gelten. Es wird erwartet, daß jeder vollbeschäftigte Kollege wöchentlich wenigstens eine solche Marke kauft, damit den nothleidenden Kollegen noch Möglichkeit geholfen werde. — Am 1. März tritt laut Tarifvertrag eine Erhöhung der Akkordpreise um 3 Proz. und der Stundenlöhne um 2 Pf. ein. Es ist darauf zu halten, daß diese Zulagen überall gewährt werden.

Die Ortsverwaltung hat sich während der Krise mehrmals an den Obermeister Rahardt gewandt mit dem Ersuchen, über eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 8 Stunden zu verhandeln. Durch die verkürzte Arbeitszeit soll einem Teil der Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit werden. — Lange hat der Obermeister auf Antwort warten lassen. Kürzlich ist eine Antwort eingetroffen. Sie besagt, die vereinigten Vorstände der Berliner Holzindustrie haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß sie sich auf derzeitige Verhandlungen, die eine Konzession nicht nur prinzipieller, sondern auch pekuniärer Art bedeutet, nur dann einlassen könnten, wenn auch die Arbeitnehmer Zugeständnisse auf einem anderen Gebiet machen. Der Vorschlag auf die am 1. März vertragmäßig eintretende Lohnhöhung würden die Arbeitsgeber als eine geeignete Kompensation ansehen. Dieses Verlangen wird damit zu rechtfertigen versucht, daß auch die Arbeitgeber unter der Krise zu leiden und bei verkürzter Arbeitszeit erhöhte Ausgaben für Versicherungsbeiträge zu leisten hätten.

Auf dieses Schreiben — sagte Glode — hat die Ortsverwaltung nicht geantwortet, weil es eine so starke Zumutung an die Arbeiter stellt, daß es eine Antwort nicht verdient. Beizeichnenderweise ist das Schriftstück nicht, wie sonst alle an den Verband gerichteten Schreiben, vom Obermeister Rahardt, sondern von dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes, also einem Angestellten, unterzeichnet. Obermeister Rahardt mag sich wohl geschämt haben, ein solches Ansuchen mit seinem Namen zu vertreten. Die Ortsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß das Ansuchen rundweg abzulehnen ist. (Beifall.) Es ist in allen Betrieben streng darauf zu halten, daß die tarifmäßige Zulage vom 1. März ab unbedingt gezahlt wird.

Diesem Standpunkt trat die Versammlung ohne Diskussion einstimmig bei. — Ferner wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche die Vertrauensmänner verpflichtet, in den Betrieben dahin zu wirken, daß sich die Kollegen in weitestem Maße an den freiwilligen Sammlungen beteiligen.

Deutschnationale Agitationmethoden.

Die Agitation zu den Weisigerwahlen zum Berliner Arbeiterkongress ist gegenwärtig in vollem Gange. Besonders der den freien Gewerkschaften angeschlossene Zentralverband der Handlungsgehilfen entfaltet eine äußerst regsame Agitation. Für den antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverband sieht dieses Mal etwas ganz Besonderes auf dem Spiel. Bei den Wahlen vor drei Jahren siegte die Weisigerwahl des Zentralverbandes von 24 auf 40, während die Antisemiten sich mit 40 statt vorher 57 zufrieden geben mußten. Jetzt befürchten sie, dem Zentralverband die erste Stelle abtreten zu müssen, und daher richten sich die Weisigerwahlen, mit denen die Antisemiten den Wahlkampf bestreiten, in erster Linie gegen den Zentralverband. Nachdem eine Broschüre der Antisemiten, die so von offenbaren Lügen strotzte, daß sie bei den Berliner Handlungsgehilfen nur Lächerliches erzielt hätte, den gemächlichen Erfolg nicht erreichte, verfuhr sie es wieder einmal mit dem „geistigen“ Kampf, in dem die Antisemiten Meister sind. Es galt, die stark besuchten Versammlungen des Zentralverbandes zu sprengen. Am 2. Februar machte man, wie wir schon mitteilten, den ersten Versuch, der aber vollständig vorbeigelang. Alles Jodeln, Singen und Krachmachen konnte den nachdrücklichsten Versuch der Versammlungssprengung nicht erreichen, und nachdem das „geistige“ Oberhaupt der Sprengkolonne, ein gewisser Thomas des Saales verweilt war, verließ mit ihm ein Häuflein von 100 bis 150 Getreuen den Saal, und die auch jetzt noch stark besuchte Versammlung konnte in Ruhe zu Ende geführt werden.

Diese erneute Dummheit veranlaßte die antisemitischen Handlungsgehilfen zum Einberufen einer Versammlung zum 4. Februar mit dem Thema: „Sozialdemokratische Kunstfertigkeit“. Zu dieser Versammlung waren sowohl der Redner der Zentralverbandesversammlung, Genosse P e u s, wie die Führer des Zentralverbandes eingeladen. Die Versammlung war, da der Zentralverband in einem Flugblatt aufgefordert hatte, die Versammlung nicht zu besuchen, nur von etwa 300 Gegnern der Antisemiten besetzt. Selbstverständlich dankten die Führer der Antisemiten gar nicht daran, dafür zu sorgen, daß die gegnerischen Redner zu Worte kamen. Sowie ein Redner sprach, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm, so daß der Redner sich nicht verständlich machen konnte. Bei diesem Benehmen ist es kein Wunder, daß der Zuzug schließlich in eine Prügelei ausartete. Die Deutschnationalen hatten wieder einmal erreicht, was sie erreichen wollten. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie durch diese „Selbstent“ bei den Berliner Handlungsgehilfen irgendwie an Boden gewonnen haben, und man darf daher auf den Ausgang der Wahl, die am 15. Februar stattfindet, gespannt sein.

Nochmals die Akkordpreise in der Bautischlerei von Franz Nachfall.

Anlässlich unserer Ausführungen in Nr. 24 des „Vorwärts“ haben wir von Herrn Franz Nachfall ein Schreiben erhalten, auf dessen tatsächliche Angaben wir noch einmal kurz eingehen wollen, obgleich uns das Preisgesetz, auf das sich Herr Nachfall beruft, nicht dazu verpflichtet.

Herr Nachfall behauptet, der Vertreter des Holzarbeiterverbandes, Herr P e u s, habe mit Rücksicht auf die Gerechtigkeit und Sauberkeit der Maschinenarbeit einen höheren Abzug als 45 Proz. für zulässig erklärt und vorgeschlagen, man möge sich auf 47—48 Proz. einigen. — Bei der Verhandlung, auf die sich Herr Nachfall bezieht, war der Streitfall zu schlichten, ob er mehr als 40 Proz. abziehen dürfe. Der Verbandsvertreter P e u s bestritt nach wie vor, daß er einen Abzug von 47—48 Proz. vorgeschlagen habe. P e u s konnte und durfte einen solchen Vorschlag ja gar nicht machen, denn der geltende Bautischleretarif bestimmt, daß, wenn alle möglichen Vorarbeiten geliefert werden, der Abzug höchstens 45 Proz. betragen darf. Darüber hinaus darf niemand gehen.

Herr Nachfall beruft sich darauf, daß bei ihm die Akkordpreise vereinbart werden unter Zugrundelegung eines im Jahre 1905 zwischen ihm und seinen Gesellen vereinbarten Tarifs, der seitdem einmal um 5 und einmal um 3 Proz. erhöht worden sei. — Eine derartige Preisfestsetzung ist nicht mehr statthaft. Nachgehend ist nur der seit 1913 bestehende Allgemeine Bautischleretarif,

Kleines Feuilleton.

Rationale Sprachmimosen. Scharen waderer Teutischen machen in Sprachreinigung. Sie treten zunächst dem Deutschen Sprachverein bei, der an und für sich sehr zu achten ist, richten alle 14 Tage ein „Eingeländt“ an eine nationale Zeitung, in dem sie ihre Mut über ihren Nachbarn auslassen, der immer noch das französische „Adieu“ statt „Gut!“ als Abschiedsgruß benutzt und schwingen abends am Stammtisch drohende Wiederbegegnung unter Verwendung inaterner, fädelstastelnder Worte.

Die Sprachreinigung ist wie jede andere Reinigung von erfreulicher und verheißungsvoller Wirkung, und jeder vorurteilsfreie Mensch ist ihr Freund. Aber — wie lächerlich muten einem allzu oft die nationalen Sprachmimosen an. Järe Mut entwirrt nicht der heiligen Entrüstung über eine verhandelte lässige Sprache, sondern sie blähen sich auf unter Betauerung alldeutscher Vaterlandstretzer.

Sie sagen nicht, daß es eines Deutschen nicht würdig sei, seine Sprache zu verunklaren durch Worte einer anderen mit anderem Klang, sondern sie betonen, ausgerechnet vom erbfeindlichen Lande Ausdrücke zu entlehnen, darüber mühte uns die Schamdröge ins Gesicht steigen. Politisch bedeutsam erscheint ihnen die Sprachreinigung. Es ist ja gerade so, als ob wir (hul) international wären.

Reinlich habe ich solchermassen entrüstete Teutische bei zorniger Rede belauscht. Sie lähen um den teutischdeutschen Vletisch und der eine, die schlimmste Sprachmimose, schlägt mit der Faust auf die Tischplatte. Es war ein Dichter (wer läuspert sich da?). Seine Stimme dröhnte: „In meinem neuesten Drama kommt kein einziges Fremdwort vor! Es heißt: „Adler und Kanone“.“

Soviel trauten ihm die anderen doch nicht zu. Sie wollten mit ihm wetzen, daß sie doch einige Fremdwörter finden würden. „Gut, ich ...“ sagte der wohlbetelte Dichter, „ich gebe französisch ...“ „Lasse mich nicht lumpen!“ Und alle nationalen Sprachmimosen freuten sich königlich auf den eckten französischen Champagner.

Ja, ja, — wenn es sich um Lederbissen für den seiften Wanst handelt, geht die teutsche Schranke in die Höhe.

Es handelt sich da um dieselben Spielbürger, die auf die von ihnen heilig genante Ede manchen wenig mimosenhaftes Sprichwort gemäht haben. Zum Beispiel: „Die Liebe des Mannes geht durch den Magen.“

Ja, ja, — der Magen ...

Die Suche nach dem Schlagwetterwarner. In der von dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund ausgetragenen Wettbewerbs für eine im Betriebe Grubenlampe, deren Einleuchtungsleistung am 1. Oktober vorigen Jahres abgelaufen war, sind, wie man am 1. Oktober unter dem Druck des jüngsten Grubenunfalls, mitzuteilen für geraten hält, 53 Bewerbungen eingegangen, und zwar drei Wettbewerbsgeber ohne Lampen und 49 elektrische Lampen, teils mit, teils ohne Wetteranzeiger. Die Prüfung bestand zunächst in einer vorwiegend wissenschaftlichen Untersuchung, die sich auf Schlagwetterstärker, Möglichkeit der Wetterkunde, Lichtstärke, Brenndauer, Konstruktion

der Lampen usw. erstreckte, und der sich nun noch längere praktische Versuche im Grubendetrieb selbst anschließen werden.

Hoffentlich wird die Organisation dieser Prüfung keinem zeitbergeudenden Bureaukratismus anvertraut. Der Verein mit dem langen Namen hat allen Anlaß, jedes Schleppe zu vermeiden. Eine dreizehn Minute kann hier unzählige Leben vernichten.

Musik.

Arnold Schönberg. Dem umstrittensten deutschen Tonbildner unserer Tage wurde am Mittwoch wieder einmal ein kleiner Konzertschandaal zu Teil. Der ehrwürdige Saal unserer auf den Goethefreund Zeller zurückzuführenden Singakademie ward von widerwilligen Pöbeln und Pfaffen durchgellt; während Klatschen lahm lahm dagegen auf, und schließlich ging das Für und Wider wie stets oder doch zum Teil im öffentlichen Leben vorwärts zur Tagesordnung über. Dem Komponisten selbst wird durch derartige sogenannte Ablehnungen nicht weniger als der „Denkzettel“ ausgeteilt, den ihm die Bilder gern geben möchten, und auch der Verfall etlicher Schönbergianer beweist deswegen so gut wie nichts, weil man heutzutage ja gerade in künstlerischen Dingen einem Snobismus huldigt, dessen Ausdruck eben ein Fanatismus ohne Maß und Ziel zu bilden pflegt. Gerade der Fall Schönberg zeigt, wie ungesund das moderne Musikleben ist, besonders soweit das Schaffen lebender Tonbildner in Frage kommt. Ehe wir es nicht planmäßig durchsetzen, daß unsere ganz modernen Künstler zunächst vor einem engen, am besten einem eingeladenen Kreise ehrlicher Interessenten den Kern ihrer Weltanschauung in Wort und Ton auseinandersetzen, eher wird eine allmähliche Gesundung dieses unseres modernen Kunstverständnisses und Kunstgenießens nicht angebahnt werden können.

Auf den Wiener Tonbildner Arnold Schönberg angewandt, liegt der Fall so: es ist nicht unfruchtbarer, als die sporadischen Ausführungen seiner Werke im allgemeinen Konzertsaal. Hier würde nur eine Entwidlungsebene seiner Werke zum Verständnis und dann vielleicht zu einer innerlich begründeten Ablehnung führen. Selbst dem berufsmäßigen Besucher der Konzerte sind bisher nur da und dort Bruchstücke seines Lebenswertes bekannt geworden, und z. B. gerade sein „salmische“ Opus, die manches Edel und Schöne, vieles Ur- und Karmusikalische enthaltenden Sarelleder sind dem Publikum doch noch nicht weniger als bekannt, und die ganze innere Welt, die sich in Schönberg, der heute ein mittlerer Dreißiger ist, von jenen Wiedern an bis zu der gelirten erklingenden Kammermusik für 15 Soloinstrumente (Opus 9) und von da bis zu dem quälendsten Rhythmus der Seder des „Vierröt lunare“ (nach Berliner) vollzogen haben muß, — diese ungeheure innere Wandlung und Komplexierung in der Seele des schaffenden Künstlers Schönberg bleibt uns armen Erdenbürgern unbekannt. In uns kämpft die angeborene Achtung vor dem Musikalischen, Sädhnen im Sinne unserer großen unsterblichen Tonbildner mit der unwillkürlichen Änter vor jedem künstlerischen Arbeiten; dazu tritt dann die bittere Ironie, die über die greulichsten Mißstände, die sich da häufen, tauchen muß. Wenn dann, etwa in den Andäntesätzen der Kammermusik, plötzlich und unvermittelt seltsam verklärte Ruhepunkte auftauchen, so bemüht sich das Laienpublikum doch nicht, von diesen Ruhepunkten ausgehend den Gehalt der geklungenen und gepfeiften Mißlänge aus der Seele eines schmerzhaft zerrütteten Künstlergemütes heraus nachzuerleben, sondern während wartet man Schadenfreude auf die wieder eintretenden Dissonanzen, und die sogenannte Ablehnung des Wertes ist erfolgt.

Gewiß, der fast andauernde Uebergruß des Gefühles in dieses Konzertsaal durchdringt, all dies ist nichts für ein gutbürgerliches Konzertpublikum, und mag auch die Aufführung durch 16 Solisten — Geiger, Cellisten, Violisten, Holz- und Blechbläser — noch so innerlich begeistert, mag der Anteil des Dirigenten (Hermann Scherchen war es diesmal) noch so hingebend sein — näher gebracht wird auf solche lediglich „praktische“ Art ein so unendlich zerklüfteter Künstler den Durchschnittsmusikern oder gar den Laien nie und nimmer. Gerade in der Musikzentrale Berlin sollte es doch möglich sein, hier Wandel zu schaffen, auf daß das Verständnis für die musikalische Moderne endlich wachse.

Notizen.

Der Jhne-Wettbewerb. Die Chancen des Herrn v. Jhne haben sich abermals gebessert. Erst hieß es, er solle in dem neuen Wettbewerb, der in Sachen des Washingtoner Vorkämpferpols stattfinden wird, mit vier anderen Architekten konkurrieren. Jetzt aber schließt dies Vierkett um die Hälfte zusammen und bloß Wöhning und Dülfer bleiben auf der Liste. Welche Sonne mag hier ihre Kraft haben!

Die Begutachtung der drei neuen Entwürfe soll die Akademie des Bauwesens besorgen. Und wenn ihr Gutachten ergangen ist, wer wird dann — entscheiden? Man darf gespannt sein, ob die Bauakademie ihr neues Gutachten wiederum vor der Öffentlichkeit veröffentlichen wird. Wie die Dinge liegen, hat man ein Recht anzunehmen, daß das davon abhängen wird, wie sie begutachtet.

Theaterchronik. Carl Nöblers neues Lustspiel „Kölschsprung“ wurde für das Lessingtheater erworben, wo es noch in den nächsten Wochen zur Aufführung gelangen soll.

Der Schwingungsapparat. Unter diesem Namen gibt der Danziger Professor Kälähne einen Apparat bekannt, der die Dichte von Gasen und Flüssigkeiten schnell anzeigt und auch Fernablesung ermöglicht. Er soll praktische Bedeutung für die Arbeit in Kohlenbergwerken und für die Luftschiffahrt haben; als ein Mittel, die Bildung von Schlagwettern und die Verschlechterung der Luftschiffahrt zu erkennen.

Die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte ernannte an Stelle des verstorbenen Pressens den Abgeordneten Ferdinand Quislin zu ihrem Vorsteher.

Neue Panzerplatten für Kriegsschiffe werden, dem Londoner „Globe“ zufolge, zurzeit durch die britische Admiralität erprobt. Der neue Panzerplattenapparat soll besonders für die Dreadnoughts von ungeheurer Bedeutung sein. Das Prinzip der Erfindung besteht angeblich darin, daß Kautschukblöcke zwischen die nach dem Verfahren von Schlagwetterarten und gehärteten Nickelstahlplatten eingefügt werden.

Die nächste kriegstechnische Erfindung würde also nun eine Kanone sein, die solchen Kautschukblöcken spielend sprengt. Sie würde wohl auch nicht lange auf sich warten lassen, wenn sie überhaupt notwendig und die ganze Nachricht nicht bloß ein Wunder ist, das für die neuen millionenstehenden Dreadnought-Pläne der englischen Regierung Stimmung machen soll.

„Ein Mann“ als Oper. Camille Demonniers herrlicher Roman „Ein Mann“, dessen literarische Wucht die Leser des „Vorwärts“ im Sommer kennen lernten, ist für die Opernbühne bearbeitet worden. Bei der Aufführung in Brüssel erwies sich die Oper, die von Francis Casadesu komponiert ist, in Tezt und Musik als eine Verhinderung des Romanvorbildes.

der keine besonderen Vereinbarungen für einzelne Betriebe zuläßt. Es ein Wochenlohn von durchschnittlich 40 M. ein ausreichender Lohn ist, wie Herr Nachfall meint, darauf kommt es in vorliegenden Falle gar nicht an. Was der Tarif bestimmt, das muß gekostet werden, und wenn ein Tischler dabei 60 M. verdienen könnte, was allerdings nicht der Fall ist.

Zu einem Punkte sind wir zu unserem Bedauern durch eine objektive ungenaue Angabe unserer Gewährsmänner irreführend worden. Es ist nicht richtig, daß einer der beiden Herren Nachfall, weder der Vater noch der Sohn, gesagt hat: „Ich weiß wohl, daß ich zu wenig bezahle, aber wenn Sie es nicht machen, dann machen es andere.“

Nach der jetzigen Angabe unserer Gewährsmänner hat der Werkführer eine ähnliche Äußerung getan. Er sagte nämlich, als die Arbeiter die Akkordpreise als zu niedrig bezeichneten: „Wenn Sie die Arbeit für den Preis nicht machen wollen, dann lasse ich sie in Lohn machen; aber von anderen, denn Sie sind mir in Lohn zu teuer.“

Wir bedauern natürlich, daß wir uns nach dieser Richtung hin haben täuschen lassen. Die beteiligten Arbeiter ersehen daraus, wie vorsichtig man in seinen Angaben sein muß. Herr Nachfall ist mit seinen Tarifauslegungen durchaus im Unrecht. Und das festzulegen, darauf kam es an. Weil ihm aber darüber hinaus eine Äußerung in den Mund gelegt wird, die er nicht getan hat, kann der Herr nun mit einem Schein von Recht sagen, daß er die Volkstellung nicht verdient, die er durch den „Vorwärts“ erfährt. Die Gewissenhaftigkeit verlangt, daß — wenn man schon einen Nebenmenschen in Wahrung der eigenen Interessen etwas nachfragen muß — man nie mehr behauptet, als man beweisen kann. Die Klugheit gebietet, daß man immer mehr beweisen kann, als man öffentlich behauptet. Wer diese Regeln nicht beachtet, wenn er seine Klagen den Gewerkschaftsinspektoren oder der Arbeiterpresse übermitteln, stumpt die Waffen ab, welche sich das Proletariat für den Kampf um seine Rechte geschaffen hat. Unsere Parteipresse findet nur darum die Ächtung und Beachtung der in Frage kommenden Kreise, weil man dort weiß, daß sie sich bemüht, nicht maßlos jede Behauptung zu übernehmen und zu verbreiten. Die Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, daß dieser Ruf der Parteipresse nicht gefährdet werde.

Ächtung, Freizeugehilfen! Tariftlich geregelt sind die Arbeitsverhältnisse bei Kräger, Reulöln, Jägerstr. 3; Siffel, Lohmühlenstraße 26; Schäfer, Danziger Str. 31, und Rieder, Danziger Str. 67. Die Kontrollkarte ist braun.

Verband der Freizeugehilfen.

Deutsches Reich.

Zentrale Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Am 2. Februar begannen in Nürnberg die Verhandlungen zur Beilegung der in etwa 60 deutschen Städten ausgedehnten Differenzen im Schneidergewerbe vor einem unparteiischen Kollegium, das aus Magistratspräsidenten Dr. Hiller-Frankfurt/Main, Gewerkschaftsdirektor Dr. Prentner-München und Magistratsrat v. Schulz-Berlin gebildet ist. Mit anwesend sind über 200 Vertreter der Unternehmer und Arbeiter aus ganz Deutschland. In den ersten drei Tagen wurde von früh bis abends über die Zurechnung der einzelnen Firmen in die verschiedenen Tarifklassen verhandelt, es sind 18 Schiedssprüche gefällt. Die nächsten Sitzungen gelten der Erledigung der in 10 Städten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Befestigung oder Einschränkung von Doppel- und Untertarifen. Im Anschluß daran wird die Hauptfrage der Lohnansprüche in sämtlichen Städten in Angriff genommen werden. Die Verhandlungen gestalten sich bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht nur von Stadt zu Stadt, sondern auch innerhalb einzelner Städte außerordentlich schwierig.

Formerausstand in Lauban. Bei der Firma Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Schwarzkyff, Inh. Keeger, haben sämtliche Former die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dieser Arbeitsniederlegung ist in der beabsichtigten Einführung eines neuen Akkordtarifs zu suchen, der für die Former bedeutende Verschlechterungen bringt. — Auszug von Formern, Kernmachern und Gießereiarbeitern ist von Lauban streng fernzuhalten.

Zur Behandlung der Privatangestellten.

Einem interessanten Beitrag zu der „gehobenen“ Stellung der Privatbeamten liefert ein Uss, den die „Concordia“ in Köln ihren Angestellten zur Unterschrift vorlegte:

Concordia Köln, 21. Nov. 1913.

Wir erlauben Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir künftig jeden Beamten entlassen werden, der auf irgend eine Art einem anderen Beamten unserer Gesellschaft über die Höhe seiner Gehaltsbezüge Kenntnis verschafft.

Das Gehalt wird künftig am Ende eines jeden Monats jedem Beamten im Zimmer 4 des ersten Obergeschosses in besonderem Briefumschlag ausgehändigt werden. Ueber die Zeit der Ausgehändigung wird den einzelnen Abteilungen gesondert Mitteilung gemacht.

Concordia Leb.-Verf.-Ges. gez. Seiden. gez. Deniel.

Von Vorstehendem habe ich Kenntnis genommen, Unterzeichnet des Angestellten.

Die Verfügung hat den Zweck, den Anreiz zu Gehaltsforderungen zu vermindern. Darum soll kein Beamter erfahren, was sein Kollege verdient. Man darf ruhig sagen, daß eine solche Zumutung im allgemeinen Arbeiter gegenüber nicht mehr gemacht werden würde. Es ist nicht bekannt geworden, daß die sogenannte „Organisation“ der Versicherungsangestellten, der Bund deutscher Versicherungsbeamten, gegen diese Unternehmerrücksicht etwas getan hätte.

Ausland.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland im Jahre 1913.

In den kürzlich erschienenen Berichten der russischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1912 wird die Zahl der Gewerkschaften zu Ende des Berichtsjahres auf 538 angegeben. Mangels einer geordneten Gewerkschaftsstatistik in Rußland ist es zurzeit unmöglich, diese Bezeichnung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Indessen weiß, wie die „Neue Arbeiterzeitung“ in Petersburg erklärt, eine Reihe von Umständen darauf hin, daß die Zahl der bestehenden Gewerkschaften von offizieller Seite stark übertrieben wird. Dasselbe Blatt gibt auf Grund der Chronik der Arbeiterpresse folgende Zusammenstellung der Gewerkschaften, nach einzelnen Berufen geordnet.

Am zahlreichsten sind, was bei den russischen Verhältnissen durchaus begreiflich ist, die Vereinigungen und Organisationen der Handlungsgesellen. Im Einklang mit dem von verschiedenen Elementen durchkreuzten Charakter der Masse der Handlungsgesellen gibt es denn auch Fachorganisationen der Handlungsgesellen, die dem Geiste des Klassenkampfes fremd, ja zuweilen feindlich gegenüberstehen. Gewerkschaften der Handelsangestellten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, gibt es zurzeit in Petersburg (drei Vereine), Wilna, Charkow, Wasmut, Mariupol, Rostow am Don, Romorosski, Waku, Orenburg, Arosnojarsk, Werschneidinsk, Wladowelschtschinsk, Wwanowo-Wosnesensk.

Nach den Handlungsgesellen folgen die Arbeiter des Druckergewerbes, deren Organisationen in folgenden Städten zu finden sind: Petersburg, Moskau, Ostseeprovinzen, Wilna, Witebsk, Kiew, Nowgorod, Rostow am Don, Wasmut, Loms, Waku, Wladowelschtschinsk und Samara.

Die Metallarbeiter besitzen 9 Gewerkschaften und zwar in Petersburg, Riga, Jurjew, Wilna, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Tula.

Die Holzarbeiter besitzen Gewerkschaften in Petersburg, Moskau, Riga, Jurjew, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Saratow.

Die Bäcker und Konditoren besitzen 8 Gewerkschaften, die Schneider ebensowiel, die Schuhmacher 6, die Gastwirtsgehilfen 5, die Textilarbeiter, die Bureauangestellten und die Pharmazeuten je 4, die Steinseher und Lederarbeiter je 3, die Bauarbeiter 2.

Ferner werden in dieser Statistik 25 weitere Gewerkschaften angeführt, die auf einzelne Berufe und Industrien entfallen. Diese Statistik ist zwar noch lückenhaft, sie entspricht aber jedenfalls weit eher der Wirklichkeit, als die schönfärbische Statistik der Fabrikinspektoren, der offenbar die Tendenz zugrunde liegt, zu zeigen, daß die Arbeiter sich auch unter dem bestehenden Vereinsgesetz gewerkschaftlich zu organisieren vermögen. Jetzt schon die oben angeführte Statistik, wie falsch diese Auffassung wäre, so würde sie noch mehr betätigt werden durch eine nähere Schilderung der Einkünfte und behördlichen Verfolgungen, die die Arbeiter im Kampf um die Existenz ihrer Gewerkschaften und um die Verwirklichung ihres „Verbindungs“ zu überwinden haben.

Frauen und Mädchen in der russischen Revolution.

Ueber dieses Thema sprach in einer vom 3. Wahlkreis einberufenen öffentlichen politischen Versammlung Genosse Goldberger-Einleitend bemerkte der Redner, daß in Rußland nicht nur 1906/07, wo die Bogen der russischen Revolution hochgingen, von den dortigen Parteigenossen gearbeitet worden sei, sondern diese Arbeit und Agitation sei bis zum heutigen Tage mit gleicher Energie und gleichem Opfermut weitergeführt worden. Die Kämpfe, die dafelbst geführt werden, haben nicht nur politischen Charakter. Vielmehr sind diese Kämpfe auch wirtschaftlicher und sozialer Natur. Der mittlere Jahresverdienst eines russischen Arbeiters beträgt 498 Mark nach deutschem Gelde. Da qualifizierte Arbeiter verhältnismäßig hochbezahlt werden, weil man ihrer nötig bedarf, so ist es leicht zu verstehen, daß der Lohn der übrigen Arbeiter außerordentlich gering sein muß. Wie es mit der Entlohnung der Frauen aussieht, kann man sich demnach vorstellen. In Siegeleien zum Beispiel verdienen sie 30 Mark im Monat. Die russischen Fabrikantinnen sehen es meist als ganz selbstverständlich an, daß ihre Arbeiterinnen auf dem Wege der Prostitution noch Geld hinerüberbringen. Darum habe die russische Frau daselbst oder noch ein höheres Interesse an der Befreiung der jetzigen Zustände wie der Mann. Wohl ist das Fleisch in Rußland billiger wie in Deutschland; das nicht aber den russischen Arbeitern wenig, da sie kein Geld haben, um selbst das billige Fleisch kaufen zu können. Die Wohnungen sind außerordentlich teuer. Daher kommt es, daß sich in eine Stube oft fünf bis sechs Familien teilen. In Rußland besteht noch nicht einmal die beschränkte politische Freiheit, wie wir sie in Deutschland haben. Kein Versammlungrecht, kein Koalitionsrecht, keine Pressfreiheit! Etwas freie Bahn hatte die Revolution seinerzeit geschaffen, aber das war nur ein kurzer Freudenrausch. Zum Beispiel ist jeder Streik in einem Betrieb, der irgend welche Lieferungen für den Staat hat, strafbar und wird schwer geahndet. Aber auch ohne dies liegt es in der Hand der russischen Behörden, jeden Streik zu unterdrücken und die Hauptbeteiligten ohne Rücksicht bis zu fünf Jahren zu verbannen. Die Beamten sind straflos; es kann ihnen nichts geschehen, wenn ihr Vorgehen nicht die Genehmigung zu einem Verfahren erteilt. Was der Oberst v. Reuter in Jaderu getan hat, kann in Rußland jeder Beamte tun. Die ganze Rechtsprechung ist nur eine Komödie. Es ist schon vorgekommen, daß vor Gericht ein Urteil irtümlich verlesen wurde, das erst in einer anderen Sache am nächsten Tage gefällt werden sollte. Jeder, der für die sozialistische Partei wirkt, riskiert viele Jahre Zuchthaus. Die russische Parteibewegung will die politische Freiheit, sie will eine gesegnete Körperkraft, allerdings nicht wie die heutige Duma. Die Gewerkschaften können sich in Rußland nicht, wie hier, auf großen Massen und Massen aufbauen, sondern die besten unter den Arbeitern schließen sich im Geheimen zusammen und führen so den Kampf. Hierbei sind besonders Frauen tätig. Sie sitzen in allen Arbeitervereinen, treten aber auch besonders dort hervor, wo die Agitation mit besonderer Eifersucht verbunden ist. Sie geben ihre Wohnungen her zu Zusammenkünften, obwohl sie jede Minute dabei abgefaßt werden können und furchtbare Strafen gewärtigen. Auch in den Geheimdruckereien leisten die Frauen wertvolle Arbeit. Acht Jahre Zuchthaus, mit darauffolgender lebenslänglicher Verbannung, ist die Strafe, wenn sie dabei gefaßt werden. Oft kommt es dabei zum bewaffneten Widerstand, wobei manche Frau heldenhaft den Tod fand. Ja, sie gehen noch weiter und opfern ihren guten Ruf, indem sie den politischen Geheften Obdach gewähren und so bei der Nachbarschaft in stillosen Ruf kommen. Ueberhaupt wäre die Arbeit nicht möglich ohne Frauen. Dabei treffen sie die Strafen viel furchtbarer. Der Mann wird nur eingekerkert, die Frauen aber werden im Gefängnis noch geschlechtlich mißbraucht. Da es notwendig ist, sich in Rußland schon des jetzigen Militärs zu verschließen, so muß die Agitation unter den Soldaten betrieben werden. Hier sind es wiederum die Frauen, meist junge Mädchen, die sich opfern, indem sie mit den Soldaten Liebeschaften anfangen und sie dabei gewerkschaftlich und politisch auflären. In der Revolutionszeit wurden wegen dieser Tätigkeit eine ganze Reihe Frauen hingerichtet. Eine davon stand dicht vor ihrer Niederkunft. Selbst in den Kasernen sind sie hineingegangen und haben sich tagelang in den Mannschafsstuben verborgen. Bei den Attentaten, die in Rußland nicht zu umgehen sind, haben die Frauen ihren ganzen Heldenmut offenbart, und zwar nicht die besonders mutigen, sondern wenn die Notwendigkeit an sie herantrat, tat es jede mit Freude. Würden sie dabei gefaßt, so müßten sie furchtbare Folterungen erleiden und würden dann hingerichtet.

Redner schildert, wie grauenvoll und niederträchtig die Behandlung der verhafteten Frauen geübt wird. Die Frauen nehmen in das Gefängnis vielfach ihre Kinder mit. Frauen von 70 und mehr Jahren haben im Gefängnis gefessen und süßen noch darin. Die Gefangenen, auch die weiblichen, können jederzeit gequält werden. Die Folterungen sind das Raffinierteste, was zu denken ist. Sie werden angewandt, um Aussagen zu erpressen. Trotz der furchterlichsten Qualen verraten die heldenhaften Frauen aber ihre Gefinnungsfreunde nicht. Unter den Frauen haben sich besonders die Volksschullehrerinnen tapfer hervorgetan. Die Frauen, die hingerichtet wurden, starben alle ohne Pose und theatralische Worte. Die Frauen, die in der Revolutionszeit den Tod erlitten, starben in dem beseligenden Gefühl, daß nunmehr die Vorgetriebe der politischen Freiheit angebrochen sei. Es ist unrecht, meinte der Redner, wenn die Genossen in Deutschland sich oftmals beklagen, daß hier nur langweilige trodene Kleinarbeit verrichtet werden müsse. Diese Kleinarbeit muß ebenso in Rußland geliebt werden, und man muß bei dieser Kleinarbeit nur die Empfindung für die große schöne heilige Sache nicht verlieren. Darum sollen wir uns an der Kleinarbeit tatkräftig beteiligen im Hinblick auf die Zukunft. An die anwesenden Frauen wandte sich der Redner mit zündenden eindringlichen Worten und forderte sie auf, sich freudig in die Bewegung zu stellen und mitzulämpfen und dafür zu sorgen, daß wir den kommenden Stürmen siegreich trotzen können.

Der anerschütternde Einzelheiten reiche Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einem aufmunternden Schlusswort der Vorsitzenden Reizke nahm die Versammlung ihr Ende.

Stadtverordnetenversammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Februar 1914, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsteher Richelet nach 5½ Uhr mit einem ehrenden Nachruf auf den jüngst im 96. Lebensjahre verstorbenen Geh. Sanitätsrat Körtz eröffnet.

Vor der Sitzung hat die Wahl von zwei Ausschüssen stattgefunden. In den Ausschuss für den Antrag Krone betr. Vermehrung der Armenverwaltung sind drei weibliche Mitglieder und auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Ewald, Sings, Ranasse und Rosenfeld (weiter Vorsitzender) deputiert. Dem Ausschuss für die Vorlagen wegen Anlaufs des Ermelerischen Hauses gehören auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dreiser, Dupont, Ranasse und Reher an. Ferner waren in die gemischte Deputation für den Empfang des Urologen-Kongresses zehn Mitglieder zu wählen; unter den Geschickten befinden sich auch Bruns, Soblenger und Wehl (Soz.).

Zur Kenntnisnahme überendet der Magistrat seine am 2. Februar an den Kultusminister bezügliche

Klassenzählung der Gemeindefschulen

in dem neuen Grundlehrplan für Groß-Berlin abgegebene Petition und die vom 19. Januar datierte ablehnende Antwort des Kultusministers.

Stadts. Gassel (A. L.): Wir können die Entscheidung des Ministers nur sehr bedauern. Die Staatsregierung selbst ist es gewesen, welche, entgegen den früheren Intentionen der städtischen Verwaltung, die Einrichtung der achtklassigen Schule, wie sie jetzt besteht, getroffen hat. Wir können die Beziehungen Berlins zu den Vororten auch nicht als genügenden Grund dafür ansehen, daß jetzt dieses System verlassen werden muß; die materielle Ueber-einstimmung des Lehrplans braucht nicht notwendig eine Ueber-einstimmung der Klassenabteilung nach sich zu ziehen. Wir hoffen, insofern, daß darunter das Prinzip nicht leiden wird, daß, gleichviel wie die Benennung ist, acht aufsteigende Klassen an jeder Gemeindefschule vorhanden sind; wir sehen die entgegenstehenden Schwierigkeiten auch in Zukunft nicht für unüberwindlich an. Ich habe zu der Schuldeputation und zu der Bevölkerung das Vertrauen, daß der große Ruf für die Kinder, in die oberste Klasse zu gelangen, an keiner Stelle verkannt werden wird. Andererseits liegt der Vorteil eines gewissen Abschusses der Ausbildung für diejenigen, die das letzte Ziel nicht erreichen können, auf der Hand. Wir wollen aber auch, daß alles getan wird, die achten obersten Klassen zu erhalten, und wir werden uns dabei nicht etwa von Sparmaßregeln zurückziehen lassen.

Stadts. Rosenow (R. L.): Es ist charakteristisch, daß der Magistrat über die schließliche Entscheidung des Ministers direkt nichts erfahren hat, sondern erst aus einer Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sich belehren lassen mußte. So wird der Magistrat von Berlin von einem preussischen Minister behandelt! Daß der Minister sich jetzt nach elf Jahren plötzlich einer anderen Auffassung zuwendet, das illustriert die preussische Schulautorität. Im Gegensatz zu dem Vorredner teile ich die Auffassung der Schuldeputation und des Stadtschulrats, daß das siebenklassige System mit Oberstufe einen Schaden für die Entwicklung der Berliner Volksschule bedeuten kann und vielleicht bedeuten wird. Wir nehmen übrigens, ob es dem Minister gefällt oder nicht, für uns das Recht in Anspruch, Maßnahmen, die wir für unsere Schule als schädlich ansehen, auch als solche zu bezeichnen. Mit rauher Hand hat der Minister in die Schulverhältnisse Berlins eingegriffen, zugunsten einer oder der anderen Vorortgemeinde, in Verhältnisse, die aufs beste geordnet sind und für deren Herbeiführung die Stadt sehr erhebliche Opfer bringt. Wie möglich ist der Minister Berlin gegenübersteht, sieht man ja auch daran, daß neuerdings auswärtigen Lehrern der Urlaub zu Probelektionen verweigert wird. Und andererseits findet man darauf, Berlin auch noch die Lasten für die Schulen der Vororte mit aufzuerlegen!

Am 6 Uhr wird die Versammlung unterbrochen zur Vornahme der

Wahl zweier unbesoldeter Stadträte

an Stelle der mit Ende 1913 ausgeschiedenen Herren Gerike und Marggraf.

Bei der Wahl des Nachfolgers für Gerike werden 126 Stimmzettel abgegeben; davon sind 5 weiß, also ungültig. Von den 121 gültigen entfallen 76 auf den Stadts. Reimann (R. L.), 41 auf den Stadts. Dr. Wehl (Soz.); 4 Stimmen gesplittelt. Reimann ist somit auf 6 Jahre gewählt.

Bei der Erwahlung für Marggraf scheidet Holzhandler Artur Franke mit 62 Stimmen über den Stadts. Dr. Krone, der 59 Stimmen erhält; 3 Stimmen sind gesplittelt, 3 Zettel ungültig. Von 123 gültigen Stimmen hat Franke gerade die absolute Mehrheit erhalten.

Hierauf setzt die Versammlung die vorhin abgebrochene Erörterung fort.

Stadts. Bruns (Soz.): In der Tatfrage selbst wird durch die Reden, die hier heute noch gehalten werden, nichts mehr geändert. Ich beschränke mich daher auf die Bemerkung, daß hier ein neuer Streich gegen die Selbstverwaltung Berlins geführt ist; die Regierung hat und wieder einmal gezeigt, daß sie die Macht hat. Auf dem Gebiete der Volksschule leben wir noch immer wie in der guten alten Zeit, wo das Wohl und Wehe der Bevölkerung durch Kabinettsordres bestimmt wurde. Wir unterziehen haben den lebhaften Wunsch, auch möglichst an den Geschicken der Volksschule beteiligt zu werden. Von der Beteiligung an der Schuldeputation sind wir durch die Taktik der Regierung ausgeschlossen; vielleicht bringt uns aber der Magistrat in einer Vorlage zur Kenntnis, wie er den neuen Lehrplan auszuführen gedenkt; dann könnten wir die Ausführungen machen, die wir in der Schuldeputation zu machen hätten, aber dort nicht machen können. Zurzeit ist es nicht möglich, etwas gegen die Regierung auf diesem Gebiete zu unternehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Gassel tritt dem Angriff des Kollegen Rosenow bezüglich der Bewertung des Abschusses mit der siebenten Klasse entgegen.

Stadtschulrat Dr. Fischer hält den einseitigen Grundlehrplan für Groß-Berlin für eine Fiktion. Von jetzt ab werde auch die Potsdamer Regierung in die Berliner Schulverhältnisse hineinzureden haben. Die Berliner Schulverwaltung habe nun ihre Sorge in erster Linie darauf zu richten, daß die Dispensationen möglichst erwidert werden. Die zwei Abteilungen in den oberen Klassen müßten besetzt werden; man werde die Schulen nach Ofter- und Widoelschulen zu scheiden haben. Wenn in den nächsten Jahren die ersten Klassen etwas schwach besetzt seien, möge die Versammlung nicht auf Auflösung hinarbeiten. Trotz der Unfreundlichkeit der Regierung werde es dann möglich sein, die Berliner Volksschule auf ihrer Höhe zu erhalten.

Stadts. Rosenow spricht seine Befriedigung über diese Erklärung des Stadtschulrats aus.

Stadts. Gassel (Fr. Fr.) hofft mit seiner Fraktion, daß alles geschehen wird, die achten Klassen zu erhalten und immer mehr zu füllen.

Stadts. Gassel erklärt sich noch gegen die Idee der Schaffung von Mittelschulen, die Berlin nicht brauche und die bloß die Gemeindefschulen schädigen würden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Schlußbeschlüsse soll, nachdem die Strombededen zugefimmt haben, nunmehr auch mit einem festen Ueberbau versehen werden, womit die verkehrshindernden Brückenklappen in Fortfall kommen. Die Kosten sollen mit 50 000 M. in den Etat für 1914 eingestellt werden. Die Versammlung stimmt zu.

Der Antrag Krone wegen Auflösung des Auditoriums der Heimstätten wird auf Antrag Wehl von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und soll in der nächsten Sitzung an erster Stelle beraten werden.

Das ehemalige, zurzeit völlig unbenutzt stehende Försterehaus in Kleinbeeren soll für Zwecke des städtischen Erziehungshauses Kleinbeeren (Ausgestaltung der hauswirtschaftlichen Ausbildung der weiblichen Jünglinge) mitverwendet werden. Für die Umgestaltung sind 15 750 Mark erforderlich, die in den Etat für 1914 eingestellt sind. Der Magistrat beschließt, einen Teil der Arbeiten schon im Winter ausführen zu lassen.

Die Vorlage wird genehmigt und die Summe bewilligt.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch

Odsenschmorfleisch Pfd 95 Pf.
 Roastbeef Pfd 90 Pf., ohn Knoch. 1.40
 Schweinekoteletten Pfund 1.00
 Schweinekamm u. Schuff Pfd 80 Pf.
 Pökelkamm Pfd 80 Pf.
 Rückenfeil Pfd 55 Pf., Linsen Pfd. 70 Pf.
 Kass. Rippespeer im ganz. 85 Pf.
 Zerkstück bis 3 Pfund, Pfd. 75 Pf., Mittelstück 95 Pf.
 Kalbskeule im ganzen Pfund 1.10
 Kalbsrücken im ganzen Pfund 1.10
 Kalbsbrustspitze Pfd. Pfd. 1.00
 Kalbskamm Pfd. 80 Pf., ge. 85 Pf.
 Starke Hasen gestreift, 3.00 an Stück von
 Kaninchen wilde, gestreift 70, 85 Pf.

Wurstwaren

Rollschinken ca. 4-5 Pfund, Pfd. 1.45
 Landschinken ca. 3-12 Pfd., Pfd. 1.40
 Teewurst Pfd. 1.20
 Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 1.20
Aus eigener Wurstfabrik:
 Rohwurst Pfd. 55 75 Pf.
 Jagdwurst Pfd. 1.10
 Landleberwurst Pfd. 90 Pf.
 Pastelenleberwurst Pfd. 1.15

Butter

Koch- u. Backbutt. Pfd. 1.10 u. 1.18
 Tischbutter Pfd. 1.28 1/2 Pfd. 64 Pf.
 Tafelbutter Pfd. 1.32 1/2 Pfd. 66 Pf.

Geflügel

Suppenhühner Stück 1.60 bis 2.70
 Brathühner . . . Stück 1.60 bis 2.70
 Poulets 2.30 u. 2.70, gefroren 1.30
 Haselhühner Stück 80 Pf.
 Schneehühner Stück 88 Pf., 1.15
 Puten Pfund 78, 88, 95 Pf.
 Enten Stück 3 M. 3.90

Sprossen Kiste ca. 1 Pfd. 42 Pf.

Gänse

gefroren, Pfd. 45, 55 Pf.

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 16 Pf.
 Rotzungen Pfund 25 Pf.
 Steinbutten Pfund 75 Pf.
 Zander Pfund 68 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen . Pfund 35 Pf.
 Lebende Plötzen Pfd 40, 60 Pf.
 Grüne Heringe Mandel 25 u 55 Pf.
 Seemuscheln 100 Stück 3.00
 Frische Hechte Pfund 60 Pf.
 Leb. Karpfen Pfd 70, 90 Pf. 1.00
 Lebende Schleie Pfund 1.15
 Lebende Forellen . Pfund 1.90

Obst und Gemüse

Apfelsinen Dutzend 18, 28, 35 Pf.
 Blut-Orangen Dutzend 28, 38 Pf.
 Mandarinen 2 Pfund 45 Pf.
 Graue Reinetten Pfd. 18, 28 Pf.
 Kalif. Aepfel Pfund 30, 38 Pf.
 Kochäpfel 5 Pfund 65 Pf.
 Blumenkohl . Kopf 10, 13, 18 Pf.
 Weißkohl Pfund 2 Pf.
 Rotkohl Pfund 5 Pf.
 Mohrrüben 4 Pfund 10 Pf.
 Schwarzwurzeln 3 Pfund 25 Pf.
 Ananas Pfund 55, 65 Pf.
 Feigen Körbchen 25 Pf.
 Tomaten Pfund 20, 25 Pf.

Georg Otto, Fleisch- und Wurstzentrale

empfehl. ff. Fleisch- u. Wurstwaren zu billigen Tagespreisen.
 Der Betrieb ist tariflich geregelt.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei ohne Rezept die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Danfestoff.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (SW. 11.); Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Karl Fahrows Restaurant und Festsäle

„Zum Reichenberger Hof“
 SO 36, Reichenberger Str. 147. Tel.: RortypL 3233.

Empfehle Vereinstimmer und Gäte, 20, 80, 150 und 300 Personen fassend, zu Hochzeiten, Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten.

2 vorzügliche Regelbahnen.

Hochachtung Karl Fahrow.

Wir empfehlen jedem Zeitungsliefer zur Anschaffung:

Liebkechts Volksfremdwörterbuch

Dreizehnte Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtsprechung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch.

Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69 (Laden). 948/13*

Theater und Vergnügungen

Freitag, 6. Februar 1914.

Anfang 6 Uhr.
 Cines Palast am Zoo. Varieté-Spektakel.

Anfang 6 1/2 Uhr.
 Cines Kollendorf-Theater. Varieté-Spektakel.

Anfang 7 Uhr.
 Deutsches Opernhaus. Oper.

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Rgl. Opernhaus. Sinfoniekonzert.

Anfang 7 3/4 Uhr.
 Metrop. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.
 Urania. Winter in der Schweiz.

Anfang 8 1/2 Uhr.
 Komödienhaus. Kammermusik.

Anfang 8 3/4 Uhr.
 Berliner Theater. Wie einst im Mai.

Anfang 9 Uhr.
 Theater des Westens. Polenblut.

Anfang 9 1/2 Uhr.
 Deutsches Künstlertheater. Sozialeit.

Anfang 9 3/4 Uhr.
 Theater am Kollendorfplatz 5. Prinzess Gretl.

Anfang 10 Uhr.
 Residenz-Theater. Hoheit — der Franz!

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr: Meyers.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Rosenmontag.

Schiller-Theater

Freitag, abends 8 Uhr: Herodes und Mariamne.
 Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Zopf und Schwert.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Weh dem, der lügt.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Andrea Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Die beiden Leonoren.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.

8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr. Berliner Theater.

Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.

Deutsches Künstlertheater

Sozialeit.
 Nürnbergstr. 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
 Freitag, abends 8 Uhr: Schirin und Gertraude.
 Sonntag, 11 Uhr: Peterchans Mondfahrt.
 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Das Phantom.
 Komödie in 3 Akten v. Herrn. Bohr.

Theater am Kollendorfplatz 5.

8 Uhr: Prinzess Gretl.
 Morg. Sonnab. 4: Die Schiffschützen.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 192.
 Zu der heutigen Vorstellung sind sämtliche Billette vergeben.
 Sonnabend 4 Uhr: Nostäppchen.
 8 Uhr: Kinder d. Großstadt.
 Sonntag, 3 Uhr: Kinder d. Großstadt.
 8 Uhr: Othello.

Friedr.-Wilhelmstadt. Theater.

Direktion: H. Bryk.
 Fräulein Trallala.
 Von Konstantin, Gilbert.
 Selbstiger.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Sonntag, 8. Febr., nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr: Winter in der Schweiz.

Voigt-Theater

Babirstraße 35.
 Freitag, den 6. Februar: Der Goldbauer.
 Schauspiel. 1. u. 2. Ch. Birch-Pfeiffer.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Sonntags! Mittwoch, 11. Februar: Benefiz für Paul Ulling.
 In letzter Stunde.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. 8 1/2 Uhr: Deines Bruders Weib.
 Schauspiel.
 in 5 Akten von Ernst Reiterfeldt.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends: Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest.
 Mittwochs u. Donnerstags: Elite-Tag.

„Clou“

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus

Großes Doppel-Konzert!

Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirig.: Oberm. Saatz und Tegernseer und Zillertaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Freitag, den 6. Februar 1914 sowie täglich:

Bockbierfest

in den bayerischen Alpen.
 Anfang wochent. 7 Uhr. Entree wochent. 30 Pf.
 „ Sonntags 4 Uhr. „ Sonntags 50 Pf.
 6 Kapellen. Tanzrad.
 30 bayrische Madl.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag: Großer Ball.

Voranzeige! Morgen Sonnabend, den 7. Febr.: In sämtlichen Festsälen, über 10 000 Personen fassend: Bockbierfest und Ball.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Anatoles Hochzeit.

Reichshallen-Theater

Zimmer No. 18.
 Urkomische Burleske.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Eine Hochzeit in der Müllerstr.

Waihalia-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr: Tangofober. Große Waffe in Bel. u. Tanz in 3 Akte. v. Ulrich Urban.

Zirkus Alh. Schumann.

Heute Freitag, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Elite-Vorstellung

U. a.: Original Little Freds Akrobat u. kunstreich. Hundo. Akrobatischer Reittakt Geschw. Blumenfelds. Therese Reus dress. Elefant u. Ponya. Crescendo u. Forrest, Musik. Akt. Ku-Ka-Di's genannt „Die Goldmohisten“. Leach-Laquina-Trio Drahtseilakt. Um 9 1/2 Uhr: Die neue gr. Ausstattung i. 7 Bildern „Tipp“ der Derby-Favorit 1914.

WINTERGARTEN

Neues Programm! Madge Lessing und Fred Wright in „Halloh Madge! Halloh Fredy!“

Grock u. Lolei Perezoff-Truppe Jongleurtruppe „Un souper chez Maxim“ sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen! — Rauchen gestattet! —

APOLLO THEATER

8 Uhr. Tel.: Lützow 2737 8 Uhr. Zum 43. Male: Hartslein in Der Stolz der 3. Komp. Lachen ohne Pause! Vorher: Das große neue Variété-Programm u. a.: Henry de Vry's Traum-bilder. Rauchen gestattet!

Casino-Theater

Lehringstr. 57. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Goldstück: Die olle Webern.

Admiralspalast.

Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Sumorit. Gala-Abend. U. a.: Ed. Walfs phänomenale Trapez-Hunde

(Der Gipfel der Gunde-Intelligenz). Ferner Die Vessemis in ihr akrobatischen Streich „Artistenkinder“. Hierzu alle großen Attraktionen. Zum Schluss: „Pompeji“. Drei Ausstattungs-Genomime des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten. Sonntags! Sonntagnachmitt. 3 1/2 Uhr: 1 Akte frei. 2 Kont.-Burl.

Folies Caprice.

8 1/4 Café Pringheim Der Heiratsgraf Meyersteins

Metropol-Theater.

Abends prägnante 7 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum.

Die wilden Feuerfresser in ihren fanatischen Martern.

Mister Rappo.

der Ausbrecherkönig. Unfassbar! Lebend! Ohne Extra-Entree.

Casino-Theater

Lehringstr. 57. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Goldstück: Die olle Webern.

Admiralspalast.

Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung.

Darlehen statt Arbeitslosenunterstützung.

Wie bereits berichtet, hat der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss zur Beratung des Antrages unserer Genossen, 500 000 M. zwecks Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, nach langwierigen Beratungen in drei Sitzungen schließlich einen Antrag Cassel angenommen: daß aus Speziallot V, Lit. 1 (Armenetat) 300 000 M. zu verwenden seien „zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Personen, welche infolge wirtschaftlichen Niederganges in vorübergehende Not geraten sind“. Vordem hatte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht nur den genannten sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, sondern auch einen weiteren Eventualantrag unserer Genossen im Ausschuss, dem Zentralverein für Arbeitsnachweis 500 000 M. zur Verwendung für arbeitslose Arbeiter und Angestellte zu überweisen.

Nach dem vorliegenden Rechtsgutachten eines Berliner Magistratsrates sind die politischen Rechte des Empfängers einer städtischen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit nur im Falle einer Arbeitslosenversicherung völlig gewährleistet, in allen anderen Fällen und besonders, wenn dem einzelnen Arbeitslosen Unterstützung gewährt wird, was ohne genaue Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht möglich sei — denn es könne ja der Betreffende, nach Meinung der Bürgerlichen im Ausschuss, noch private Geldmittel zur Verfügung haben —, sei das als Armenunterstützung zu betrachten und habe die Entziehung des Wahlrechts in Staat und Kommune zur Folge. Der einzige Ausweg sei die Ueberweisung an einen Wohltätigkeitsverein. Die Ueberweisung von städtischen Mitteln an die Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Unterstützung derjenigen ihrer arbeitslosen Mitglieder, die zurzeit keine Unterstützung aus ihrer Organisation erhalten, also ausgesteuert sind, lehnte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses rundweg ab. Man könne, so hieß es, unmöglich einer Bevölkerungsklasse Zuwendungen machen, auch andere Schichten der Bevölkerung hätten unter der herrschenden Notlage zu leiden, die keinesfalls bestritten werden solle. Dem Hinweis auf die 1 Million für die „notleidenden“ Hausbesitzer wurde mit dem Einwand begegnet, daß es sich hierbei nicht um Unterstützungen, sondern um Darlehen handele, die noch dazu verzinst werden müßten.

Aber das hat wohl den Anlaß gegeben, die Form des Darlehens auch für den vorliegenden Fall zu wählen, nur hat man dabei mehr die selbständigen Elemente des Kleinbürgertums im Auge, als die große Masse der Arbeiter und Angestellten, die durch die Anträge unserer Genossen geschützt werden sollten. Aus dem Grunde lehnte man es auch ab, dem Zentralverein für Arbeitsnachweis die notwendigen Gelder zu überweisen, einer Körperschaft, die wie geschaffen ist für einen solchen Zweck, nachdem die Stadt sich den maßgebenden Einfluß auf diesen Verein gesichert hat.

Zwischen hat auch eine ganze Reihe Gemeinden, von denen Material eingefordert worden war, anlässlich der herrschenden Krise Mittel zur Unterstützung der Notleidenden zur Verfügung gestellt, was als Armenunterstützung nicht gilt. Darunter auch unsere Vorortgemeinden Adlershof, Johannisthal und Weißensee, die das in Form von Darlehen gewähren. Nach diesem Modus soll nun auch in Berlin verfahren werden, sofern die Stadtverordnetenversammlung dem Antrage Cassel ihre Zustimmung gibt. Die Entnahme der Gelder aus dem Armenetat, wogegen sich unsere Genossen wendeten und beantragten, den Dispositionsfonds für unvorhergesehene Fälle dafür zu setzen, begründete man auch vom Magistrat damit, daß dann die Kontrolle erleichtert sei und verhindert werden könne, daß jemand neben der Armenunterstützung noch ein solches Darlehen bis zur Höhe von 40 M. bezieht. Ausdrücklich wurde erklärt, daß bezüglich der Rückzahlung keinesfalls rigoros verfahren werden solle.

Einige der Bürgerlichen wendeten sich energisch auch gegen diesen Antrag, weil das der erste Schritt sei zur kommunalen Arbeitslosenversicherung. Von unseren Genossen wurde erklärt, man müsse schon fanatischer Gegner einer jeden Arbeitslosenversicherung sein, um derartiges in diesem Antrag zu erblicken. Sie würden aber für den Antrag Cassel stimmen, da zum ersten Male die Zuwendung von Mitteln außer dem Rahmen der Armenunterstützung damit anerkannt wird und dadurch die politischen Rechte nicht gefährdet sind, außerdem dieser Weg den Arbeitern und Angestellten nicht abgeschnitten werden dürfe, die da glauben, ein solches Darlehen aufnehmen zu können.

Das, was man mit moderner Arbeitslosenfürsorge über den Rahmen der sogenannten Notstandsarbeiten hinaus bezeichnet, liegt allerdings in dem Antrag Cassel nicht. Aber es sei ein kleiner Schritt nach vornwärts. Aufgabe unserer Genossen wird es sein, die bürgerliche Mehrheit im roten Hause zu weiteren Konzessionen auch in dieser Frage zu drängen. Und bei einigen guten Willen muß nach Verständigung mit den Vorortgemeinden die Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung möglich sein, wie es in der Arbeitsnachweisfrage schon geschehen ist.

Eingemeindung von Reinickendorf nach Berlin.

Die Eingemeindung nach Berlin zu beantragen hat am Mittwoch die Gemeindevertretung in außerordentlicher und geheimer Sitzung beschlossen. Der Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. Der Magistrat von Berlin wird sich in seiner heutigen Sitzung bereits mit dem Antrage beschäftigen und dürfte ihn — ohne Widerspruch zustimmen.

Zu dem Antrage wird für die Einwohner Reinickendorfs gefordert die sofortige Gleichstellung mit den übrigen Bürgern Berlins. Die Abfindung an den Kreis soll Berlin zahlen. Die gesamte Beamtenchaft und die Lehrer sollen mit übernommen werden. Von den leitenden Beamten sollen der Bürgermeister und der Beigeordnete ebenfalls in Diensten der Stadt Berlin übertritten oder abgefunden werden. Die Durchführung der beiden zurzeit schwebenden großen Projekte Ost-West-Verbindung und parkähnliche Anlage der Seepromenade in einigen Jahren soll

garantiert werden. Berlin tritt in die sämtlichen elatsrechtlichen Verhältnisse der Gemeinde Reinickendorf ein, übernimmt deren — ziemlich umfangreichen — Grundbesitz, das Krankenhaus und das Riefelgut Schönlinde mit allen der Gemeinde Reinickendorf daran zustehenden Rechten und Lasten. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung dürfte sich in einer ihrer nächsten Sitzungen bereits damit zu befassen haben und sich deren Zustimmung zur Eingemeindung wohl außer Frage. Zur weiteren Bearbeitung dieser Frage hat die Gemeindevertretung eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren Bürgermeister Wille, Beigeordneten Reichhelm, Direktor Busch, Rechtsanwalt Hinkus und unserem Genossen Schönberg.

Der Beschluß der Gemeinde Reinickendorf dürfte weiteren Kreisen etwas unerwartet kommen. Soweit Reinickendorf selbst in Frage kommt, handelt es sich um eine arme Gemeinde, die heute schon erheblich hohe Zuschläge erheben muß, um den Gemeindebedarf zu decken. Für eine solche Gemeinde, ist es eine Lebensfrage, nach Berlin eingemeindet zu werden. Für Berlin würden zunächst Lasten entstehen, die aber angesichts des Etats der Stadt Berlin und der einsehenden einheitlichen Verwaltung weniger ins Gewicht fallen. Andererseits sind für Berlin bei einer Eingemeindung von Reinickendorf nach Berlin nicht unwesentliche Vorteile verbunden. Der große unbebaute, noch verhältnismäßig billige Grundbesitz würde der Stadt Berlin gute Verwendungsmöglichkeiten bieten, wobei nicht verkannt werden soll, daß dieser Wert bei einer Eingemeindung nach Berlin sich erheblich steigern würde. Berlin würde seine Nord-Süd-Bahn ausdehnen können und wertvolle Zubringerlinien erhalten. Außerdem würde Berlin als Eigentümerin bis an die Liebenwalder Bahn heranrücken und so den Lanter Besch leichter ausführen können. So dürfte eine Eingemeindung von Reinickendorf nach Berlin für beide Teile vorteilhaft sein.

Es entsteht die Frage, wie werden sich Kreis, Provinz und Staat zu dem Plane stellen? Nach den gescheiterten Eingemeindungsverhandlungen mit Treptow sind die Hoffnungen auf diese Behörden etwas gesunken. Es ist aber nicht zu verkennen, daß an einer solchen armen Gemeinde wie Reinickendorf die genannten Behörden kein erhebliches Interesse haben. Wie es jetzt steht, kann Reinickendorf auf die Dauer ohne große Hilfe der staatlichen Behörden gar nicht mehr wirtschaften. Der Staat muß früher oder später mit Mitteln eingreifen. Der Kreis hat gleichfalls kein erhebliches Interesse an Reinickendorf, da es doch nur eine Frage der Zeit ist, daß Reinickendorf nach im Kreise bleibt. Nach alledem ist es im Interesse des Ortes, des Kreises, des Staates und der Stadt Berlin, wenn Reinickendorf in Berlin aufgeht. Nur durch eine Eingemeindung nach Berlin dürfte allen in Betracht kommenden Teilen genügt werden.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis (Stralauer Viertel). Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10^{1/2} Uhr, findet die Versammlung des Kruppelheimes, Am Urban 11/12, statt. Treffpunkt dortselbst.

Der Frauenkursus des Zentral-Wahlvereins Zeltow-Beetzow-Storow-Charlottenburg findet am Freitag, den 6. Februar, abends 7^{1/2} Uhr, in den Industrie-Festhallen, Benthstr. 20, statt. Um pünktliches Erscheinen der Teilnehmerinnen wird gebeten.

Charlottenburg (III. Gruppe). Heute abend 1/8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Sonntag, den 8. Februar treffen sich die Parteigenossen im A-Bezirk bei Cade, Kaiserin-Augusta-Allee 52; B-Bezirk bei Lange, Reudlinstr. 5; C-Bezirk bei Reihner, Helmholzstr. 35; D-Bezirk bei Bogatt, Luisenplatz 3; Zentralbureau bei Volze, Sommeringstr. 24.

Schöneberg bei Königs-Buhterhausen. Sonnabend, 7. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Otto Kätsch: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertretungswahl; 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Schöneberg, Klein-Schöneberg, Fichtenau. Sonntag, 8. Februar, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Max Mann in Schöneberg. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevertretungswahlen. Referent: Genosse Schwarzburger. Aufstellung der Kandidaten für obige zwei Gemeinden.

Berliner Nachrichten.

Vorfrühlingstage

Sind nach der großen, anhaltenden Kälte gekommen. Die letzten Schneereise sind auch draußen im Freien zerichmolzen. Noch erdicht alles tot und starr. Aber die Mittagssonne umgildet alles mit einem warmen, blinkenden Glanz. Hier und da lenken schon Knospen den Blick auf sich. Allein ihre Farbe ist noch stumpf, ihre Blätter sind noch hart und spröde. Auch die Moospflasterungen der Baumrinde sitzen fest am Stamm. Noch sind die Säfte nicht so machtvoll ins Holz gewollten, daß sie die gelbgrünen, mooswolligen Wänder zerprengen.

Aber irgend etwas nicht näher zu Bezeichnendes liegt doch schon in der Luft, das über den Winter hinforttäuschen möchte. Nicht die Drosseln und Amseln sind es, die vereinzelt überwintert bei uns zurückgeblieben sind. Denn noch wagen sie sich nicht mit ihren ersten leuchtigen Gesangsversuchen heraus. Dazu sind auch die Baumkronen noch zu schwarz und starr. Erst wenn ein rölliger Hauch um ihr Rutengewirr wiewelt, dann lockt das erste Drosselstöteln hinaus in den stillen Vorfrühlingabend und ruft irgendwo in der Ferne ein antwortendes Echo nach.

Noch ist die Zeit für diese Dinge nicht gekommen. Die Kälte kann ja schon morgen oder übermorgen wieder zurückkehren, daß in wenigen Stunden wieder alles eisglühend und versteinert daliegt. Deshalb halten sich auch die Salme noch schüchtern im Schollenland; und auch für die Frühblumen ist noch nicht die Zeit gekommen. Nur auf den Kläben der Großstadt, zu denen der Winter ja eigentlich niemals in seiner ganzen rauhen, rücksichtslosen Art schreitet, schauen die Knospen hier und da größer und glänzender drein. Und wo eine Fasel steht, da läßt sie ihre jüngst noch harten und dünnen Röhren ständig flockiger und goldiger in der Februarsonne aufleuchten, um der lärmenden Großstadtjugend wenigstens ein kleines Schaustück des langsam erwachenden Naturlebens vor Augen zu führen.

Wen aber der Weg am Sonntag hinaus in die freie Natur führt, der wird sicherlich darüber staunen, wie sehr das gesamte Landschaftsbild die wenigen Sonnentage, die jetzt hinter uns liegen, zu ändern vermochte. Wie ein befreiendes Aufatmen liegt es über Wasser und Wald, über Wiese und

Feld. Der noch jüngst hartgefrorene Erdboden hat sich zu lebend gelodert. Und schon ist es mitunter, als entströme ihm jener herbe Duft, der dem Erdbreich in den ersten Frühlingstagen eigen zu sein pflegt. Man spürt es auf Schritt und Tritt, daß sich überall neues Leben vorbereitet. Nicht lange mehr wird es wahren, dann drängen die ersten grauen Kräusen aus dem Weidengeäst. Nur noch etwas mehr Macht braucht die Sonne zu gewinnen. Denn Vorfrühlingstimmung liegt über dem Land ...

Die Stadtverordnetenversammlung

vollzog gestern zwei Stadtratswahlen. Bei der einen erreichte das Wahlergebnis der Abstimmung einiges Aufsehen. Die Wahl des Stadtverordneten Reimann zum Nachfolger des ausgeschiedenen Stadtrats Gebirde war gesichert, weil alle Freisinnigen ihn unterstützten. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für unseren Genossen Weyl. Bei der Wahl eines Nachfolgers für den ausgeschiedenen Stadtrat Marggraf wurde die von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellte Kandidatur unseres Genossen Krons auch von der „Neuen Linken“ unterstützt. Der Sozialdemokrat Frank, den die übrigen Freisinnigen auf den Schild erhoben, erlangte bei überhaupt 123 gültigen Stimmen gerade eine halbe über die Hälfte, 62 Stimmen. Auf Krons fielen 59 Stimmen, zerstückelt waren 2 Stimmen. Entschärfender Gedanke, daß in der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin bei einer Stadtratswahl „beinahe ein Sozialdemokrat“ die Stimmenmehrheit erhalten hätte! Die Leute des Herrn Cassel atmeten erleichtert auf, als sie ihren Grande glücklich noch durchgebracht hatten.

Der Magistrat überreichte zur Kenntnisnahme eine Mitteilung in Sachen des Achtklassensystems der Gemeindefschule. Seine gegen die Systemklassenzählung gerichtete Eingabe ist vom Unterrichtsministerium mit fühler Ablehnung beantwortet worden. Die Redner aller Fraktionen beklagten das Verhalten der Regierung als einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt Berlin. Genosse Brunus trug den Wunsch vor, daß nach diesem Streich gegen die Achtklassenschule der Magistrat den Stadtverordneten wenigstens davon Kenntnis geben möchte, wie er sich die Ausführung des Lehrplans denkt. Die sozialdemokratische Fraktion muß eine Vorlage hierüber schon deshalb fordern, weil sie ja, von jeder Mitarbeit an der Gemeindefschulverwaltung ausgeschlossen, sich auf andere Weise keinen Einblick verschaffen kann. Stadtv. Cassel erging sich wieder in einem Gerede, das seine frühere Stellungnahme gegen die Achtklassenschule veressen machen wollte. Stadtschulrat Fischer äußerte, wie schon vor mehreren Wochen, rückhaltlos sein Bedauern über diesen für die weitere Entwicklung der Gemeindefschule Berlins keineswegs glückverheißenden Ausgang des Streites um das Achtklassensystem. Die Schulverwaltung will versuchen, die drohenden Gefahren möglichst abzuwenden. Die ganze Debatte mußte an, wie ein Nachruf auf die Achtklassenschule.

Im letzten Teil der Sitzung kam es zu einer kurzen Aussprache über die Sportbestrebungen und den darin zutage tretenden Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse. In einer Vorlage über Zuwendungen an Vereine usw. beantragt der Magistrat unter anderem, auch für die Olympischen Spiele des Jahres 1916 ein tüchtiges Ethik Geld herzugeben. Gegen die Darbietung, daß der Deutsche Reichsausschuß für diese Veranstaltung die zuständige Vereinigung aller deutschen Turn- und Sportverbände sei, wandte sich Genosse Pfannkuh. Er erwähnte die Drangsalierung der Arbeiter-Turn- und Sportvereine und deutete an, daß die hohen und höchsten Gönner der bürgerlichen Vereinigungen die olympischen Spiele durch einen Griff in die eigene Tasche unterstützen könnten. Die ganze Vorlage ging an einen Ausschuss.

Sprechstunden des städtischen Wohnungsamtes.

Das Wohnungsamt hat sich im Interesse des Auskunfts und Rat einholenden Teiles des Publikums veranlaßt gesehen, täglich Sprechstunden in den Dienststräumen Stralauer Str. 3-6 I von 1-3 Uhr nachmittags und außerdem Mittwochs und Sonnabends noch von 8-10 Uhr früh einzurichten. Abgesehen von diesen Sprechstunden ist aber auch Firforge getroffen, daß jederzeit dem Publikum im Bureau Auskunft erteilt wird.

Rabatt für große Gasconsumenten. Jedem Konsumenten der städtischen Gaswerke, welcher jährlich mehr als 5000 Kubikmeter Gas verbraucht hat, wird auf Beschluß der Gemeindebehörden ein entsprechend der Höhe der Gasentnahme steigender Jahresrabatt gewährt. Die Vergütung des Rabatts erfolgt auf der letzten Rechnung am Schluß des Rechnungsjahres (31. März). Bei Berechnung des Jahresrabatts wird die Gasentnahme sämtlicher Verbrauchsstellen eines Konsumenten zugrunde gelegt und dabei kein Unterschied gemacht, ob die Gasentnahme zu gewerblichen oder privaten Zwecken erfolgt ist. Da nun den Gaswerken nicht durchweg bekannt ist, welche Konsumenten an mehreren Stellen Gas beziehen, empfiehlt es sich, daß diejenigen Konsumenten, welche auf den Jahresrabatt Anspruch machen, bei den städtischen Gaswerken einen dahin gehenden Antrag stellen und dabei ihre verschiedenen Verbrauchsstellen angeben. Die betreffenden Anträge müssen spätestens bis zum 31. März jedes Jahres bei der Verwaltung der städtischen Gaswerke in Berlin, Neue Friedrichstraße 100, eingegangen sein.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Januar 1914 betragen 216 994,10 M. gegen 187 735,88 M. im Januar 1913, das ist eine Zageeinnahme von 6999,80 M. gegen 6056,00 M. im Januar 1913. Es wurden insgesamt 2 877 274 Personen gegen 2 028 257 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Januar gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängerwagen) ist von 417 791 des Vorjahres auf 545 003 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 89,82 Pf. gegen 44,93 Pf. im Vorjahre.

Aus der Glendstatistik.

Am 1. Februar 1914 befanden sich im städtischen Familienobdach 301 Personen, und zwar 40 Familien mit zusammen 133 Köpfen (darunter 50 Kinder und 17 Säuglinge) und 168 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. Januar 1914 25 Personen weniger. Das nächste Obdach wurde während des Jahres von 157 037 Männern und 1529 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuchs war der 1. Januar 1914 mit 4164 Personen, der des stärksten Besuchs der 23. Januar mit 5401 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 684 Personen. Wannenbäder wurden

während des ganzen Monats an 510 Männer und 686 Frauen verabschiedet.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Pferdeomnibus und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern abend 3 1/2 Uhr in der Elssasser Straße zwischen Aderstraße und Rosenthaler Tor. Dabei wurden fünf Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Sie wurden zunächst nach der Unfallstation in der Reibelstraße gebracht.

Unfall. Ein von der Biesdorfer Halle kommende Kraftwagen überfuhr sich in der Nähe der Frankfurter Allee infolge Achsenbruchs. In dem Wagen befanden sich Hauptmann Dinnarz und Leutnant Schramm. Der Wagen wurde ziemlich erheblich beschädigt. Die Insassen kamen ohne Verletzungen davon.

Die Vereinigung für hauswirtschaftliche Fortbildung hat unter Führung eines Geheimen Regierungsrats am Mittwoch, den 4. Februar, die Kleiderwerke Vaer Sohn beschäftigt. Mehr als 40 Herren, unter ihnen auch der Professor Wuto von der Handelshochschule in Nagasaki in Japan, waren anwesend, um die Neuerungen auf dem Gebiete der Teilarbeit in der Herstellung der Herrenschneiderei in Augenschein zu nehmen. Einer der Inhaber der Firma trug in dem ansehnlichen Vortrage die Entwicklungsgeschichte der den wichtigsten Bestandteil der Fabrikation bildenden Nähmaschine vor. Er wies darauf hin, daß die ersten Versuche mit Nähmaschinen schon in das Jahr 1790 zurückreichen, in welchem Jahre dem Engländer Thomas Saint auf eine primitive, konstruktiv noch höchst unvollkommene Nähmaschine ein Patent erteilt worden ist. Die heutige Nähmaschine verdankt dem Amerikaner Walter Hunt in New York ihre Entstehung. Trotzdem gilt gewöhnlich nicht dieser, sondern Elias Howe aus Spencer (Massachusetts) als der eigentliche Schöpfer der Nähmaschine.

Die in den Kleiderwerken seit mehreren Jahren erfolgte Einführung des Teilarbeitsystems hat in Amerika seinen Ursprung, wo ebenso wie in England die Arbeitsteilung gegen Zahlung von Akkordlöhnen geschieht. Die größte Konkurrenz der geregelten Teilarbeit erblickt der Vortragende in der Heimarbeit, in der Berufsarbeiter und Gelegenheitsarbeiter zu niedrigeren Löhnen beschäftigt werden. In den Teilnehmern an der Veranstaltung haben besonders die neuen Nähmaschinen und die Schneidmaschinen, deren letztere 4000 Stiche in der Minute vollbringen, lebhaftes Interesse wachgerufen. Auch die Bügelmaschinen, die einen Druck von 15 Zentnern ausüben, wurden als Neubeiten eingehend besichtigt.

Fabrikbrand in der Reichenberger Straße. Gestern (Donnerstag) morgen kurz vor 7 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Reichenberger Straße 47 gerufen, wo in der Maschinenfabrik von Theodor Jirida und in der Goldleistenfabrik von Grosse Feuer ausgebrochen war. Es brannten im Erdgeschoß und ersten Stock des Fabrikgebäudes Kuhlöfen, Ballenlögen, Schalbeden und Leisten. Den größten Schaden erleidet die Firma Jirida, da wertvolle Maschinen unbrauchbar geworden sind. Ueber die Ursache des Feuers war nichts mehr zu ermitteln.

Eine Monatskarte auf den Namen Richard Arnold für die Strecke Kaulsdorf-Berlin ist verloren gegangen. Um deren Abgabe an Hermann Arnold, Kaulsdorf (Ostbahn), Dorfstraße, wird gebeten.

Vorortnachrichten.

Der Etat in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Nach Erledigung einiger kleineren Vorlagen wurde die Debatte über den von unseren Genossen eingebrachten Antrag um Einführung der geheimen Stimmabgabe und Abschaffung des Hausbesitzerprivilegs bei den Gemeindevahlen zu petitionieren, fortgesetzt. Die Redner der beiden jetzt getrennten alten, aus Nationalliberalen bestehenden Fraktionen bekamen sich als begeisterte Anhänger des Hausbesitzerprivilegs mit weit reaktionärerem Redenwortschatz, als man sie selbst von den Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhause zu hören gewohnt ist. Auch von den Liberalen trat der Stadtverordnete Bork im Namen einer kleinen Minderheit seiner Fraktion für die Aufrechterhaltung des Privilegs ein, wobei er sich zu dem Grundsatze bekannte: „Gleiches Recht für alle“, und diesen demokratischen Grundsatze dahin erläuterte, er bedeute nach dem Satze „Jedem das Seine“, jedem ein besonders für ihn angemessenes und passendes Recht. Der Sprecher der Mehrheit der Liberalen versuchte diesen sonderbaren Heiligen mit recht kräftigen Worten abzukübeln. Unser Redner Genosse Dr. Borchardt begnügte sich damit, in wenigen Worten die bescheidensten Momente der Debatte noch einmal hervorzuheben und die grundsätzlichen Gegensätze scharf zu betonen, die unsere Weltanschauung von der der bürgerlichen Parteien trennt.

Der Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe wurde einstimmig, der Antrag auf Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 19 Stimmen angenommen.

Das Hauptinteresse der Versammlung nahm der dann vorgelegte Etat in Anspruch. Der Kammerer wies darauf hin, daß er mit äußerster Sparsamkeit, aber immerhin in ausreichender Weise aufgestellt sei. Der Dispositionsfonds sei mit nur 300 000 M. bemessen gegen bisher fast 600 000 M., an Bauten für Gemeindevschulen seien statt der beantragten 900 000 M. nur 350 000 M. in den Etat eingebracht, das habe aber nicht, man könne ja „vorübergehend“ die Frequenz der Grundklassen erhöhen. Trotz dieser Sparsamkeit reichen die bisherigen Einnahmen nicht aus, der Magistrat schlägt daher die Erhöhung der Einkommensteuer auf 110 Proz. vor, außerdem die Einführung einer Kino- und Lustbarkeitssteuer, von der er eine Einnahme von 175 000 M. bei 25 000 Erhebungskosten erwartet, und schließlich lehnt er jede Revision des Normalzinses für das nächste Jahr ab.

Die Redner der bürgerlichen Parteien stimmten dem Kammerer darin bei, daß man bei der Finanzlage der Stadt von jeder Erhöhung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter absehen müsse, sowie daß man die Lustbarkeitssteuer als annehmbare neue Einnahmequelle in Anspruch nehmen solle. Für sehr bedauerlich erklärte es der nationalliberale Redner Geh. Reg.-Rat Dr. Stadthagen, daß angesichts der hohen Provinziallasten Berlin nicht auch zu diesen Lasten hinzugezogen werde; die Gesetzgebung sollte doch in diesem Sinne zu Ungunsten Berlins geändert werden. Im übrigen war er wie der liberale Redner Bork mit der vom Magistrat geübten Sparsamkeit sehr zufrieden, sie bedeutete an, daß man vielleicht doch die Erhöhung der Einkommensteuer vermeiden könne, man könne die aus der Einkommensteuer zu erwartende Einnahme nicht unbedeutend höher ansetzen, vielmehr auch die Einnahmen des Elektrizitäts- und Gaswerks etwas höher veranschlagen, und so noch einmal mit 100 Proz. Einkommensteuerausgleich auskommen.

Dem Redner unserer Partei, Genossen Dr. Borchardt war es unter diesen Umständen allein vorzuziehen, auf die vielen Mängel des Etats hinzuweisen, auf die vielen notwendigen Ausgaben, die in ihm nicht enthalten sind. Für Straßenpflasterungen sei nichts ausgeplant, obwohl seit Jahren der Spandauer Berg als dringender der Regulierung bedürftig von allen Seiten bezeichnet werde. Der Dispositionsfonds sei viel zu niedrig bemessen. Daß aus dem Ausgleichsfonds 480 000 M. genommen werden sollen, entspreche nicht einer vorläufigen Finanzbehaltung und der Absicht bei der Gründung des Fonds, monatlich zum Ausgleich für mangelnde Ueberüberschüsse dienen zu lassen. Die Ueberüberschüsse des Jahres 1912 betrügen nur 840 000 M. statt der erwarteten Million, infolgedessen müßten aus dem Fonds 180 000 M. genommen werden; daß man ihm mehr entnehmen wolle, sei umso weniger gerechtfertigt, als das Jahr 1913 voraussichtlich fast gar keine Ueberüberschüsse ergeben werde, der Fonds im nächstjährigen Etat also mit einer hohen Million herangezogen werden müsse, die natürlich fehlen werde, wenn man ihn jetzt fast erschöpft. Das Anwachsen der Provinzialsteuern um weitere 200 000 M. sei gewiß bedauerlich,

aber charakteristisch sei es, daß ausgerechnet von nationalliberaler Seite unsere „großstadtfreundliche“ Regierung darauf hingewiesen werde, Berlin deshalb zu schröpfen. Die Erhöhung der Provinziallasten müßten wir umso mehr bedauern, als unsere Vertreter im Provinziallandtag nur einen sehr geringen Einfluß auf die Gestaltung des Etats der Provinz nehmen können — sei doch seit dem Tode des Oberbürgermeisters Schulzebruch nicht einmal ein Vertreter im Provinziallandtag, freilich nicht sowohl durch mangelndes Entgegenkommen der agrarischen Mehrheit des Landtages, als durch die Zerissenheit der Städte selbst, vor allem durch das heimtückische Verhalten der Vertreter von Neukölln.

Ganz unerhört sei die Behandlung des Schuletats durch den Magistrat. Das langsame Vorgehen im Bau von Gemeindevschulen, das jetzt noch mehr verlangsam werden soll, habe bereits dahin geführt, daß die Zahl der in Mieträumen untergebrachten Klassen wieder stark gewachsen sei, auf 79, außerdem seien die stehenden Klassen wieder eine ständige Einrichtung unseres Schulwesens geworden, nicht weniger als 12 solcher Klassen bestehen zurzeit und bei der vom Magistrat empfohlenen Schulpolitik werde ihre Zahl bald noch weiterwachsen. Ganz unverständlich sei es, daß der Magistrat statt der von der Schuldeputation geforderten 25 neuen Klassen nur 15 bewilligen wolle, und daß infolgedessen entgegen dem bereits gefassten Gemeindevbeschlusse auf Schaffung von 12 neuen Lehrstellen nur 5 in den Etat eingestellt seien. Ebenso unverständlich sei, daß die von der Schuldeputation für den Nachhilfeunterricht geforderten 80 000 M. ohne jede Angabe eines Grundes um 30 000 M. gekürzt sind. Es scheint demnach die Absicht vorzuliegen, die zur Debung der Volksschule ergriffenen Maßnahmen ohne jede eingehende Beratung in den zuständigen Deputationen (Schuldeputation und der zur Beratung dieser Maßnahmen eingesetzten Sonderdeputation) ganz nebenbei im Rahmen der Etatsberatung zu hemmen und wieder rückgängig zu machen.

So zeigt der Etat an allen Ecken und Enden ganz unerfreuliche Mängel. Dahin gehört auch der Verzicht auf die Erhöhung der Bezüge der Arbeiter und Angestellten. Die Stadt Charlottenburg ist keineswegs so bankrott, daß die untersten Angestellten sich mit so geringen Bezügen weiter begnügen müssen. Unsere Genossen haben deswegen den Antrag gestellt, die Arbeiter und Angestellten der untersten Einkommensklassen aufzubessern, wobei im allgemeinen ein Einkommen bis zu 1800 M. um 15 Proz., ein Einkommen bis zu 2500 M. um 10 Proz., ein Einkommen bis zu 3000 M. um 5 Proz. erhöht werden soll. Gewiß ist es notwendig, für die geforderten Ausgaben auch Deduktion zu schaffen. Aber die Lustbarkeitssteuer müssen unsere Genossen als indirekte Steuer schon aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Sehr erhebliche regelmäßige Einnahmen können dagegen geschaffen werden durch Einführung einer direkten Wertzuwachssteuer anstelle oder neben der jetzt bestehenden, die den Wertzuwachs nur sehr selten, nur beim Verkauf eines Grundstücks, trifft. Lehnt man solche Einnahmen ab, so bleibt freilich nur der sehr bittere Weg der Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer, der in dieser Zeit schlechten Geschäftsganges gewiß nur schmerzlichen Herzens besprochen werden kann. Etwas anderes wäre es, wenn eine Möglichkeit gegeben wäre, die höheren Einkommen mit stärkeren prozentualen Zuschlägen heranzuziehen als die geringeren Einkommen. Eine Änderung der Gesetzgebung in diesem Sinne entspricht zwar einer selbstverständlichen Forderung der Gerechtigkeit, aber gerade deswegen ist sie in Preußen nicht sobald zu erwarten. Das kann unsere Genossen aber nicht abhalten, die Ausgestaltung des Etats in solcher Weise zu fordern, daß die Erfüllung der notwendigen sozialen Pflichten der Stadt in würdiger Weise ermöglicht wird.

Der Etat wurde dann nebst unserem Antrage auf Aufbesserung der untersten Gehalts- und Lohnstufen und dem Antrag des Magistrats auf Einführung einer Kino- und Lustbarkeitssteuer dem Etatsauschuß überwiesen.

Dichtenberg.

Der Erwerb des sogenannten Jubiläums-Spiel- und Sportplatzes ist nunmehr perfekt geworden. Draußen, auf dem Gelände zwischen der Irenenankalt Herzberge und dem Anschlußgleise, nördlich der Herzbergstraße gelegen, soll er mit rund 20 Morgen Größe einen wirklich ansehnlichen Platz darstellen. Von dem Gesamtgelände werden 9 1/2 Morgen mit 150 000 M. bezahlt, während 297 Quadratrudder städtischer Besitz sind und der Rest, 10,7 Morgen, von dem Eigentümer Ritter kostenlos aufgelassen werden. Das Projekt drohte — wie wir seinerzeit berichteten — daran zu scheitern, daß die Stadt ein zwei Morgen großes Schulgrundstück herausschneiden wollte. Aber auch darüber ist nunmehr eine Einigung zustande gekommen. Damit sind zugleich zwei Projekte gefördert; Dichtenberg erhält neben den bisher angelegten kleineren Spielplätzen einen solchen von größten Abmessungen und für die Angestellten-Siedlung der Großen Berliner Straßenbahn ist ein Schulgrundstück erworben. Was den Spiel- und Sportplatz anbelangt, ist wohl mit Bestimmtheit zu erwarten, daß er in gleicher Weise wie den bürgerlichen, den Arbeitervereinen zur Verfügung steht, denn die Stadtwirtschaft hat in diesem Falle allein über den Platz zu verfügen.

Nach vielen Fährnissen ist es jetzt auch über die Angestellten-Siedlung zu einer endgültigen Regelung gekommen. Sie wird sich demnach zu beiden Seiten der Herzbergstraße an der Siegfriedstraße entlang erstrecken. Wenn die Entwicklung des Orts immer in solch unverantwortlicher Weise von den Hausagariern gefördert würde, dann stünde es schlimm.

Neukölln.

Sonntag, den 8. d. Mts., findet im „Karlsgarten“ ein Elternabend statt, bestehend in Tanz und Aufführungen. Einlaß 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Willkür zum Preise von 15 Pf. (einschließlich Tanz) sind zu haben im Sekretariat, Redstr. 3; Variété Restaurant, Hermannstr. 49; bei Vietz Wildenbrucher, 88; Expedition Kehr, Siegfriedstraße; und Restaurant Bril, Vöhmische Straße, Ecke Schudomastraße. Kinder in Begleitung der Angehörigen frei.

Rittwoch, den 10. Februar: Märchenvorlesung bei Variété, Anfang 5 Uhr. Ende 6 1/2 Uhr. Eintritt frei. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt. Um recht zahlreiche Beteiligung erucht die Spiellkommission.

Charlottenburg.

Die Schneefestigung im Januar d. J. hat der Stadt Charlottenburg rund 40 000 M. Kosten verursacht. Mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit lieh die Verwaltung den Sänen soweit als möglich durch angemessene Pflanzarbeiten in die Schächte der Kanalisation befördern, während die Abfuhr durch Spanne auf das notwendige Maß beschränkt wurde. Demgemäß entfallen rund 21 000 M. auf die an die Pflanzarbeiter gezahlten Löhne, während für die Abfuhr des Schnees durch Spanne nur 7 200 M. für die Bespannung der Sänepfähle 3 800 M. ausgegeben wurden. Es wurden rund 80 000 Kubikmeter Schnee beseitigt.

Steglitz.

Die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht, Steglitz, finden für die Handlungsgesellen am Mittwoch, den 18. März, in der Zeit von 12—2 Uhr nachmittags, und zwar im Rathaus zu Steglitz, Kommissionenzimmer Nr. 2, statt. Wahlberechtigt sind alle männlichen Handlungsgesellen, die am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt, am Orte beschäftigt sind und nicht mehr als 5000 M. verdienen. Die Ausübung des Stimmrechts steht nur den Wahlberechtigten zu, die ihren Namen in die aufzustellende Wählerliste haben eintragen lassen. Der Antrag auf diese Enttragung muß in der Zeit vom 3.—18. Februar schriftlich oder mündlich gestellt werden; später erfolgte Anträge bleiben unberücksichtigt. Der Antrag muß enthalten: Vor- und Zunamen sowie Wohnung und Alter des Antragstellers. Handlungsgesellen haben noch ein Zeugnis ihres Arbeitgebers beizubringen, durch das bestätigt wird, daß sie bei

ihm in Stellung sind. Formulare zu diesen Zeugnissen werden schon jetzt Schloßstr. 88 hier selbst, Zimmer 47, kostenlos verabfolgt. Hier nicht wohnhafte Kaufleute oder Handlungsgesellen haben sich außer dem über ihre Person auszusprechen. Als Ausweis können Geburtsurkunden, Steuerzettel, Militärpapiere u. dgl. in Betracht. Mündliche Anträge, die im Interesse völliger Klarstellung der Wahlberechtigung vor den schriftlichen den Vorzug verdienen, werden an den Wochentagen von 8 Uhr vorm. bis 3 nachm. und von 5—7 Uhr nachm., Sonntags in der Zeit von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags im Hause Schloßstr. 88, Zimmer 47, entgegengenommen. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Handlungsgesellen, Berlin, Münzstraße 20.

Kaulsdorf.

Die Gemeindevertretung hatte sich mit einem Antrage des Hausbesitzervereins zu beschäftigen, der die Stellungnahme zur Novelle des Kommunalabgabengesetzes verlangte. Da bereits in voriger Sitzung die Gemeindevertretung aus eigener Initiative die Ueberwindung einer Petition in dieser Angelegenheit an das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte, so erübrigte sich ein Beschluß über den Antrag. — Das von einem Einwohner gestellte Gesuch, ihm nach üblichem Verlauf eines Tuberkulosefalles die Kosten für die Desinfektion seiner Wohnung zurückzufordern, wurde bewilligt. Unsere Genossen hoben hervor, daß es Sache der Kommune sei, die Desinfektionskosten überhaupt in allen Fällen bis zu einer Mindesteinkommengrenze zu übernehmen; sie würden daher eine Änderung des Ortsstatuts in diesem Sinne beantragen. Der Vertreter der Gemeinde zum Schutzbund Berliner Bauinteressenten wurde abgelehnt, da die Gemeindevertretung im genannten Verbände nicht die zweckmäßigste Vertretung der Bauhandwerkerforderungen erblickt. — Die zunehmende Entwicklung des Ortes macht es nötig, daß an Stelle des einen Waisenratbezirks nunmehr zwei solche geschaffen und daher auch zwei Waisenräte zu wählen sind. Der Gemeindevorstand brachte für den nördlichen Ortsteil Herrn Kaufmann Herzog, für den südlichen Ortsteil und Süd Herrn Antonsdörfer Springhorn in Vorschlag. Von unseren Genossen wurde auf die verantwortliche und gewissenhafte Tätigkeit, die mit einem solchen Posten verbunden sei, hingewiesen und erucht, einen Herrn aus der Lehrerschaft mit dem Amte zu betrauen, da pädagogische Fähigkeiten ein nicht zu unterschätzender Faktor sei. Gemäß unserem Antrage wurde dann Herr Herzog für den nördlichen Bezirk gewählt und der Gemeindevorstand beauftragt, mit Herrn Lehrer Fischer bezüglich des anderen Ortsteiles in Verbindung zu treten. — Die Stadt Berlin stellte den Antrag, der schon erfolgten Verlegung eines Wasserdruckrohrs unter dem Wuhleberg nachträglich zuzustimmen. Nach erregter Debatte, in welcher der Stadt Berlin der Vorwurf gemacht wurde, daß sie bei verschiedenen gemeinsamen Verhandlungen mit Vertretern der Gemeinde Kaulsdorf diese sehr nachsichtig behandelt habe und daß jetzt Gelegenheit sei, die Quittung für ein solches Verhalten auszustellen, wurde beschlossen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, mit Berlin erneut in Verbindung zu treten. Erst nach dem sich ergebenden Resultat der Verhandlungen wird die Vertretung ihren Beschluß fassen. — Weitere Anträge von Anliegern in der Prederer- und Köpenicker Straße, die bessere Straßenbeleuchtung wünschten, wurden der Beleuchtungskommission überwiesen. Ferner wurde eine Kommission ernannt, die mit dem Leiter der freiwilligen Feuerwehr in Verbindung tritt, um die Wünsche der Wehr an die Gemeinde entgegenzunehmen. — Eine von unseren Genossen in der vorletzten Sitzung gestellte Anfrage betreffend fortlaufender Erkrankung von Schulkindern an Pocken wurde vom Schulrat dahin beantwortet, daß ihm nur zwei Fälle zur Kenntnis gekommen seien, die keineswegs die Schließung einer Klasse berechtigten. Leider war aus dem Bericht nicht ersichtlich, ob Herrn Dr. Kögler diese Erkrankungen in seiner Eigenschaft als Schularzt, oder durch seine Privatpraxis bekannt geworden sind. Unsere Genossen hatten mit ihrer derzeitigen Anfrage auch keine Massenschließung beabsichtigt, sondern sie wollten verhindern, daß durch den Schulbesuch erkrankter Kinder die Ansteckungsgefahr vergrößert wird, worunter auch der Schulbetrieb leiden muß. Es wurde nun auf Antrag unserer Genossen der Rektor ersucht, in Zukunft an Pocken erkrankte Kinder vom Schulbesuch durch Dispens fernzuhalten.

Rosenthal.

Das gegen den Schlächtermeister Gaul wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angehängte Verfahren ist jetzt von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Ende Oktober vergangenen Jahres traten Massenerkrankungen auf, deren Ursache Schabefleisch sein sollte, das bei Gaul gekauft war. Wenn auch seinerzeit vom Amtsdorfscheider Dr. Kruse in öffentlicher Gemeindevertreterversammlung die Versicherung abgegeben wurde, daß die sanitären und hygienischen Einrichtungen bei G. einwandfrei seien, strengte die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung an; im Laufe der Zeit fanden sowohl in Niederschöndorfen wie in Rosenthal polizeiliche Vernehmungen statt. Die Ermittlungen haben als Resultat nunmehr zur Einstellung des Verfahrens geführt.

Seinen Posten als Schöffe hat Herr Kemmeris niedergelegt. Als Grund wird angegeben, daß Herr K. an der Ausübung des Amtes durch berufliche Verpflichtungen gehindert ist. Die Wahl eines neuen Schöffen soll bereits in der nächsten Gemeindevertreterversammlung stattfinden.

Verbau.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Franz Spliedt-Berlin über: „Freies Koalitionsrecht und die Frage der Schwarzmaier“. In seiner oft von Beifall unterbrochenen Rede betonte der Referent, daß wenn der Terrorismus durch Gesetze beschränkt werden solle, diese Gesetze nur die Unternehmer treffen könnten, da sie den größten Terrorismus gegen die Arbeiter ausüben. Große Enttäuschung riefen die harten Strafen hervor, von denen streikende Arbeiter getroffen werden, die sich kleine Vergehen zuschulden kommen lassen, dagegen können Streikbrecher die größten Verbrechen ungestraft begehen. Der Vorkühende brachte eine Resolution zur Abstimmung, die einstimmig Annahme fand. Mit einem Appell an die Anwesenden, ihrer gemeinschaftlichen sowie der politischen Organisation beizutreten und die Arbeiterpresse zu lesen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Notawald.

Die Notstandsarbeiten, die wegen des anhaltenden starken Frostes im vorigen Monat eingestellt werden mußten, konnten trotz der inzwischen eingetretenen gelinden Witterung noch nicht wieder in vollem Umfange aufgenommen werden, weil das Auftauen des tiefgefrorenen Erdbodens infolge der Nachfröste nur sehr langsam fortschreitet. Daher ist auch die Zahl der beschäftigten Arbeitslosen, die anfangs etwa 80 betrug, gegenwärtig auf neun gesunken. Diese Reduzierung hat nun in den Reihen der Arbeitslosen vielfach die Vermutung aufstachen lassen, daß die für die Notstandsarbeiten bereitgestellte Summe bereits aufgebraucht sein könnte. Das ist selbstverständlich nicht der Fall, da ja die in Aussicht genommenen Arbeiten, z. B. die Planierung des Müllabladepfades, die Anlegung eines Fußgängerweges in der Gartenstraße, der Regulierung der südlichen Hälfte des Plantagenpfades usw., erst in Angriff genommen sind. Bei weiterem Anhalten der gelinden Witterung hofft der Straßeninspektor bereits in den nächsten Tagen wieder eine größere Anzahl von Arbeitslosen beschäftigen zu können. Bei der Wiedereinstellung werden vor allem solche Einwohner berücksichtigt, die ein Jahr im Orte wohnen, eine starke Familie haben und längere Zeit arbeitslos sind. Die Arbeitszeit ist auf nur 8 Stunden festgelegt; der Verdienst der Beschäftigten ist dadurch zwar ein etwas geringerer, doch können dafür um so mehr Arbeitslose eingestellt werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz. Freitag, 6. Februar, abends 6 Uhr, im Rathauskeller. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

Der neugewählte Vorstand hat sich in seiner Sitzung am 27. Januar 1914 wie folgt konstituiert:

1. Herr August Leip, Arbeitgeber, Vorsitzender.
2. Herr J. v. Marek, Selbstnehmer, stellv. Vorsitzender.
3. Herr Karl Baedler, Arbeitgeber, Schriftführer.
4. Herr Wilhelm Busch, Arbeitnehmer, stellv. Schriftführer.
5. Herr Willi Stolke, Arbeitgeber, Vorstandsmitglied.
6. Herr Albert Beerbaum, Arbeitnehmer, Vorstandsmitglied.
7. Herr Gustav Heinrich, Arbeitnehmer, Vorstandsmitglied.
8. Herr Franz Schulze, Arbeitnehmer, Vorstandsmitglied.
9. Herr Johann Kwiattowski, Arbeitnehmer, Vorstandsmitglied.

Berlin-Mariendorf, 4. Februar 1914.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf u. Umgegend: August Leip, Karl Baedler, Vorsitzender, Schriftführer.

Billiger Fleisch-Ersatz.
Eine bekannte gr. Fabrik, welche **Bouillon-Würfel** mit besonders kräftigem Fleischgeschmack, 5 Stück für 10 Pf., an das Publikum verkauft, sucht in allen großen und kleinen Orten (auch in Dörfern) ordentliche Frauen und Männer, um die Ware dem Publikum ins Haus zu bringen, gegen genügenden Verdienst. Offerten mit Angabe von Empfehlungen unter H. 7224 an Annoncen-Expedition Heinrich Eiser, Hamburg, Alter Steinweg. 280/2

MÖBEL
Stube und Küche M. 250, 275, 300, 650
2 Stuben u. Küche M. 350, 385, 425, 800
Schlafzimmer von M. 250 an in hübscher mod. Ausführung
Küchen in allen Farben von M. 58 an
Kassa-Skonto 5 Proz.
Möbel-Ehrlich
Alte Schönhauser Str. 32

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Kata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Verkäufe.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44
farbfehlende Teppiche flottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärts! Jeher 5 Prozent Extra-Rabatt. 785R

Wandteppichhaus Germania 6.
Spotbilliger Seitenverkauf. Nachverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Auswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Gardinen! Steppdecken! Vorriemen! Vorwärtler! außerordentlich billig! Vorwärtler 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Braun, Vorderer Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet.

Teppichhaus Lebere, Oranienstr. 158, jetzt Inventur-Räumungspreis. Extra-Rabatt gratis. 2031R

Beitenhand 9., Brunnenstr. 70, im Keller. 1300R

Zeichenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und jaggemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärtens von Prof. Hedderger. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (lesterhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Braun, Vorderer Markt 4, Bahnhof Börse. (Jeher des Vorwärts! erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billig, schon von 10 Mark an. Sellmann, Gollnowstr. 26. 208R

Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstr. 158, Extra-Rabatt gratis. 2031R

Monatanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Damen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Jeans von 2,50, sowie für formidabel billigen Preisen. Aus Handarbeiten verarbeitete Sachen kauft man am billigsten bei Frau, Kulostraße 14.

Zutwaispflüger, Jober, Eismann, Rademacher, Spezialfabrik Reichenderstraße 47, Telefon 3 Proz.

Geschäftsverkäufe.
Konfektengeschäft mit Wohnung in bester Lage, zwischen drei Straßen, verhältnismäßig Lütticherstraße 6. 184
Zigarrengeschäft, außerst billig, Richtberg, Neue Bahnhofstraße 22.
Verkauf Obst- und Gemüsegeschäft mit Kolonialwaren wegen Krankheit. Kaufmann, Prinz Handwerkerstraße 70. 163
Parteirotal, gut gehend, mit schönem Vereinszimmer, Regalbau und Garten, wegen Todesfall zu verkaufen. A. Eril, Dönhofsplatz.



Erstklassig!
Unsere "Marine"
Beste 2 Pfg. Cigarette

Plasmon-Kakao
enthält das seit über 15 Jahren außerordentlich bewährte, billigste und beste Eiweißnährpräparat für Körper u. Nerven

Plasmon
Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt) ist reich an Eisen, natürlichen Phosphorverbindungen und anderen wertvollen Nährsalzen, daher unentbehrlich für Schwächliche, Bleichsüchtige, Nervöse, ebenso für die heranwachsende Jugend als Frühstückstrank. — 1/4 Pfund M. 3.00, 1/2 Pfund M. 1.65, 3/4 Pfund M. 0.90, Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao, Eisen-Plasmon.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Musterkollektion d. Plasmon-Präparate gegen Einsendung von M. 1.50 überallhin franko. Ausführl. Broschüre versend. gratis.

Plasmon-Gesellschaft m. b. H.
Neubrandenburg i. Meckl.



PEEK & CLOPPENBURG

Für die Alpenfeste
Trachten-Ausstellung
im II. Stock.
Große Auswahl in allen Teilen.
Verkauf zu niedrigen Preisen.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Angst vor Husten, Heiserkeit, Katarrh brauchen Sie nicht zu haben da Ihnen: **Wybert-Tabletten** Schutz bieten Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M. 1

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinen Rayknoten 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Vertriebshaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche (Farbenschleier) flottbillig. Fabriklager Wauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärts! Jeher zehn Prozent Extra-Rabatt! 1236R

Leibhaus Marienplatz 58a! lauten Sie flottbillig von Kavaliere Kleider, Kostüme, Hübschmütle, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark Große Kisten Pelzhaare in Stuffs, Warden, Netz, Hülsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Auswahl in Herren- und Damen. Gelegenheits-Extra-Angebot in Lombard gegenüber Teppiche, Gardinen, Vorriemen, Betten, Sätze, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Korynplatz 58a I. 194R

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Bodenkasse an, laufende Band- und Teppiche, Gardinen, Vorriemen, Hübschmütle, Steppdecken, Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlsendung. Bestellungen erbitte Postlagerkarte 9, Postamt 102.

Schuhmachermeister, streblam und feinst, erhalten Schuhwaren in Kommission unter den günstigsten Bedingungen. Dycker unter L. 287, Büblers Annenbureau, Kollnhoferstraße 42. 245/17

Geschäftsverkäufe.
Konfektengeschäft mit Wohnung in bester Lage, zwischen drei Straßen, verhältnismäßig Lütticherstraße 6. 184
Zigarrengeschäft, außerst billig, Richtberg, Neue Bahnhofstraße 22.
Verkauf Obst- und Gemüsegeschäft mit Kolonialwaren wegen Krankheit. Kaufmann, Prinz Handwerkerstraße 70. 163
Parteirotal, gut gehend, mit schönem Vereinszimmer, Regalbau und Garten, wegen Todesfall zu verkaufen. A. Eril, Dönhofsplatz.

Restaurant, 24 bis 25 Hefto Hell im Monat, verkauft wegen anderweitiger Übernahme Dultentische 7.

Möbel.
Wohnzimmer für 265 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Bettsofa, modernem Bettstellen mit Matratzen, komplett, modernem Stühlen, modernem Spiegel und Sofa nach Wahl; ferner Kücheneinrichtung (schöneleilig) 52 Mark. Sehen Sie sich die Einrichtung vor! Ankauf genau an, ohne jede Kaufverpflichtung. Möbel-Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2027R

Großer Möbelaufräumverkauf wegen Umbau des Hauses. Schlafzimmer 200,—, 220,—, Wohnzimmer 150,—, 180,—, 210,—, beide Küchen 50,—, 65,—, 70,—, englische Bettstellen 25,—, 35,—, 45,—, Chaiselongues, Büchertische 45,—, 55,—, 65,—, Kleiderständer, Büffets, Umbauten, außerst herabgesetzte Preise. Dresdenerstraße 107—108. 2110R

Hübschöne Wohnungseinrichtung, noch neu, laufend billig. (Gemeinlich.) Kändler verbeten Kollnhoferstraße 57, vorn III rechts. 16/14

Geldheirat nicht mehr nötig. Ich liefere zu Kassapreisen bei geringster Anzahlung und kleinsten Raten nach Vorführung der Käufer komplette Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel unter langjähriger Garantie. Stube und Küche 180,— an, zwei Stuben und Küche 220,— an. Gebrauchte und zurückgegebene Möbel, fast neu, besonders billig. Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Aussperrung, Streit selbstverhandelte Rückkauf, Lieferung und Aufstellung frei Wohnung. Nichtgefallendes umsonst getauscht. Julius Gabbert, Tischlermeister, Adlerstraße 54. Kein Warenbedingungsheft. *

Bequem, Möbel für Stube und Küche, geringste Anzahlung, keine Raten. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2028R

Ruhbaum Wirtschaften unglücklich billig. Moderne Schränke mit Zugschreibern 55 Mark. Bettstellen mit Matratzen 35 Mark. Hübschöne Kleider 60 Mark. Enorm große Auswahl in vier Etagen. Dans Kennert, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe, Vorbringerstraße Nr. 55, Kollnhofer Platz. 2064R

Möbelhandlung Variettenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts!“ Jeher 3 Prozent Rabatt. 800R

Küche „Edwig“! Büffelt dreifach, Anrichte mit Gewürzschrank, Tisch, Handtuchhalter, Kollnhofer, 2 Stühle, prima Emaillelack komplett 85 Mark. Enorm preiswert! Küchenmöbelhaus R. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 25. 2049R

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden kauft bei uns. Krellmann u. Co., Kollnhoferstraße 4. (Eisenhändler Badendol). *

Möbel (Kloster), auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Anzahlung und den allerbequemsten Zahlungsbedingungen. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 2029R

Moderne Wirtschaft, Schlafzimmer 225,—, Wohnzimmer, darunter prachtvolles Büffelt, Schreibtisch, Pianino, Büchertisch, Sofaumbau 38,—, Englische Betten 38,—, Truhen 30,—, Prachtstühle, gewerblich. Köpferstraße 16 I, Ecke. 17/15

Wirtschafterverkauf (Kleinhändler unermesslich!). Robustes Wohnzimmer, Prachtstühle, Pianino, Büffelt, Schreibtisch, Anrichte, Büchertisch, Sofa, Gaskrone, Verghiebene, Köpferstraße 11, vorn I, Ecke.

Musikinstrumente.
Panzerpiano, fast neu, nichtzahlbar zurückgenommen. 270,—, Rentföller Pianofabrik, Juliusstraße 59. 16/15

Kaufgesuche.
Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngelbe, alle Metalle. Bitte Krellmann, nur Kollnhoferstraße 157.
Platinabfälle, alte Goldschmelzen, Feuchgold, Silber, alte Uhren, Feuchgold, Goldschmelzen, Duedelüber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Brod, Edelmetallschmelze, Berlin, Kollnhoferstraße 29, Leipziger Platz 3476. 1927R

Zahngelbe, Goldschmelze, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christian, Kollnhoferstraße 20 a (gegenüber Mantelstraße). 171*

Platinabfälle, Gramm 5,50, Kilogramm 50,—, Silber, Zahngelbe, Stanniol, Hübschmütle, Duedelüber kauft höchstzahlend Kollnhofer, Schmelzerei, Kollnhoferstraße 19 III. 171*

Rohradantwurf, höchstzahlend, Weberstraße 42. 16/15*

Rohradantwurf, Amentstraße 27.
Platin, Zahngelbe, Goldschmelze, Silber, Stanniolpapier, Duedelüber, „Reichschmelze“ Kollnhofer, Brunnenstraße 25. 793R

Kupfer, Kelling, Jint, Jint, Jint, „Reichschmelze“ Cogn, Brunnenstraße 25. 7294R

Briefmarken, Wännen kauft Kollnhofer, Spandauerbrücke 1b. 17/15

Zahngelbe, Zahn bis 1,50 Mark (somme abholen), Platinabfälle 5,70, Kilogramm, Silber, Duedelüber, Goldschmelze, Kollnhofer, Weinbergweg 25, am Kollnhofer Platz. 567R

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Einzel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swients, Liednied, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44R

Tanzorchester, Twostop, Boston, Monatsbeitrag, Herren 3 Mark, Damen 2 Mark. Kollnhofer Postamt 70, Lagerstraße 55.

Verschiedenes.
Eisholz, Komiser, Gropiusstraße 6. 743R
Patentanwalt Seydl, Gollnhoferstraße 94.
Wahnschalt Heinrich Kollnhofer, Kollnhoferstraße 35, nächst Kollnhofer, vier Handbücher, vier Taschenrechner 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Montags. 813R

Patentanwalt Müller, Gollnhoferstraße 16.
Kollnhofer empfiehlt sein Kollnhofer- und Kollnhofergeschäft, Kollnhoferstraße 10.

Vermietungen.
Wohnungen.
Kollnhoferstraße 19 schöne freundliche Wohnungen, Vorderhaus und Seitenflügel, 3 bzw. 2 Zimmer und Küche, Gas um zum 1. April.
2 Keller-Stube und Küche, eine Treppe, mit Kollnhofer, Tauschen und Kollnhoferhaltung Kollnhofer an der Kollnhofer, Kollnhofer Nord, Kollnhoferstraße 4. 17/19

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kollnhoferzimmer. Kollnhofer erblindeter Kollnhofer empfiehlt sich als Kollnhoferzimmer. Kollnhofer, Kollnhofer, Kollnhoferstraße 10.

Silberarbeiter,
die Dreier schlagen können, sofort verlangt.
Adolf Kander,
Dranienstraße 183.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit über Lohn-differenzen und geipert: Holzbearbeitungsfabrik Kollnhofer & Kollnhofer, Kollnhofer, Kollnhoferstraße 61.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittlungsbureau d. gelben „Handwerker-Verbandes“, Zugung ist streng fernzubalten. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Die Mißhandlung des Vereinsrechts.

Reichstag.

206. Sitzung. Donnerstag, den 5. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird bei der Frage des Vereinsrechts fortgesetzt.

Abg. Dr. Jund (natl.):

Wenn auch nur ein Teil der vorgebrachten Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes richtig ist, so läßt diese Handhabung die notwendige Ruhe und Würde vermissen. Aber zur Aufhebung des Sprachenparagraphen liegt kein Anlaß vor, es würde das ein Zurückweichen bedeuten. Auch die Klagen Legiens über die Drangsalierung von Turnvereinen und Gewerkschaften sind unberechtigt; diese Vereine sind doch nun einmal sozialdemokratische Organisationen. Wömelburg hat seinerzeit ausdrücklich gesagt „Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist eins“. Es ist ein Mangel an Offenheit, wenn Sie das immer bestritten. — Ich bin diesmal nicht in der Lage wie früher vor dem Reichvereinsgesetz eine Fülle von einzelnen Mißgriffen unterer Verwaltungsorgane vorzutragen. Gewiß hat sich das Gesetz noch nicht überall eingebürgert, aber eine gewisse Besserung ist doch zu verzeichnen. Es wäre verkehrt, eine große Bewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist — ich meine das nicht im bewundernden, sondern im konstatierenden Sinne (Heiterkeit) — mit Nadelstichen zu bekämpfen. Der Fall Amundsen bedeutet zweifellos einen Fehlgriff. Bedauern würde ich es auch, wenn wirklich ein Verstoß den Satz aufgestellt hätte, das Vereinsgesetz gebe nur die Freiheit Vereine zu bilden aber nicht die Freiheit der Betätigung für diese Vereine. Ich kann mir vorläufig nur denken, daß hier ein Mißverständnis des Abg. Legiens vorliegt. — Wenn Reichsgericht und Oberverwaltungsgericht verschiedene Urteile, muß eine gemeinsame höhere Instanz geschaffen werden. Jedenfalls muß die Frage, die der Antrag Spahn durch Änderung des Gesetzes lösen will, vielmehr den Gerichten zur Entscheidung überlassen werden. In eine Aufhebung der Bestimmungen über die Jugendlischen denken wir gar nicht. Die Beschäftigung mit der Politik ist wirklich nicht so etwas arg Schönes, daß wir sie auch unseren Kindern „gönnen“ sollen. Ich gebe zu, daß in den unbemittelten Klassen das Bedürfnis, sich an volkswirtschaftlichen Fragen zu beteiligen, früher erwacht als bei den Kindern bemittelter Eltern. Aber die Grenze des 18. Jahres ist immer noch früh genug. Wir wollen unsere Jugend von allem „Gift“ möglichst fern halten. Dann ist gestern der Fall Jagow erwähnt worden. Der Reichstag ist zu seiner Kritik zweifellos kompetent. Herr Jagow ist ein typischer Verwaltungsbeamter und seine Entscheidung ist vom preussischen Minister des Innern gebilligt worden. Wir wissen, daß das Vereinsgesetz nicht alle Einflüsse ausschließt, die auf sich vereinende und Versammelte ausgeübt werden können. Aber diese Maßnahme gegen einen Verein, der die Pflege königstreuer Gesinnung, kameradschaftlicher Geselligkeit und ähnliches als seine Ziele bezeugt und politische und wirtschaftliche Betätigung — im Unterschied von dem Londoner Verein — ausschließlich richtet sich doch gegen den Gedanken der Koalition als solchen und das würde nach dem Reichvereinsgesetz nicht zulässig sein. Wir hoffen von der zunehmenden Vorurteilslosigkeit aller Behörden, daß das Gesetz sich immer mehr einleben wird. Eine schändliche und spitzfindige Auslegung billigen wir keinesfalls. Jedenfalls zeigt sich jetzt, daß wir einen schweren politischen Fehler begangen hätten, wenn wir seinerzeit dem Kompromiß nicht zugestimmt hätten, denn das jetzige Gesetz ist zweifellos günstiger als der frühere Zustand. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.):

Es gibt keine bessere Rechtfertigung der Haltung der freisinnigen Parteien im Jahre 1908 als die Bezeichnung des Reichvereinsgesetzes von konservativer Seite als „bitterste Frucht der Blockpolitik“. Tatsache ist leider, daß die unteren nachgeordneten Behörden zum Teil auf einzelne Bestimmungen des Gesetzes geradezu pfeifen. Ist die Rechtsauslegung eine systematisch falsche, so müssen wir zu einer Änderung des Gesetzes kommen. Seine Vorteile werden wir natürlich nie aufgeben. Zu den falschen Rechts- resp. Verwaltungsauslegungen rechne ich den Mißbrauch der Polizeistunde, den Mißbrauch bei Auswahl der Zeitungen zur Bekanntmachung der Versammlungen usw., vor allem auch den Mißbrauch des Disziplinarrechts. Einer Änderung der Bestimmungen über die Jugendlischen können wir dagegen nicht zustimmen. Hier spielt der große Konkurrenzkampf um die Seele der jugendlichen Arbeiter zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine Hauptrolle. Auf beiden Seiten dieselben Medien über die „Vergiftung“ der Jugend. Wer hat nun die richtige Weltanschauung? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir! — Heiterkeit.) Innerhalb des Zentrums liegt man ja auch über „Vergiftungs“erscheinungen. Also mit diesem Begriff sollte gerade das Zentrum sehr vorsichtig sein. Wir wollen unsere Jugend nicht zu Versuchsanstalten für die verschiedenen Gifte machen.

Auch in die Jungdeutschlandbewegung darf keine politische Betätigung hineingetragen werden. Ich gebe zu, daß auch sie mißbraucht wird. Aber die deutsche Turnerschaft ist kein politischer Verband (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Arbeiterturnvereine auch nicht!). Wir wollen die Jugend weder zur Abwehr noch zum Angriff benutzt wissen. Herr Legien sagte ja selbst, wir wollen die Jugend nicht mit Politik vollstopfen. Aber ihre Anträge stehen im Gegensatz dazu. Auf das Schärfste ist es natürlich zu brandmarken, wenn Jugendlische zu Spiegeln benutzt werden oder wenn die Bestimmungen über Jugendlische zu Schikanen gegen die Erwachsenen benutzt werden. (Sehr richtig! links). — Was die Beamtenvereinigungen angeht, so stehen wir da auf dem Standpunkt, daß Reichsrecht über Disziplinarrecht geht. Herr v. Jagow fürchtet ja alles, nicht nur „Die im Schatten leben“. (Sehr gut! links.)

In England händelte es sich um das Streikrecht, das auch wir für die Staatsarbeiter und Beamten nicht wollen. Hier aber handelt es sich um das einfachste Vereinsrecht der Beamten. Der Regierungsvertreter wies auf das Bestehen großer Beamtenvereine hin. Welche Arbeit und Mühe hat es nicht gekostet, sie zu Stande zu bringen! Auch die Schulleute werden noch zu ihrem Recht kommen. Herr v. Jagows Vorgehen kommt lediglich der Sozialdemokratie zugute. (Veh. Zustimmung v. d. Volksp.) Der mit Verweisung an die polnische Grenze bestrafte Schupmann hat in der Schupmannsversammlung die sechs Mißpunkte für das Programm verlesen, vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten, und hat die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser und König von Preußen geschlossen. Und dafür ist er an die polnische Grenze verweist. Was soll denn dieser

unglaubliche Mangel an Vertrauen

an den Beamten! Wir haben die Präventivverbote ausdrücklich aus

dem Gesetze herausgebracht. Die Reberie aller Art sind aber nichts anderes als Präventivverbote. Die Erklärung geschlossener Vereinsversammlungen zu öffentlichen ist ein fortgesetzter Mißbrauch des Vereinsgesetzes. (Sehr richtig! links.) Den Sprachenparagraphen wird die preussische Regierung nicht fallen lassen, ohne ihn wäre das Gesetz nicht zustande gekommen, deshalb haben meine Freunde diesem Kompromißparagraphen zugestimmt. Damit sind wir aber nicht für immer an ihn gebunden. Natürlich läßt die polnische Bewegung sich durch diesen Sprachenparagraphen nicht unterdrücken, und nun kommt die Auslegung, daß geschlossene Versammlungen öffentliche seien. Wir müssen daher statt der Aufhebung des Sprachenparagraphen, die wir doch nicht erreichen, eine authentische Interpretation durch Änderung des Gesetzesbestandes geben. Ein Schulfall für die mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes ist der Fall Amundsen. Ganz abgesehen von der ungeheuren Blamage, die Deutschland dadurch erfahren hat, verbietet der § 12 des Vereinsgesetzes die „Verhandlungen“ in öffentlichen Versammlungen in anderer als deutscher Sprache. Ein Vortrag ohne jede Diskussion ist aber keine Verhandlung (Sehr richtig! links), wenn auch verschiedene Gerichte, allen voran das Oberlandesgericht Marienwerder, gegenteilig entschieden haben. Die Konsequenzen dieser Judikatur sind kaum zu denken. Auch alle Theateraufführungen und Konzerte fallen danach unter den § 12. Ein solcher Mißbrauch ist nicht nur ein Unrecht, sondern auch

eine politische Torheit.

So rügt man nicht das Deutschtum, sondern stellt es bloß. Es ist ein verderblicher Aberglaube, daß man jeden Mißgriff der Behörden in den Grenzbezirken aus „nationalen Gründen“ bedenken müsse. Man erregt dadurch nur Mißstimmung in den nordischen, germanischen Ländern und das Auswärtige Amt hätte alle Veranlassung, solcher Durchkreuzung seiner Politik entgegenzutreten. Das Vereinsgesetz selbst ist an allen diesen Mißbräuchen nicht schuld. Der beste Beweis für die Güte des Vereinsgesetzes ist der Umstand, daß aus allen süddeutschen Staaten nicht eine einzige Klage darüber kommt. Das beste Gesetz wird schlecht durch schlechte Anwendung, wie sie in Ostelbien herrscht. Durch diese Art der Belämpfung von nicht deutschen Bestrebungen ruft man nur Feindschaft, Haß und Verachtung hervor. Wir werden nicht ruhen und röhren, bis diese russische Verwaltungsmaschine vom deutschen und preussischen Boden verschwindet. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dellor (Elfässer):

In Afrika sucht man die Muttersprache der einzelnen Stämme sorgfältig zu erhalten. Was in den Kolonien recht ist, muß auch im Mutterlande billig sein. Bei der Beratung des Sprachenparagraphen verwies uns Herr v. Bethmann Hollweg auf das Wohlwollen der elbschlesischen Regierung. Gesetzliche Garantien sind uns aber lieber als das Wohlwollen einer von Berlin abhängigen Regierung. (Sehr richtig! bei den Elfässern.) Auch kleinen Minoritäten sollte man den Gebrauch der Muttersprache nicht beschränken; man schließt sie dadurch geradezu vom öffentlichen Leben aus. Die Sprache ist auch keineswegs ein Symbol der politischen Bestimmung; eine polnische Rede des Fürsten Radzwill ist sicher lokaler und königstreuer als eine im schönsten Deutsch gehaltene Rede eines Sozialdemokraten. Mit dem Sprachenparagraphen berührt man nur Stolz und Erbitterung. Wir stimmen für seine Abschaffung, auch wegen der Unklarheit des Begriffes öffentliche Versammlung. Auch für die Beseitigung des § 17 stimmen wir, denn wir wollen unsere Jugend der Politik zuführen. Politik ist nicht notwendigerweise Parteipolitik und Parteigang, sondern Politik ist vor allem Bürgerkunde. — Auch in den anderen Punkten sind wir mit den Antragstellern einig und werden für die Anträge stimmen.

Abg. Hansen (Däne):

Ich bitte Sie, allen vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Bei uns wird sogar der Vortrag dänischer Kirchenlieder in Kirchenkonzerten verboten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die norwegische Sprache wird bei uns verjagt. Das Abfingen eines berühmten norwegischen Liedes wurde mit 50 R. bestraft. Ein norwegischer Leutnant wurde ausgewiesen, weil er einen wissenschaftlichen Vortrag über seine Reisen in China und Japan halten wollte. Auf diesem Hintergrund ist das Verbot des Vortrages Amundsen erklärlich, das endlich der weiten Öffentlichkeit die Augen über die bei uns herrschenden Zustände geöffnet hat und das von allen Rednern hier im Hause zu unserer Veremungung aufs schärfste mißbilligt worden ist. Um die Genehmigung des Vortrages hat die veranstaltende Kongregatur deshalb nachgesehen, weil ihr früher das Konzert eines berühmten Sängers in Rendsburg verboten worden war, weil dieser auch einige dänische Volkslieder singen wollte. Das wurde damals erst gestattet, nachdem nachgewiesen wurde, daß die Lieder aus dem 12. Jahrhundert stammten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) All diese Vorgänge beweisen, welcher Mißbrauch von einigen Verwaltungsbehörden mit der sogenannten dänischen Agitation getrieben wird. Die Behauptung der „Korred. Allgem. Ztg.“, daß seinerzeit der Vortrag dänischer Volkslieder in dem erwähnten Fall zu deutschfeindlichen Kundgebungen mißbraucht worden sei, ist eine grobe Unwahrheit und wenn diese Behauptung des offiziellen Blattes sich auf Verichte von Verwaltungsbeamten stützt, eine wissenschaftliche Unwahrheit. (Hört! hört!) Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagraphen kann nur Haß und Erbitterung erzeugen, wird aber nie zur Germanisierung der Grenzländer beitragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Geschlossene Vereine im eigentlichen Sinne gibt es auch bei uns nicht mehr. Schon die Möglichkeit, daß Jugendlische anwesend sein können, gibt der Polizei die Handhabe, in solche Versammlungen einzudringen. Die Autorität der Behörden wird durch solches Vorgehen nicht gestärkt. Das Ansehen Deutschlands im Ausland wird dadurch geradezu geschädigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Regierungsvertreter hat sich die Sache gestern sehr leicht gemacht. Er meinte, gegen die Gerichte und der Exekutivbeamten der Einzelstaaten hätten die Verbände der Regierungen keine Macht. Herr Jund gebe ich ohne weiteres zu, daß z. B. für Mecklenburg das Reichvereinsgesetz Fortschritte gegen den früheren Zustand gebracht hat. Aber das Reichvereinsgesetz hat doch zwei Mängel, die so schwarz sind, daß die gewiß vorhandenen Fortschritte viel glänzender sein müßten, um die Flecken auszugleichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das frühere preussische Gesetz war zweifellos besser als das Reichvereinsgesetz. Gewiß legte es Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, die Verpflichtung auf, das Verzeichnis ihrer Mitglieder der Polizeibehörde zu überreichen. Das war gewiß eine Belastung für die Vereine, aber eine noch viel größere für die Polizei. So wurde der Fabrikarbeiterverband in Hannover eines Tages für einen öffentlichen Verein erklärt. Der Vorstand reichte darauf ein Verzeichnis der Namen seiner Mitglieder bei der zuständigen Polizeibehörde ein. Es fanden darauf über 100 000 Namen. Sie können sich denken, was für zweifelhafte Gesichter die Polizeibeamten in Hannover machten. (Sehr richtig!) Also von dieser Bestimmung hätte die Polizei zweifel-

los bald ebenso wenig Gebrauch gemacht, wie man das in England gegenüber nicht brauchbaren Gesetzen tut. Ferner war im preussischen Gesetz ein schwerer Mangel die völlige politische Entrechtung der Frau. Aber da bei der wachsenden politischen Betätigung der Frau alle Parteien ein Interesse an der Beseitigung dieser Bestimmung hatten, hätten sie sich doch nicht mehr lange halten können. Demgegenüber stehen nun im Reichvereinsgesetz die beiden bedenklichen Bestimmungen des Sprachen-Paragraphen und des Jugendlischen-Paragraphen. Ich nehme von Ihnen allen an, daß Sie Ihre Muttersprache lieb haben. Aber wer das hat, muß sich auch vergegenwärtigen können, wie einem anderen zumute ist, dem der Gebrauch seiner Muttersprache an irgendeiner Stelle verboten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei allen Brutalitäten, die deutschen Minoritäten gegenüber im Auslande verübt werden, becuft man sich auf diesen Sprachenparagraphen. Wir angeblich antinationalen Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt: Jeder muß seine Muttersprache lieben, aber er muß die Muttersprache jedes anderen achten. Deshalb werden wir nicht ruhen, bis der Sprachenparagraph, der die Muttersprache von nationalen Minderheiten nicht achtet, fällt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Paragraph ist nicht etwas, wie Herr v. Witt meinte, aus nationalen Erwägungen hervorgegangen, sondern er ist in das Gesetz gekommen

auf Betreiben der westfälischen Großindustriellen,

die damit erreichen wollten, daß man an die unglücklichen fremdländischen, schlechtbezahlten und kein Wort deutsch verstehenden Arbeiter, die Sie, die nationalen Männer, im Interesse größerer Profits nach Deutschland hineinschleppen, nicht mit der Ausflüchtigung berantläme, damit sie nicht höhere Lohnforderungen stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wären die deutschen Arbeiter sämtlich wirtschaftsfreudlich, Weibe, sie könnten sich in alle Ewigkeit in ihren Versammlungen unterhalten, in welcher Sprache sie wollten. Herr Jund meinte, es wäre politisch bedenklich, den Sprachenparagraphen jetzt zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß seine staatsmännlichen Fähigkeiten die meinigen ganz erheblich übersteigen, aber ich bin doch froh darüber, daß ich kein Staatsmann bin, wenn das wirklich Staatskunst ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Für mich ist die beste Staatskunst, gerecht zu sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Meitin meinte, die Aufrechterhaltung des Sprachenparagraphen sei notwendig, weil die Polen sich vor Gericht verstellen, als ob sie nicht deutsch verständen. Ich weiß nicht, ob er irgendeine fremde Sprache spricht. Aber er mag sie noch so sehr beherrschen, wenn er als Zeuge oder gar als Angeklagter vor Gericht stünde, würde er doch den größten Wert darauf legen, in seiner Muttersprache reden zu dürfen. Das wird keine Verstellung, sondern ein sehr begreiflicher Wunsch sein. Und wenn wirklich die Verstoßtheit der Polen die Wirkung des Sprachenparagraphen wäre, dann wäre dies der beste Beweis, daß der Paragraph nichts taugt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann zu den Jugendlischen. Ich teile den Standpunkt Legiens, wir wollen die Jugend nicht politisieren. Nun meinte der Regierungsvertreter, das sei ganz der Standpunkt der Regierung, man merkt ihm ordentlich die Freude darüber an, einen Gesinnungsgenossen auf der früheren Wirtel zu finden. (Heiterkeit.) Aber es besteht doch zwischen uns und der Regierung ein kleiner Unterschied. (Heiterkeit.) Ich habe vor einigen Jahren eine sehr gute Ausflüchtigung über diese Frage gelesen. Da hieß es, es sei nicht angebracht, daß die Jugend allzu früh mit Politik beschäftigt werde, aber noch weniger, mit Strafbestimmungen die trotzdem politisierende Jugend zu verfolgen. Das Verbot des Versammlungsbefehls und des Anschlusses an Vereine sei ganz nutzlos, denn es gäbe noch viele andere Möglichkeiten, die Jugend politisch zu beeinflussen, und solche Bestimmungen führten nur zu höchst lästigen Eingriffen in das Familienleben. Diese höchst verständige Ausflüchtigung hat Befanden in der Begründung zum Entwurf des Reichvereinsgesetzes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat auf diesem Gebiete gründlich umgelernt. Das Eingreifen, das ihr 1907 so lästig erschien, wird heute kräftig geübt. Junge Leute, die politische Versammlungen besuchen, sind

geleitet auf die Polizei gebracht

worden, mit Polizeihunden verfolgt, als Angeklagte vor Gericht gebracht worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, solche jungen Leute werden den Haß gegen diejenigen ihr Leben lang nicht los werden, die sie in dieser Weise drangsalieren. Unsere freien Jugendorganisationen wollen die Jugend nicht politisieren. Sie wollen das Wissen der jungen Menschen vermehren. Das haben diese ehemaligen Volksschüler wirklich nötig, von deren Wissen das Goethesche Wort gilt: „Was man nicht weiß, das eben braucht man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen die jungen Leute fernhalten von der Strafe, vom Besuch der Kinos, vom Theater, von der Kneipe. Wir wollen die Kunst in ihr Leben hineinleuchten lassen, wollen ihnen die Kenntnis der Werke unserer unterirdischen Denker und Dichter vermitteln, die heute für sie begrabene Schätze sind. Wir wollen die Freude an der Natur in ihnen wecken. Die freie Jugendorganisation unterscheidet sich dadurch sehr vorteilhaft von den bürgerlichen Jugendorganisationen, insbesondere vom Jungdeutschlandbund. Gewiß, auch dieser führt die jungen Leute hinaus in Wald und Feld. Ich habe sie auch draussen gesehen, aber ich habe den Eindruck gehabt, daß sie sich das Feld nur daraufhin angesehen haben, ob irgendeine Terrainschleife da und gegen einen fingierten Feind bot, und den Wald draushin, ob man unter dem Schutz seiner Bäume an den Feind heranschließen könne. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese militärischen Übungen halte ich für einen ganz unglücklichen Anflug. Die freien Jugendorganisationen wollen die proletarische Jugend allerdings auch stark und mutig machen; sie wollen, daß die jungen Leute, wenn sie herangewachsen sind, Taten durch das Leben ziehen, wollen ihnen freilebige Gesinnung heibringen und proletarische Weltanschauung. Das heißt aber nicht sozialistische Weltanschauung, leider sind durchaus nicht alle Proletarier Sozialisten. Die proletarische Weltanschauung besteht darin, daß der einzelne sich bemüht wird, daß er allein völlig machtlos ist und nur im Anschluß an seine Klassenengenossen eine Macht bedeutet. In den bürgerlichen Organisationen liefert man die jungen Leute den Rudern aus und den elenden Hehren, deren perverse Phantasie nach Krieg und Massenmord lechzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Judikatur über das Reichvereinsgesetz rechtfertigt alle Befürchtungen, die wir früher ausgesprochen haben. Das schlimmste sind die Entscheidungen über das Verhältnis des Landespolizeirechts zum Reichvereinsgesetz. Die Väter des Gesetzes haben zweifellos geglaubt, den § 1 so gefaßt zu haben, daß Vereine und Versammlungen gegen ein Einschreiten aus landespolizeilichen Gründen geschützt sind. Mit dürren Worten verkündet der Absatz 1 des § 1 die Ausschließlichkeit des Reichvereinsgesetzes, d. h. den Grundsatz, daß das Vereins- und Versammlungswesen in politischer Beziehung nur den in diesen und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen unterliegt. Zur Vorsicht hat man im Absatz 2

nach gesagt, daß auch die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts nur Anwendung finden, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer handelt. In der Praxis wird dieser Absatz völlig übersehen, selbst vom preussischen Oberverwaltungsgericht. Die Väter des Vereinsgesetzes waren der Meinung, daß eine Ueberwachungsbehörde der öffentlichen Versammlung in Zukunft nicht mehr möglich sei. Das sächsische Oberverwaltungsgericht steht auf anderem Standpunkt. Es hält alle öffentlichen Versammlungen für überwachbar. Ferner sind die preussischen Polizeibehörden der Meinung, daß es ein Präventivverbot noch gibt, und das Oberverwaltungsgericht gibt ihnen recht, trotz der

gegenteiligen Erklärung des jetzigen Reichsanzlers

bei der Beratung des Gesetzes. Man sagt allerdings, die Polizei dürfe ein Präventivverbot nur dann erlassen, wenn sie auf Tatsachen gestützt annehmen könne, daß eine Versammlung oder ein Verein den Gesetzen zuwiderlaufe. Nun, was die Polizei alles annimmt, dafür haben wir ja ein klassisches Beispiel erhalten. Die Berliner Schutzleute haben einen gefälligen Verein gegründet, und weil sie davon dem Polizeipräsidenten vorher keine Kenntnis gegeben haben, hat er sofort angenommen, daß sie sich zu disziplinarischen Zwecken koalieren wollen. Das Verwaltungsgericht nimmt weiter an, daß unter der Herrschaft des Vereinsgesetzes eine Ausnahmepflicht der Vorstände politischer Vereine noch besteht, obwohl die Väter des Gesetzes sie aus dem Gesetz haben herauswerfen wollen. (Sehr richtig! links.) Die Väter waren ferner der Ansicht, daß die Auflösung von Versammlungen aus anderen, als den im Gesetz angegebenen Gründen verboten sei. Das Oberverwaltungsgericht tut, als ob wir nie ein Vereinsgesetz gehabt hätten. Gewiß gibt das Gesetz zu Beschwerden Anlaß, die meisten Beschwerden werden jedoch durch die Exekutivbeamten veranlaßt, die das Gesetz von Jahr zu Jahr härter mißhandeln. Sie tragen auch die Schuld an den falschen Entscheidungen der Gerichte, die ja immer erst gegen sie angerufen werden. Das wäre nicht möglich, wenn die Polizeibehörden sich an die Versprechungen des Reichsanzlers hielten, das Gesetz solle loyal angewendet werden. Der Reichsanzler erklärte, daß die Saalabreiterei gegen das Strafgesetzbuch verstoße. Trotzdem steht sie im schönsten Flor und kein Staatsanwalt kümmert sich darum. Der Reichsanzler, damals Staatssekretär, gelobte bei der Beratung des Gesetzes hoch und teuer, Versammlungen politischer Vereine sollen nicht mit öffentlichen Gleichgestellten werden, er denke nicht daran, der Polizeibehörde das Recht der Ueberwachung von Versammlungen politischer Vereine zu geben. Die Polizeibehörde kümmert sich nicht darum. Der Staatssekretär erklärte bei der Beratung des Gesetzes, er werde nicht den Versuch machen, durch künstliche Auslegung nichtpolitische Vereine zu beschränken. Trotzdem werden unter den haarsträubendsten Begründungen Gesang-, Turn- und Sportvereine für politisch erklärt, und die Herren Jung und Dr. Müller billigen das sogar. Haben sich denn die Gewerkschaften seit 1908 in ihrem Charakter verändert? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) 1908 erklärte doch der Staatssekretär, die Gewerkschaften sollen nicht unter die Beschränkung politischer Vereine gebracht werden.

Freilich, Kanzler kommen und gehen, aber die zu Schranken neigenden Polizeibehörden bleiben.

Der Hauptfehler ist der Mangel einer Definition für politische Vereine in dem Gesetz. Zwei Jahre nach der Revolution, im Jahre 1850, wurde in der Begründung zu der aufgetriebenen preussischen Verordnung eine viel einschneidendere Definition gegeben; danach sollten politische Vereine lediglich solche Klubs sein, die den Kern politischer Agitation bilden. 80 Jahre später gibt man eine Definition, die einfach jeden Verein schutz- und wehrlos der Polizei preisgibt. Glaubt denn irgendjemand, daß die Gewerkschaften und die Sportvereine die sozialdemokratische Politik machen? Das geschieht in unseren politischen Organisationen und die Gewerkschaft oder der Sportverein, der da hineinreden wollte, würde sein blaues Wunder erleben. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon manchen Politiker Turn- und Sportvereine machen sehen (Heiterkeit), aber Barren und Red habe ich bisher für unpolitisch gehalten. Das Empörendste an der Sache ist das zweierlei Maß. Antisemitische Turnvereine, Kriegervereine dürfen Politik treiben soviel sie wollen. Der Zentralverband der Industriellen ist doch im höchsten Maße politisch, da er ja offen ausgesprochen hat, er wolle sich durch Geldzuwendungen die nationalliberalen Fraktionen der Parlamente unterwerfen. Darum kümmert sich die Polizei nicht. Auch den Jungdeutschenbund läßt man frei schalten, der sich in viel höherem Maße politisch betätigt als die Arbeitersportvereine. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Empörend ist auch das Herausjucken der Gerichtsentscheidungen. Das Oberverwaltungsgericht z. B. spricht aus, daß der Sprachenparagraf für wissenschaftliche Vorträge nicht gelte. Das Schöffengericht in Schwab sagt das Gegenteil, für die Polizeibehörde gilt nur das Schöffengericht in Schwab. Wenn aber das Oberverwaltungsgericht sagt, unter Umständen sind auch Vereinsversammlungen meldepflichtig, so ist nun plötzlich wieder das Oberverwaltungsgericht maßgebend. Und von was für

politischen Fanatikern

wird die Polizeimacht gehandhabt. Ein schlechter Antisemite glaubte einem Gericht, das sich mit Vergewaltigen gegen das Vereinsgesetz beschäftigte, vorschreiben zu können, den einen Angeklagten solle es hant, den anderen milde anlassen. Der Mann hat den Befähigungsnachweis zum Polizeipräsidenten von Berlin erbracht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt Dienerin der Staatsbürger zu sein, verfolgt die Polizeibehörde die Bestimmungen, die sie für schlimmer hält als strafbare Handlungen. Sie ist von tiefstem Mißtrauen gegen die Bevölkerung besetzt; dies Gefühl entspringt dem Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit, es geht aus dem Bewußtsein hervor: wir regieren so miserabel, daß die Menschen sich ja zusammen tun müssen, um uns zu beistimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Erfahrungen mit dem Kulturkampf, mit der Polenbekämpfung nützen da nichts. Wir verlangen Schutz gegen diese polizeilichen Schikanen, und die Regierung antwortet, wir können den Schutz nicht geben. Ist die Regierung so schwach, dann hätte Herr v. Bethmann Hollweg das Versprechen liberaler Handhabung des Gesetzes nicht geben dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Aber die Regierung ist gar nicht so einflußlos. Zunächst findet sie hier eine Mehrheit, um das Gesetz liberaler auszugestalten. Dazu sind ja unsere Anträge gestellt. Noch einen anderen Weg hat die Regierung. Der Reichsanzler hat doch gute Beziehungen zum preussischen Ministerpräsidenten. Er kann ihn ersuchen, unter diejenigen Polizeibehörden, die seine Verheißungen so mißachten, mit einem quos ego zu fahren. Das feste Zugreifen, das er im Elsaß versprochen hat, ist in Preußen notwendiger. Der Reichsanzler muß dem Ministerpräsidenten sagen: Ich verbitte mir auf das Entschiedenste, daß durch die Praktiken der preussischen Behörden der Ansehen erweckt wird, als ob ich das Wort meines deutschen Reichstages für das Vereinsgesetz erschlichen habe. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Freilich sind die Nagow's sehr mächtig. Aber wenn der Reichsanzler fürgen würde über den Versuch, seinen Versprechungen Geltung zu verschaffen, so würde das a. D. hinter seiner Antisemitisierung ein in höchstem Maße schmerzhaftes Beiwort sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Zentr.):

Herr Jung nannte das neue Vereinsgesetz besser als das alte. Welches alte meinte er? Billehrt das badische? Da scheint ich ihm nicht zu. Aber auch das alte preussische Vereinsgesetz hatte keinen Sprachenparagrafen. Und was dieser Paragraf für Unheil geschaffen hat, darüber hören wir ja die

beweglichsten und berechtigten Klagen. Auch in Bezug auf die Jugendlichen war das frühere preussische Gesetz besser. Auch das frühere württembergische Vereinsrecht war besser. (Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): Da herrsche Willkür!) Ach nein! Die württembergischen Behörden hüten sich vor Willkür, die im Gesetz keine Grundlage findet, weil der württembergische Landtag das nicht dulden würde. Das ist eben der Unterschied zwischen württembergischen und preussischen Behörden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Herr Müller-Reiningen freute sich noch heute über das Gesetz und sagte, er würde es heute wieder machen, wenn es nicht bestände. Seine Freude ist doch wohl gemischter Natur, sonst hätte er nicht so blutige Tränen über das Vereinsgesetz geweint. (Lebhafter Beifall und Sehr gut!) Der Herr Regierungsvertreter meinte, die Klagen richten sich jetzt nicht gegen die Polizeibehörden, sondern gegen die Gerichte. Diese sind doch nur auf Grund von Beschwerden gegen die Behörden mit der Auslegung des Vereinsgesetzes befaßt worden. Früher glaubte man, bei den obersten Gerichten Recht gegen die Polizeibehörden zu finden. Jetzt aber hat man die allererhöchsten Entscheidungen, so daß

eine allgemeine Rechtsunsicherheit

entstanden ist. Deshalb muß das Gesetz geändert werden. Der Ministerialdirektor Lewald freilich meinte, die Rechtsunsicherheit sei geringe. (Heiterkeit.) 1908 hat Herr v. Bethmann Hollweg ausdrücklich zugesichert, die Beamten sollen das Vereins- und Versammlungsrecht haben. Wie kann man da den Berliner Schutzleuten das Recht bestreiten, einen Verein zu bilden. Die Satzungen des zu gründenden Vereins waren anerkanntermaßen harmlos. Eine Betätigung konnte der Verein nach nicht einfallen, denn er wurde ja vorher verboten. Wie kann man also dieses Verbot rechtfertigen? (Zustimmung i. Zentr.) Daß die Freisinnigen die Bestimmungen über die Jugendlichen nicht aufgeben wollen, begreife ich, ihr Kind ist aber inzwischen nicht schöner, sondern älter und häßlicher geworden. (Heiterkeit.) Was den Sprachenparagrafen anlangt, so geht man jetzt soweit, selbst rein wissenschaftliche Vorträge zu verbieten. Mit der Behandlung Unwissenden haben wir im Ausland sicher keine Vorbeeren gemeint. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, „soweit die deutsche Junge Klingt“, soll alles deutsch sein. Aber in den Grenzländern klingt eben eine fremde Zunge, und man soll diesen mit Gewalt zu Deutschen gemachten Bevölkerungsteilen nicht nachträglich ihr Naturrecht des Gebrauchs der Muttersprache nehmen. Es handelt sich hier um ein preussisches Ausnahmegesetz, das die Nationalliberalen und Freisinnigen gemacht und für das sie verantwortlich sind. Hier muß keine authentische Interpretation, zu der die Regierung auch gar nicht bereit ist, sondern das Unrecht muß ganz beseitigt werden. Ich bin fest überzeugt, ohne den Germanisationszwang wären wir mit der Germanisierung viel weiter. Der Zwang ruft erst den Widerstand hervor. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Lewald:

Man kann nicht, wie Herr Landsberg das wollte, aus dem preussischen Gesetz nur das herausnehmen, was einem un bequem ist und das übrige behalten. Damit wäre man dann zu keiner Einigung gelangt. Ganz übersehen hat er den großen Fortschritt, der in der Vereinheitlichung des Vereinsrechts liegt. Entschieden bestreiten muß ich die Behauptung des Abg. Müller-Reiningen, daß die preussischen unteren Verwaltungsbehörden auf das Gesetz pfeifen, also es betruht mißachten. Fehler kommen in einem so großen Staatswesen natürlich vor, aber der Minister des Innern hält streng auf Einhaltung des Gesetzes. — Wenn Dänen nicht zu Vorträgen in Deutschland zugelassen werden, so ist das eine Angelegenheit der Fremdenpolizei und hat mit dem Vereinsgesetz nichts zu tun. — Der Jungdeutscherbund treibt keine Politik. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie mühten denn meinen, daß es Politik wäre, wenn man die jungen Leute zu nationaler Bestimmung erzieht. (Bravo! rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Zum Beweise, daß es sich bei den Arbeiter-Gesangvereinen z. B. um politische Vereine handelt, verweise ich darauf, daß man in Versammlungen des vierten Berliner Wahlkreises scharf getobt hat, daß der Parteigeist in diesen Vereinen nicht genügend gepflegt werde. (Hört! hört! rechts.) Wo ist in Versammlungen des Jungdeutscherbundes je von Partei die Rede gewesen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Von der sozialdemokratischen Partei.) — Was den Erlaß betreffend die Schugmannschaft angeht, so bleibe ich dabei, daß den Schutzleuten als nur militärisch organisierter Mannschaft nicht dasselbe Vereins- und Versammlungsrecht zuerkannt werden kann wie anderen Beamten. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Trampczynski (Polc):

Der Reichsanzler hat sich verpflichtet für die Durchführung des Vereinsgesetzes zu sorgen. Daher sollte ihm sein Ehrgefühl verbieten, noch einen Tag länger im Amte zu bleiben. In den polnischen Provinzen erlauben sich die Beamten und gegenüber jede Niedertracht. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung.) Somit ganz gerecht denkende Richter verlieren nach meiner Erfahrung als Rechtsanwalt in politischen Prozessen jede Objektivität. Die Berufung auf die Jubilatur hat deshalb keinen Sinn, weil diese ganz widerspruchsvoll ist; es herrscht auf diesem Gebiete völlige Anarchie. Wir verlangen deshalb, daß eine einheitliche höchste Instanz für Urteile auf dem Gebiete des Vereinsrechts geschaffen wird. — Für uns Polen war der Zustand unter dem preussischen Vereinsrecht viel besser als jetzt unter dem Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes. Wir werden allerdings Mittel und Wege finden, um trotz aller Kabelleitpolitik an unserer Rationalität festzuhalten. (Bravo! bei den Polen.) Aus den Ausführungen der konservativen Redner geht hervor, daß den Herren jedes Rechtsgefühl fehlt, daß die Voraussetzung für das Zusammenleben zivilisierter Personen ist. (Sehr richtig! bei den Polen. Unruhe rechts.)

Abg. Weding (Welfe):

Auch wir Ruypreußen haben über die Handhabung des Vereinsgesetzes zu klagen. Mißbrauch der Polizeistunde, der Bestimmungen über die Bekanntmachung von Versammlungen kommt auch bei uns vor. Eine Novelle zum Vereinsgesetz wäre daher dringend notwendig.

Abg. Fürst v. Radziwill (Polc):

Es konnte keine bessere Begründung für unsere Resolution geben als die Ausführungen des Regierungsvertreter. Wenn das Gesetz Preußen die Möglichkeit gibt, es im Interesse seiner Polenpolitik auszunutzen, so ist das die schärfste Beurteilung des Gesetzes. (Sehr wahr! bei den Polen.) Auch von Gesetzen gilt das Wort: „An ihren Früchten soll ihr sie erkennen.“ Den haarsträubenden Zuständen, zu denen der Sprachenparagraf geführt hat, muß endlich ein Ende gemacht werden. Deutschland hat im vorigen Jahre eine große nationale Feier begangen. Im nächsten Jahre feiern wir Polen das hundertjährige Jubiläum der Wiener Kongresse, die den Polen eine Sicherung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten, vor allem ihrer Sprache, zuerkannte und zwar in feierlicher Weise aus der Initiative der beteiligten Monarchen heraus. Nicht formal will ich auf die Wiener Akte rekurrieren, aber ich möchte einen Vergleich ziehen zwischen den ethischen Gefühlen, die damals den Wiener Kongress bewegten und dem was heute uns Polen aus deutschem Rechtsgrunde zugefügt wird. Es ist ein beschämendes Gefühl, daß nach 100 Jahren im Deutschen Reichstag nicht mehr Gedächtnis für das was damals die Monarchen als gerecht empfunden vorhanden sein sollte. (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

Staatssekretär Delbrück

stellt einer Bemerkung des Abg. v. Trampczynski gegenüber fest, daß er mit den Ausführungen des Geheimrats Lewald voll

übereinstimme. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Daran haben wir nie gezweifelt! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.):

Wenn wir das Vereinsgesetz 1908 nicht gemacht hätten, wäre ein viel schärferes Gesetz gegen die Polen gemacht worden. — Herr Gröber frage ich: warum hat das Zentrum nicht, als es noch ganz im Fettsch, ein besseres Gesetz gemacht? Freilich, von Herrn Gröber stammt ja das aller-miserabelste Gesetz das wir haben, das Diätengesetz.

Abg. Gröber (Z.):

Wenn ein Gesetz voll seinen Zweck erreicht hat und eine Wohltat für die Kinderbarmittel ist, so das Diätengesetz. Wenn aber ein Gesetz durch seine freisinnigen Bestimmungen gemeinschädlich gewirkt hat, so das von dem Abg. Dr. Müller-Reiningen gemachte Vereinsgesetz. (Sehr gut und Heiterkeit im Zentrum.) Im übrigen macht Abg. Müller-Reiningen von dem „miserablen“ Diätengesetz jeden Monat selbst den angenehmsten Gebrauch. (Schallende Heiterkeit!)

Die Debatte schließt. Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.) (persönlich): Ein Verzicht auf die Diäten ist unmöglich, das weiß Herr Gröber. Abg. Gröber (Z.): Herr Müller hat diesen angenehmen Paragrafen mit akzeptiert. (Große Heiterkeit.) Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß der Abg. Salem (Sp.) sein Mandat niedergelegt hat. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr pünktlich. (Vorher kurze Anfrage und Abstimmung über die Resolutionen und Anträge, Wahlprüfungen.) Schluß 6/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung, Donnerstag, den 5. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Befeler.

Der Justizetat.

Dr. Rangow (Sp.):

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ hat den Anwaltsstand schwer beleidigt, alle Instanzen der Anklagebehörde haben aber die Erhebung der öffentlichen Anklage abgelehnt, weil in der Hauptverhandlung möglicherweise Verlesungen einzelner Rechtsanwältige zur Sprache kommen könnten. Wir fordern, daß der Anwaltsstand den gleichen Schutz genieße, wie alle anderen Stände. (Zustimmung links.) Im Fall Anittel stimme ich ganz mit dem Abg. Jäschert überein. Der Gleitwiger Vorsitzende hat aber auch die Urteilsbegründung a. h. s. i. l. l. anders vorgetragen, als sie beschlossen worden war. Er gab zu erkennen, daß er Herrn Mittel, diesen Ehrenmann, der nur sein Recht verfolgte, die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht zuerkennen würde. Die Strafen für Verleumdungen sind jetzt schon hoch genug, da z. B. jemand, der das Wort „Streifbrecher“ gerufen hat, deswegen allein zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine übermäßig hohe Strafe. Wir wünschen einen ständigen Wechsel der Richter in den Strafakammern, da sonst eine schematische Verteilung der Schuld- und Straffragen eintreten kann. In Berlin-Tempelhof hat der Vorsitzende eines Gerichts zwei Zeugen, die konfessionslos waren, die Glaubwürdigkeit aberkannt. In Potsdam weigerte sich ein Zeuge, den Eid zu leisten, da er nicht an Gott glaube, worauf ihm der Vorsitzende erklärte: „Schwören Sie nur“. Eine solche Auffassung muß gerade den religiös Empfindenden un erträglich sein. Wir fordern, daß die neue Strafprozessordnung eine Eidensformel ohne Gottanrufung einführt. — Der Redner wendet sich ferner gegen Urteilsbegründungen, deren stilistische Fälschung in dem berühmten Juristendeutsch gehalten und dem Laien daher unverständlich ist. Wir danken dem Minister für die Errichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Aber wir wenden uns dagegen, daß wirkliche Kunstwerke eine gerichtliche Verfolgung erfahren. Wir fordern auch für dieses Gebiet eine Aenderung des Strafrechts. (Lebhafter Beifall links.)

Justizminister Dr. Befeler:

Was den Fall Anittel betrifft, so hob ich bereits gestern hervor, daß nicht der Inhalt der Urteilsbegründung, wie sie der Vorsitzende des Gleitwiger Gerichts mündlich verkündigte, sondern lediglich ihre Form zu beanstanden sei. Was den Dortmunder Fall betrifft, so mußte es gerade der Anwaltschaft erwünscht sein, daß dieser Prozeß nicht zustande kam. (Widerspruch links.) Nach dem Gesetz müssen auch konfessionslose bereidigt werden; aber die Bewertung dieses Eides ist natürlich Sache des Vorsitzenden. Was den Angriff des Vorredners auf die Justiz hinsichtlich der Verbreitung von Kunstwerken durch Postkarten betrifft, so soll durch die gerichtliche Verfolgung nicht die Kunst selbst, sondern lediglich der Mißbrauch der Kunst getroffen werden. (Beifall rechts.) Ein jeder kann überall die Reproduktionen solcher Kunstwerke in den Läden kaufen. Aber es ist doch bezeichnend, daß die in Frage stehenden Postkarten in langen Reihen öffentlich ausgedrängt werden und daß die Unternehmer erklären, daß sie nur an solchen Karten etwas verdienen. Wenn also diese Bilder nur von einem solchen unglücklichen Standpunkt aus gewünscht werden, so ist es im Interesse der Kunst und der Künstler selbst, daß derartige Reproduktionen beschlagnahmt werden. Kunstwerke werden überhaupt nicht beschlagnahmt, sondern bloß Postkarten. (Große Heiterkeit links. Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Seyda (Polc)

polemisiert gegen die Ostmarkenzulage und ihre Wirkung auf die Beamten in politischer Beziehung. Kein einziger polnischer Anwalt ist zum Rotar ernannt worden. Das Vereinsgesetz wird nur in einem den Polen ungünstigen Sinne gehandhabt. In den dänischen Landesteilen geht man ebenso vor und dort hat der Justizminister den Staatsanwälten strenges Vorgehen gegen die dänische Presse aufgetragen.

Justizminister Dr. Befeler:

Dieser Erlaß war notwendig, denn die Klagen über gesetzwidriges Vorgehen der dänischen Presse mehrten sich. Das durften wir nicht dulden. Die Staatsanwälte wurden angewiesen, gegen solche Brechansprüche vorzugehen, was ohnehin ihre Pflicht ist. Das ist aber doch keine Beeinträchtigung der Richter. Die Richter denken gar nicht daran, sich durch einen solchen Erlaß aus dem Justizministerium beeinflussen zu lassen. Sie entscheiden nach Pflicht und Gewissen und nicht nach den Anweisungen der Justizbehörde.

Abg. Bierck (fl.):

Die preussischen Richter messen Deutsche und Polen mit gleichem Maß und auch die Polen haben das berechnete Vertrauen zu der Objektivität der preussischen Richter. (Lebhafter Widerspruch bei den Polen.) Der Redner bespricht dann Beförderungsfragen und wünscht richterliche Tätigkeit für die Staatsanwälte. Die bedingte Beurlaubung hat sich sehr bewährt, man sollte auch sonst das Beurlaubungsverfahren verbessern. Die Vorwände sollten entschädigt werden. In Dortmund hätten die Verleumdungen des staatlich anerkannten Rechtsanwaltsstandes unter Anklage gestellt werden müssen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Kriminalität hat sich nicht verschlechtert, sondern verbessert, insbesondere bei den Jugendlichen. Wenn in einzelnen Industriegebieten die Kriminalität zugenommen hat, so ist das auf die Zuwanderung von minderqualifizierten Ausländern zurückzuführen. Prüft man die Kriminalität der einzelnen Kon-

kommen, so ist sie am größten bei den Katholiken, dann folgen die Juden, die aber bei Abrechnung der Gewerbetreibenden die geringste Kriminalität aufweisen, dann die Evangelischen. Unendlich besser aber ist die Kriminalität der Konfessionslosen (Wachen rechts und im Zentrum) und der Angehörigen der kleinen Sekten. (Widerpruch rechts.) Sie bestreiten es? Der Redner bemerkt durch die Zahlen der amtlichen Statistik die Wichtigkeit seiner Behauptungen. Ich folgere daraus nicht, daß die Katholiken weniger widerstandsfähig gegen die Versuchung seien, sondern, daß das Religionsbekenntnis dafür unerheblich ist. Sozialreform allein kann die Verbrechen wirksam bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir leiden unter einer

Ueberschätzung mit Strafen,

die auch der Leiter des Gefängniswesens im Ministerium des Innern, Herr Finckelburg, festgestellt hat. Um so dringender notwendig ist die Einführung eines Rechts auf Rehabilitation, auf Lösung der Strafen im Register, was jetzt eine Sache der Gnade ist. Die Weltfremdheit der Richter glaubt man zu bekämpfen durch Befähigungen von Fabriken und durch praktische Verwendung in Industrie oder Landwirtschaft. Ich warne vor allzu großer Ueberschätzung dieser Maßregeln. Es ist unmöglich, daß alle Richter Universalgenies sein sollen. Eine Allwissendheit kann noch schlimmer werden als die Weltfremdheit. Das wichtigste für den Richter ist Mäßigkeit und soziales Verständnis, Erziehung zur Achtung vor der Komplexität unseres Lebens und zu der Erkenntnis, daß der Richter nicht berufen ist, autoritativ über alles und jedes zu urteilen und die berufliche Anerkennung der Unvollkommenheit des Wissens auch der Richter. Wenn Richter Sachverständige nicht anerkennen, namentlich in wissenschaftlichen Einzelfragen, so ist das eine große Kurzsichtigkeit. Auch für das Gebiet der Kunst trifft das zu, denn wir wissen doch alle, welches Vanamentum sich gerade auf dem Gebiet der Kunst in höheren und akademischen Kreisen breit macht. Ein Beweis dafür ist dieser ganze widerwärtige Kampf gegen das Rokoko.

Logik kann man alles beweisen. Die Logik ist die bestechlichste Art der menschlichen Geistbetätigung, besonders die juristische, das zeigt sich in dem Zutoeben des Begriffs des relativ Unschuldigen. Mit Logik kann man diese Jurisprudenz nicht bekämpfen, sondern nur mit dem Nachweis der Rückständigkeit unserer Justiz, die auf dem Verwaltungswege die angeblich begrabene Legitimität und den Antrag Noeren in Kraft setzt.

Zwei Berliner Staatsanwälte haben nichts anderes zu tun, als stets nach Unsittlichkeit zu schnüffeln. Man verfolgte ja auch Phonographenplatten und mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre — und einmal hat ein Staatsanwalt den freigesprochenen Angeklagten in öffentlichen Verhandlung gebeten, ihm doch die Platte für sein Museum zu überlassen! (Große Heiterkeit.) Ein sittliches Volk freut sich am Nackten, am Schönen, der Dunkelmannergestalt aber mag von der Schönheit der „Schöpfung“ nichts wissen. Mit Kultur freilich hat die Sittlichkeitsfexerei nichts zu tun. Man will ja jetzt auch die empfindnisverhätenden Mittel als „unsittlich“ verbieten, unbekümmert darum, daß dann die Geschlechtskrankheiten zunehmen würden.

Der Staat, der die Kupperei so streng verfolgt, leistet selbst systematisch Beihilfe zur Kupperei. (Zurufe rechts: Wo denn?) Der Senatpräsident Schmölder-Hamm hat es ja letzten veröffentlicht. Ist die Gesundheitskontrolle der Dirnen nicht eine „Förderung der Unzucht“, da sie doch ein- geständenermaßen die Gefahren im Umgang mit der Prostitution vermindern soll!

Ich habe das Vertrauen zur Menschheit und sogar zur preussischen Menschheit (Heiterkeit), daß man den Wahnsinn nicht tun wird, die Antikonzeptionsmittel zu verbieten.

Gegen die

Ausdehnung des Wiederaufnahmeverfahrens

hat sich sogar ein so achtenswerter Richter wie der Abg. Böckl ausgesprochen, der mit vielen anderen Richtern das Wiederaufnahmeverfahren als etwas Verdächtiges betrachtet. Er hat einen Einzelfall, in dem die Mandate eines Privatdetektivs hier in Berlin eine Rolle spielten, zur Begründung angeführt. Aber wie schwer wiegt dagegen das von einem Prof. Liepmann-Riel und einem Prof. v. Liszt-Berlin als höchst wichtig anerkannte Buch des Rechtsanwalts Dr. Alsbach-Berlin mit seiner Fülle von Material, die die unausweichliche Notwendigkeit einer Ausdehnung des Wiederaufnahmeverfahrens beweist. Im Interesse der Staatsautorität wird heute die Rechtskraft über die Gerechtigkeit gestellt! Denken Sie z. B. an den Ulfener Weineidsprozess, an den Fall der Witwe Hamm aus Handerbach, die wegen Gattenmordes auf Grund der Ermittlungen des Kriminalkommissars a. D. v. Treskowitz zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Dieser v. Treskowitz, der unter Vorpiegelung einer langen Praxis — er war vorher Schreibmaschinenhändler! — eine so einflussreiche Stellung erlangte und jetzt an dem Chemnitzerandelsheimrat

beteiligt sein soll. Das ist die Hauptstütze des Urteils über Frau Hamm, das von aktiven Kriminalkommissaren als falsch erklärt und durch das von den Verwandten beigebrachte Material aufs schwerste erschüttert wird. Mein Parteigenosse Reichstagsabgeordneter Dittmann hat mit diesem Material übermittelte — die Spur geht nach einer ganz anderen Richtung, es handelt sich wahrscheinlich um Körperverletzung mit Todesfolge bei der Verfolgung eines flüchtigen Diebes. Ich werde bei einem späteren Titel den Fall noch besprechen, aber ich muß jetzt bei den vielen grabierenden Tatsachen die Wiederaufnahme fordern. Die Staatsanwaltschaft hat zwar von neuem Verdächtige in Untersuchungshaft genommen, aber sie hat die arme Frau Hamm nicht aus der Haft entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Fall ist dringend, jeder Tag, den Frau Hamm im Zuchthaus zubringt, ein Justizmord! (Sehr wahr! links.)

Die Unabhängigkeit unserer Richter steht zwar in der Verfassung, aber die Beförderungs- und Anstellungsverbältnisse machen sie immer abhängiger. Freilich, ein General v. Pelet-Karbonne, der wird für

trone Dienste für die Militärpartei

glänzend belohnt. Wie sollte das nicht korrumpieren, wie sollte es nicht verlocken, aufzubliden zur Gnadensonne, die da oben leuchtet! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Puirufe und Rärm rechts.)

Der Reichstag hat die Abschaffung des Vermögensnachweises der Referendare verlangt. Ihnen freilich ist die Reserveoffizierschaft des Richters die Hauptsache. Ein Richter hat angeregt, daß Richtern keine Orden und Titel verliehen werden, sie dürften auch nicht militärisch befördert und dadurch noch mehr abhängig gemacht werden, als sie es schon bei der Zulassung, Anstellung und Beförderung in Zivil und Militär sind. Das ist heute die Unabhängigkeit der Richter! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch die politische Unabhängigkeit der Anwälte sucht man anzutasten. Was daraus beim numerus clausus würde, wissen wir! Als vor einigen Jahren die „freie Volkshöhne“ unter Polizeiaufsicht gestellt wurde, erklärte der Minister des Innern, man denke nicht daran, sie kleinlich zu schikanieren. Und nun wird sie schikanieren, wo es nur geht. Das sind die Justizbehörden der preussischen Regierung! Freilich ein anderes Verhalten wäre ja gegen ihre Natur! Und darum wissen wir auch, was wir von den Verfügungen über die Anwaltschaft des Anwaltsverbandes zu halten haben. Die Nichtverfolgung der Anwaltsbeleidigungen in Dortmund ist bezeichnend! (Sehr wahr! links.) Man kann ja nun Anwälte wegen politischer Dinge nicht mahnen, aber man schikanieren sie. Gätte ich wegen Duells oder der Festung gesehen, ich hätte einen Substituten sofort eventuell sogar telegraphisch bekommen; ich bekam ihn nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und meinem Parteigenossen Landsberg wurde der Substitut z. o. h. schwerer Krankheit

verweigert. (Stürmische Puirufe bei den Soz.) Dem Sozials Rechtsanwalts „Agrarischen“ Sozialisten hat man die Niederlassung in Preußen gestattet, dem Dr. Schulz aber nicht, obgleich Preußen seine Heimat ist und die bayerische Regierung die besten Berichte über ihn erstattet hat. (Zuruf rechts: Wir haben schon zu viele!) Dieser Jurist ist ein offenes Eingeständnis Ihrer „sozialistischen“ Grände. (Zuruf rechts: In viele Agrarier!) Ach so? Ich dachte, Sie meinten am Ende „zu viel Sozialisten“? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Frankfurt a. D. sagte ein Regierungsassessor kürzlich zu einem Klienten meines Parteigenossen Rechtsanwalts Falkenfeld: „Warum nehmen Sie sich einen sozialdemokratischen Anwalt? Das wird Ihren Interessen kaum dienlich sein!“ (Stürmische Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Rechtsanwalts Falkenfeld nannte dieses Vorgehen mit Recht hinterhältig und einen Mangel an Mut. Er wurde dafür zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, fröhlich aber freigesprochen, weil das Gericht seine Keueherung nicht für beleidigend hielt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So setzen unsere Richter den Stempel im Namen des Königs unter

Alte trauffer Willkür und Vergewaltigung

und das heißt man dann unabhängige Justiz! Das es bei uns Klassenjustiz gibt, bestreitet ja keiner mehr. (Ob! rechts.) Auch das Zentrum hat das Bestehen einer Klassenjustiz schon anerkannt. Kritik an der Justiz dürfen wir jetzt wohl üben, nachdem sie auf der rechten Seite so imgeminen lebendig geworden ist und in der Presse der Rechtsparteien manchmal expressis verbis Formen angenommen hat. (Sehr gut! links.) Ich erinnere an die Ausführungen der „Post“, wonach die Staatsanwaltschaft in Bayern jetzt alle Handvoll mit Weineidsprozessen gegen die Zeugen zu tun haben möchte. (Hört! hört! links.) Es handelt sich hier um die Staatsanwälte, die selber als Zeugen aufgetreten sind. Die „Post“ hat ja auch von dem Unterstaatssekretär Petri behauptet, daß während seiner Amtszeit die Rechtsprechung mandamal beeinflusst worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und daß die Verwandten Petris zu Römtern und Würden gekommen sind. Eine so schamlose Auffassung, wie sie hier von der Möglichkeit der Amtsausübung eines Staatsmannes zum Ausdruck kommt, ist noch von keinem Sozialdemokraten jemals geäußert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da müssen wir doch auf die Idee kommen, daß solche Dinge bei uns in Preußen auch möglich sind, da die staatsbehaltenden Blätter es doch wissen müssen. Von der Auffassung dieser Herren über die Korruption unserer Staatsverwaltung haben wir Sozialdemokraten uns wie eine liebe weiße Unschuld ab. (Heiterkeit.) Bei der Kritik der Justiz hat sich

Herr v. Jagow gewissermaßen als Eisbrecher

bewährt. Ein Redakteur des „Vorwärts“ hat wegen einer Kritik des Abgeordnetenhauses sechs Wochen Gefängnis erhalten. Daß die Kritik trotzdem richtig war, beweist das Zeugnis der „Allgemeinen Zeitung“, die damals von einer Spiegelreiter sprach. Der Fall Knittel soll als Beweis dafür dienen, daß es keine Klassenjustiz gäbe. Ich möchte einmal sehen, was ein Sozialdemokrat für eine Strafe erhalten hätte, wenn er das Gleiche geschrieben hätte.

Der Prozess Knittel ist das typische Beispiel eines politischen Prozesses reinsten Wassers, soweit ein politischer Prozess unter den Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien überhaupt noch möglich ist.

Es ist kein einzelner Fall; in Breslau hat sich ein ähnlicher abgepielt. Dort hat Herr Runder ein Redakteur der „Volkswacht“ gegenüber, der auf der Anklagebank vor ihm saß, gesagt, daß höhere Beamte und Offiziere, die den Schutz der sozialdemokratischen Presse nachsuchten,

Schweinehund

seien, und die Zuschauer bei der Verurteilung eines Sozialdemokraten hat er als Janhagel, arbeitscheues Geinidel und Faulenzer bezeichnet. Wird der Herr Justizminister, falls sich dies als zutreffend herausstellt, Mundry in der gleichen Weise preisgeben? (Ein Ministerialdirektor nickt mit dem Kopfe.) Das genügt nicht, Kopfnicken kommt nicht ins Stenogramm hinein. (Heiterkeit.) Gegen den Landgerichtsdirektor Unger, der seinerzeit im Prozeß Knittel in der Rechtsbelehrung von der Rotwehr ausführte, jeder Bürger habe das Recht, auf einen Polizeibeamten zu schießen, der ihn ungerechtfertigt angreife, wurde mobil gemacht, und er ist nicht mehr bei der Strafkammer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird sich ja wohl nicht wiederholen nach Jagows Briefen und nachdem der Begriff der Rotwehr die Straßburger Interpretation erfahren hat.

Im Kölner Polizeiprozess hat der Redakteur Sellmann einen niederschmetternden Wahrheitsbeweis erbracht. Trotzdem hat er eine sehr hohe Geldstrafe bekommen. Man sollte annehmen, daß hier, wo ein Mann sich ein Verdienst um die Aufdeckung eines Skandals erworben hat, höchstens die Verhängung einer ganz geringen Geldstrafe von 5 bis 10 M. wegen formaler Verletzung genügt hätte. Wie nimmt sich dagegen die Bestrafung des Direktors Eccius mit 1000 M. wegen Beihilfe zur Ausnützung der

Kruppschen Bestechungsfabrik in Berlin

aus. Es war ein vollendetes Spionagesystem. Wieviele Menschen hat nicht Brand ins Unglück gebracht! Keuchlich wie in Straßburg hat ja auch hier das Oberkriegsgericht die Strafen gemildert. Während der Verhandlung gegen den Zeugfeldwebel Vinke wurde Brand von dem Staatsanwalt Dr. Welt gefragt, ob er alle Namen genannt habe, was Brand verneinte. Darauf sagte Welt: Also gibt es doch noch welche. Es ist ersichtlich, daß andere Quellen, an denen noch zu bohren gewesen wäre, vollständig verlaget haben. Bestechungen sind bei uns jetzt verflucht billig geworden. Während man einem Schumann, dem drei Studenten je 50 Pfennig für Richterstattung einer Anzeige wegen ruhestörenden Lärms gaben, neun Monate Gefängnis zuerkennt und einem Bezirksfeldwebel, weil er eine Kleinigkeit zwecks Befreiung von der Kontrollbesammlung annahm, sechs Monate Gefängnis zuweist, ist Herr Eccius heute noch Direktor bei Krupp. Und für Brand ist natürlich auch geforgt. Die Verbindungen mit Krupp sind selbstverständlich nicht abgebrochen. Wenn Kindtaufe ist oder ein Orden fällig ist, geht man hin und gratuliert. An den wesentlichsten Zeugen v. Meyen, der natürlich in vieler Beziehung eine unerfreuliche Erscheinung war, aber sonst nicht schlimmer als Zeugen, mit denen die Justiz täglich arbeitet, richtete der Oberstaatsanwalt Chrzefinski zu Beginn der Verhandlung eine

einschüchternde Keueherung,

wobei es einen wundert muß, daß der Zeuge nicht ganz zusammenbrach und überhaupt noch wagte, den Mund aufzutun. Die Geldstrafe, die Eccius bekommen hat, bedeutet bei ihm so viel, wie bei einem Arbeiter 50 Pfennig Geldstrafe. Das Gericht hat ja angenommen, daß das ganze Direktorium um die Sache wußte. Wo sind die übrigen Herren, die noch auf die Anklagebank gehören, Herr Dreger, v. Meyen? Wo die anderen Herren, die wegen Verdachtes der Mittäterschaft nicht bereidigt worden sind, deren Mittäterschaft bereits erwiesen ist und deren Mittäterschaft die Spägen von den Dächern pfeifen? Dreger hat der Staatsanwalt vorgeworfen, daß zur Zeit seiner Amtsführung noch ein weiteres Opfer gefallen ist. Immerhin hat in Anbetracht der Umstände das Gericht seine Sache recht gut gemacht. Gleichwohl muß man hier sagen:

Welch eine Wendung durch Gottbergs Fügung!

(Beifall links, Unruhe und Puirufe rechts. Vizepräsident Dr. Porck trägt den Ausdruck: Sie haben diesen sehr bekannten Sach in einer Weise trabestiert, die beim Hauke Wiskallen erregt!) Herr v. Gottberg ist doch der bekannte Kruppagent in dem Krupp-Offiziers gewordenen „Lokal-Anzeiger“. Was ist aus dem guten deutschen Gretchen der Beamtenunbestechlichkeit geworden?

Ein geradezu blutiger Jynismus steckt in der Rede einer verfolgten Unschuld, die Herr Krupp v. Böhlen-Galbach vor kurzem gehalten hat. Man könnte fast aus ihr entnehmen, daß er alles tun würde und billigte. Jetzt fehlt nur noch, daß Brand im Wieder- aufnahmeverfahren freigesprochen wird. Was dem Reuter und Forstner recht ist, muß für ihn billig sein. Man wird mir vielleicht vorwerfen, ich urteile hier einseitig. Da kann ich auf einen neueren Fall hinweisen, der große internationale Erörterungen verursacht hat und noch verursacht und von dem ich genaue Kenntnis habe. Er wird an anderer Stelle noch zu erörtern sein. Die Staatsanwaltschaft hat im Interesse der betreffenden großen Firma die Hauptbelastungsdokumente sorgfältig in ihren Beweismitteln eingeschlossen. Sie sollten gestohlen sein und wegen des Diebstahls war Anklage erhoben worden. Dem Verteidiger sogar wurden die Papiere vorenthalten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Dabei handelte es sich um strafbare Handlungen der Inhaber und Leiter der Firma, die im Inlande begangen sind. Statt aber nun diese Vefescher zu fassen, hat die Staatsanwaltschaft Vertreter der Firma und zwar einen derer, die ins Gefängnis hineingehört, bei den Durchsuchungen mit hinzugezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bis zum heutigen Tage ist noch kein Versuch unternommen worden, gegen die Leute einzuschreiten. Man hat versucht, da man den Prozeß nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln konnte, die Sache in der frühen Morgenstunde im Verlauf weniger Minuten abzumachen. Der Staatsanwalt erklärte nachher, wenn der Liebnecht nicht dazwischen gekommen wäre, wäre die Sache schon längst vorbei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Auswärtige Amt ist in diese ganze Aktion verwickelt.

Die inhaltreiche Rede meines Parteigenossen Heine im Reichstag, die die Verlegenheit des Reichs nach noch mehr Schutz für Arbeitswillige nachgewiesen hat, werden Sie ja bei Ihrem großen Interesse sicher genau lesen. Die vom Minister des Innern vielgerühmte Justiz des Reichsgerichts ist ja drauf und dran, mit Hilfe der sich immerfort verschlechternden politischen Justiz auf Grund der Strafverurteilung das Streifenpolenrecht zu verbieten. Die fünf Monate für das Wort „Streitbrecher“, die hunderte Jahre Gefängnis für die Streifenden im Ruhrgebiet — das alles zeigt, daß unsere politische Justiz unser Vertrauen nicht verdient.

Der Mörder Brandenburg, ebenso ein Mörder, wie der des Arbeiters Hermann, ist auf die Zeugnisaussagen seiner Mittäters freigesprochen worden. In die Schuld an der Richterfreierung der Mörder des Hermann teilen sich der Minister des Innern, der der Justiz und der Polizei- präsident. Der Minister sagte uns, wir dürften auf Grund von Zeitungsberichten die Stettiner Verhandlung nicht kritisieren. Und hat der Dr. jur. v. Jagow und die „Kreuzzeitung“ nicht nur auf Grund von Zeitungsberichten in ein Schwabendes Verfahren eingegriffen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und der Minister spricht von den Vollstreckern des Schöffengerichts, das genau so ein Vollstreckung ist, wie Sie eine Volkammer! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ja, dieser Brandenburg ist nicht der einzige — hier gut Brandenburg als Beispiel! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — und „Graf Brandenburg“ gibt es überall, wo bewaffnete Hingegardisten die sich in Disziplin zurückhaltenden Arbeiter (Wachen rechts) strafflos provozieren dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Klassenjustiz ist kein leerer Wahn. So wahr es ist, daß die Richter in ihrer großen Anzahl hochachtbare Männer sind, so wahr ist, daß sie unter den bekannten Einflüssen stehen und daß es Ausnahmen gibt. Nicht einen Schutz für Streitbrecher brauchen wir, sondern einen Schutz vor Streitbrechern! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Dr. Vefeler:

Ich habe oft genug die Verschuldigung zurückgewiesen, daß die Justizverwaltung die Richter beeinflusse. — Die Geschworenen im Hamm-Prozess in Eberfeld haben sieben Tage gefessen, äußerst gründlich ist vorgegangen worden und nun soll die Aussage des einen Kriminalkommissars unzuverlässig sein, weil ein anderer, der gar nicht dabei war, dagegen geschrieben hat! (Abg. Dr. Liebnecht: Dieser andere Kommissar war doch dabei!) Sind wir denn hier ein Gericht, können wir hier eine Untersuchung führen? (Sehr wahr! rechts.) Und was ist denn beim Krupp-Prozess heraus gekommen? Im Verhältnis zu dem, was der Korredner behauptet hat, so wenig, daß ich wohl sagen kann, nichts! (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Es scheint, als ob dem Abgeordneten die Felle fortgeschwommen wären und er jetzt darüber klagt. (Heiterkeit rechts.) Die Richter in Breslau sind sehr ernstlich vernahmt und auf das Unrichtige ihres Verhaltens aufmerksam gemacht worden. Gegen den Landgerichtsdirektor Unger hat absolut kein Verfahren stattgefunden. Daß Dr. Liebnecht den hier nicht anwesenden Minister v. Dallwitz angreift, ist von Kategorie sehr weit entfernt. Der Vorwurf gegen den General v. Pelet-Karbonne, daß er aus Liebedienerei um Gunst gebüht und sie nun erreicht habe (Abg. Dr. Liebnecht: Das habe ich nicht gesagt!), verdient die allerhöchste Zurückweisung. Der General hat als Gerichtsvorherr pflichtigemäßig entschieden und gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts.)

Abg. Kloppenburg (Däne)

klagt über Parteilichkeit der Justiz gegen die Dänen in der Nordmark, wo man die Leute, die nicht deutsch sprechen können, benachteiligt und sogar mit Ordnungsstrafen belegt. Wir nehmen den uns aufgedrungenen Kampf auf. Sie werden unsere Nationalität nicht vernichten. (Beifall links.)

Ein Vertagungsantrag des Zentrums wird gegen die Rechte angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) [persönlich]:

Ich freue mich, daß der Minister auf den Breslauer Fall eingegangen ist, bedauere aber, daß er nicht auch auf den Fall Schulz eingegangen ist. Es ist ein Irrtum des Ministers, daß der Polizeibeamte, der die Untersuchung v. Treskows als falsch erklärt hat, nicht bei dem Prozeß in Eberfeld anwesend gewesen wäre. Zwei Beamte haben die Untersuchung Treskows verworfen, der eine davon war bei dem Prozeß anwesend. Mit der Bemerkung, daß mir die Felle weggeschwommen seien, wollte der Minister meine Ausführungen ins Lächerliche ziehen. Ich erwidere darauf, daß die Antwort des Ministers (Präsident Graf Schwerin-Löwig: Das können Sie in einer persönlichen Bemerkung nicht ausführen!) Ich stelle fest, daß mir meine Felle nicht weggeschwommen sind, sondern daß mir noch manche Felle dazu geschwommen sind, die ich früher noch gar nicht gehabt habe (Hört! hört!). Darüber reden wir ein ander Mal. Meine Keueherung über den General v. Pelet hat der Minister unrichtig dargestellt. Ich habe gesagt: Nach der provokatorischen Art der Prozeßführung durch diesen General ist er befördert worden und diese Beförderung korrumpierend wirken auf die gesamte Richterschaft und muß sie geneigt machen, nach Gunst zu buhlen (Sehr richtig! links.) Sachlich werde ich bei anderer Gelegenheit erwidern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vormittag.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung des Marineetat wurde am Donnerstag fortgesetzt. Die Einstellung von sechs neuen Intendanturenkreisläufen entfiel. Die alljährlich wiederkehrende Intendanturenbesatzung. Von verschiedenen Seiten wurde die wiederholt verlangte Vereinfachung

